

AGOMWBW-Rundbrief Nr. 670

vom 10.04.2015

Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e.V. und
Landmannschaft Westpreußen e.V. Berlin. Die hier niedergelegten Informationen
decken sich nicht in jedem Fall mit unseren Ansichten

www.ostmitteleuropa.de www.westpreußen-berlin.de
Anschrift der Redaktion: agom.westpreussen.berlin@gmail.com
Landmannschaft Westpreußen e.V., Brandenburgische Straße 24, 12167 Berlin-
Steglitz,
Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Ruf privat (Hanke): 030-215 54 53, Fax: 030-2191 3077

Inhaltsverzeichnis

(Seiten 1 - 3)

Editorial: Editorial: Kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend!

(Seiten 4-5)

A. a) Mitteilungen

(Seiten 6 - 9)

- 01) Die „stille Revolution“ des Bernd Posselt. Von Gernot Facius
- 02) Plaszczek zur Europäischen Sprachencharta: Polnischer Staatenbericht ist ein Schritt nach vorne

A. b) Berichte

(Seiten 10 - 18)

- 01) Riesengroßes „Kamingespräch“ mit Präsident Rudolf Schuster in Wien
- 02) Karpatendeutsche und Sudetendeutsche in Österreich vertiefen lange Zusammenarbeit. SLÖ-Bundesobmann Zeihsel in Karpatendeutschen Vorstand ...
- 03) 250 Jahre Veterinärmedizinische Universität Wien
- 04) Neuer Vorstand der Vereinigung Sudetendeutscher Familienforscher e.V. gewählt
- 05) Katholisch, aber nicht römisch-katholisch
- 06) Symposium der Sudetendeutschen Jugend: ... in die Zukunft schreiten
- 07) Sudetendeutscher Karlspreis für Valentin Inzko

A. c) Dokumentationen, Diskussionen

(Seiten 19 - 38)

- 01) Kaschauer Programm vom 5. April 1945
- 02) 250 Jahre Veterinärmedizinische Universität Wien
- 03) FREIE WÄHLER fordern Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter
- 04) Exhumierung altösterreichischer Nachkriegsopfer kommunistischer Partisanen in Koschnitz/Košnica bei Cilli/Celje in der Republik Slowenien
- 05) Meinungen zur SL-Satzungsdiskussion in Deutschland. Eine Frage der Ehre

zu A. d) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

(Seiten 39)

- keine Mitteilung -

B. Vortragsveranstaltungen

(Seiten 39 - 57)

- 01) 10.04.15, AGOM, Globale Konfliktherde und die Sicherheitspolitik der BRD
- 02) 13.04.15, WBW, Die Zerstörung Königsbergs - eine Streitschrift
- 03) 24.04.15, GesPomGAK, Die Anfänge des pommerschen Greifenwappens ...
- 04) 28.04.15, BdV-FV, Beim CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus Brähmig
- 05) 23.04.15, Bundesstiftung Aufbereitung, Land in Sicht? Agrarausstellungen in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz



- 06) 12.05.15, SFVV/TdT, Nachkriegsplanungen und -ordnung in Ostmitteleuropa (1943 bis 1950)
- 07) 14./21./28.04.15, DtKultForum, 1945 – Das östliche Europa nach der »Stunde Null«: Ringvorlesung
- 08) 15.04.15, DtRumGes, Rumäniens „Eiserne Garde“ und die Nazis ...
- 09) 21.04.15, LitHaus, 100 Jahre seit dem Beginn des Völkermords an den Armeniern
- 10) 28.04.15, LitHaus, Rolf Hosfeld: Der Völkermord an den Armeniern ...
- 11) 29.04.15, LitHaus, Aus den Giftschränken des Kommunismus...
- 12) 26.04.15, BraPrMus, Themenführungen zur Eröffnung der Ausstellung „Bismarck 200 – Von Waterloo bis Friedrichsruh“
- 13) 14.04.15, TdT, Der Film im Nationalsozialismus
- 14) 21.04.15, TdT, Alfred Rosenberg. Die Tagebücher von 1934 bis 1944
- 15) 25.04.15, TdT, Film im NS-Staat | Colloquium
- 16) 14.04.15, URANIA, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent ...
- 17) 22.04.15, URANIA, „Wildes“ Brandenburg
- 18) 23.04.15, URANIA, Archäologische Spuren von Krieg und Gewaltherrschaft im Umland von Berlin
- 19) 23.04.15, URANIA, Armenien 1915: Die ungelöste Last des Ersten Weltkrieges
- 20) 27.04.15, URANIA, Wer den Wind sät – Was westliche Politik im Orient anrichtet

C. Sonstige Veranstaltungen

(Seiten 58)

C. a) Studienfahrten , Wanderungen, Führungen

(Seiten 58- 59)

- 01) 03.06. – 13.06.2015, Studienfahrt Ungarn, **verlegt auf 2016!**
- 02) August 2016, Studienfahrt nach Prag (und Umland)
- 03) Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg, Tagesfahrten 2015
- 04) Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V.: Wanderungen / Friedhofsführung 2015

C. b) Ausstellungen, Seminare in Berlin und Umland

(Seite 60)

- 01) 09.12.14 – 25.10.15, TdT, Deutschland 1945 – Die letzten Kriegsmonate

C. c) Ausstellungen, Seminare usw. außerhalb des Raumes von Berlin

(Seite 61-72)

- 01) Landsmannschaft Westpreußen / Pommersche Landsmannschaft: Heimattreffen
- 02) 01.-03.05.2015, LW, Hannover: Partnerschaftliche Tagung ...
- 03) 06.-10.05.2015, 23. Weißenhöher Himmelfahrt in Westpreußen
- 04) bis 13.05.2015 verlängert: Wien, Sonderausstellung „Bedeutende Klosterneuburger aus Böhmen, Mähren und Schlesien“
- 05) bis 13.05.2015, Wien, Sonderausstellung: Jüdische Spuren im böhmischen Grenzland
- 06) 01.03. – 31.05.2015, Stefan Moses im Kunstforum Ostdeutsche Galerie Regensburg. Sonderausstellung
- 07) 27.-31.05.15, EvAk, "Wir haben hier keine bleibende Stadt". Europäische Bibeldialoge. Musikalische Begegnungstagung in Siebenbürgen
- 08) 04.07.15 EvAk, Wie im Garten Eden. Tagung. Regionaler Kirchentag der EKBO in der Lausitz
- 09) (19.) 20.-21.06.15, LS, Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover



**D. Hinweise auf Sendungen im Fernsehen
und im Rundfunk**

(Seiten 73)

- s. Anmerkung dort -

**E. Neuerscheinungen auf dem Bücher- und
Zeitschriftenmarkt – Blick ins Netz**

(Seiten 74 - 78)

- 01) Westpreußen-Jahrbuch 2015
- 02) Das Jahrbuch Weichsel-Warthe 2015
- 03) Professor Dr. Adam Tooze: SINTFLUT. Die Neuordnung der Welt 1916-1931

Impressum (Seite 79)

Die nächste Ausgabe des Rundbriefes erscheint am 30. April 2015.



Zum Inhalt des Rundbriefes Nr. 670 vom 10.04.2015

Editorial: Kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend!

Liebe Leser,
die „Kulturelle Vielfalt“ in Europa ist uns ein wichtiges Anliegen, aber nicht zu verwechseln mit der „Buntheit“ in unserem Lande, bei dem unsere Identität zum Teufel geht.

Dass rund um den Begriff der „kulturellen Vielfalt“ viel geheuchelt wird, ist an dieser Stelle oftmals ausgeführt worden. Da werden Begriffe wie Neger, Mohren, Schwarze, Zigeuner usw. einerseits gebrandmarkt, andere Begriffe aber selbst von staatlichen oder staatsnahen Institutionen hemmungslos missbraucht: siehe den Begriff des „Vandalismus“ (zuletzt ausgeführt im AGOMWBW-Rundbrief Nr. 668 vom 02.03.2015, S. 3-4).

Über die Einebnung der sprachlichen Vielfalt in Europa durch die Bevorzugung des Englischen – übrigens auffällig stark auch bei den „Migranten“ in unserem Wirtschaftsleben zu beobachten – haben wir ebenfalls schon geschrieben. Der sogenannte „European Song-Contest“ kann uns als Beispiel dienen, wo fast durchweg nur noch in Englisch gesungen wird, die sprachliche Eigenart der Teilnehmerländer nicht mehr zum Tragen kommt. Es wäre hier doch angemessener, wenn die Beiträge in der / den Heimatsprachen dieser Länder vorgetragen würden, wobei durchaus auch eine Strophe in Englisch vorgetragen werden könnte.

Innerhalb unseres deutschen Sprachgebietes können wir mit Günter Grass den Untergang der ostdeutschen Mundarten bedauern; Grass trat einst für geschlossene ostdeutsche Ansiedlungen ein, um diese Mundarten zu erhalten. In unserem heutigen Sprachgebiet ist ein deutliches Kennzeichen für sprachliche Einebnung die norddeutsche Bezeichnung „Sonnabend“, die einst an den Briefkästen der damaligen „Deutschen Bundespost“ (vertreten durch den Bundespostminister Richard Stücklen 1957-1966, das war ein Bayer!) in Berlin (West) - unter starkem Protest der Bevölkerung – in süddeutsch „Samstag“ geändert wurde.

Heute sprechen die bundesdeutschen Medien - Fernsehens, der Rundfunkanstalten usw. - ganz allgemein von „Samstag“, an den Eingangstüren von gewerblichen Einrichtungen usw. in Berlin und anderen Gegenden Norddeutschlands findet sich bei den Öffnungszeiten die Abkürzung „Sa“ (anstelle von „Sb“), die BVG – „Berliner Verkehrsgesellschaft“ - spricht in ihren Fahrplänen an Haltepunkten von „Sonnabend“, die VBB-Fahrtenauskunft im Internet aber von „Samstag“. Im Gemeinde-Magazin meiner Kirche herrscht die Bezeichnung „Samstag“ dank west- und süddeutscher Zuwanderer vor, ist aber noch nicht allein herrschend, und am letzten Sonntag sprach unser norddeutscher Pfarrer dreimal von „Samstag“.

Als ich kürzlich anlässlich einer Vorstandssitzung der Copernicus-Vereinigung im norddeutschen Hamburg und im weiteren nördlichen Umland weilte, war das Vordringen der Bezeichnung „Samstag“ nicht zu übersehen. Die in Hamburg entstehende „Tagesschau“ der ARD, das war mir ja bekannt, spricht von „Samstag“. Vor einigen Jahren hatte das „Hamburger Abendblatt“ einen Aufruf von Jens Meyer-Odewald „Rettet den Sonnabend“ gebracht, der auch bedingt erfolgreich war. Und



Seite 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 670 vom 10.04.2015

schon viele Jahrzehnte vorher, im Jahre 1970, war ein Hanseate, der Hamburger Fabrikant Fritz Barthel, für den „Sonnabend“ vor das Verfassungsgericht gezogen, im Jahre 1979 debattierte der Bundestag für die Frage „Sonnabend“ oder „Samstag“.

Wir haben unsere aus der Geschichte geborene regionale Vielfalt. In Westpreußen, in Schlesien usw. sagen wir Sonnabend: „Weil der Sonnabend uralte ist, seit irische und englische Missionare im 8. und 9. Jahrhundert das Wort ‚Sunnäfen‘ importierten. Dem Süden hingegen brachten die Goten den griechischen Begriff ‚Sambaton‘, aus dem dann Samstag wurde. Schon lange zuvor wussten die alten Römer: ‚Suum cuique‘. Jedem das seine!“ (aus dem Beitrag von Jens Meyer-Odewald im HA v. 21./22.2011)

Das Thema „regionale kulturelle Vielfalt“ in unserem Vaterland, in Europa, ist unerschöpflich!

„Pfannkuchen“ sind in Berlin übrigens „Pfannkuchen“, nicht „Berliner“ – es gibt also noch viel zu tun.

Mit herzlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke



zu A. a) Mitteilungen



Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP)

Telefon: 01/ 718 59 19

Redaktion, Herausgeber, Medieninhaber:

Fax: 01/ 718 59 23

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

E-Mail: pressedienst@sudeten.at

Bundespressereferat: A-1030 Wien, Steingasse 25

www.sudeten.at

01) Die „stille Revolution“ des Bernd Posselt Von Gernot Facius

Eines haben Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und Verbände gemeinsam: Ihnen allen macht das Überalterungssyndrom zu schaffen. Es fehlt an vielen Stellen die junge und mittlere Generation. Organisationen, die sich bislang einem politischen oder gesellschaftlichen Mainstream widersetzen, trifft das besonders hart. Einen Königsweg, die Auszehrung zu stoppen, gibt es nicht. Selbst die aus der Not geborenen „niederschwelligen“, das eigene Profil verwässernden Angebote haben meist keine Trendwende bewirkt. Vielleicht geht auch den Initiatoren der heftig umstrittenen, manche sagen: durchgepeitschten Satzungsänderung der Sudetendeutschen Landsmannschaft schon bald ein Licht auf, daß diese Operation keineswegs zu einer geistigen Investition in die Zukunft" führt, wie der SL-Sprecher Bernd Posselt meint, sondern eher die Marginalisierung vorantreibt.

Um nicht mißverstanden zu werden: Es gibt gute Gründe, von der antiquierten, aus einer anderen Zeit stammenden und heute mißverständlichen Forderung nach „Wiedergewinnung der Heimat" Abstand zu nehmen. Satzungen von Parteien, Vereinen und Verbänden sind keine in Stein gemeißelten Gesetze, sie können nicht Ewigkeitscharakter beanspruchen. Die Frage ist nur: Welches Signal wird mit einer Aktualisierung beziehungsweise Anpassung an veränderte Gegebenheiten gesetzt? Und da fängt es bei dem SL-Beschluß an, fragwürdig zu werden. Denn gleichzeitig mit diesem „Abschied von der Heimat", wie einige Zeitungen titelten, hat die SL-Bundesversammlung am letzten Februar-Wochenende in München, just vor dem 4. März, an dem jährlich der Todesopfer der Demonstrationen gegen die 1919 verweigerte Selbstbestimmung gedacht wird, auch die alte, wohlbegründete Forderung nach „Restitution oder gleichwertige Entschädigung" aus der Satzung gestrichen. Ein fatales Signal.

Faktisch wird der tschechischen Seite alles zugestanden, was in ihrem Sinne ist, ohne überhaupt eine ernsthafte Diskussion darüber zu eröffnen, was an Heilung des an der sudetendeutschen Volksgruppe begangenen Unrechts möglich ist. Stattdessen wird etwas nebulös auf die Grundrechtscharta der Europäischen Union verwiesen, die in all ihren Teilen für alte Mitgliedsstaaten uneingeschränkt verbindlich gemacht werden soll. „Verstöße gegen diese Rechte wie Völkermord, Vertreibungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, menschen- und völkerrechtswidrige Enteignungen sowie Diskriminierungen" seien „weltweit zu ächten und dort, wo sie erfolgten, auf der Grundlage eines gerechten Ausgleichs zu heilen."



Das klingt gut. Soll diese Erklärung aber mehr sein als die übliche Funktionärs-Phraseologie, bedarf es allerdings einer operativen Politik, die diese Heilung ohne Wenn und Aber auch für die Vertriebenen aus Böhmen, Mähren und Sudeten-Schlesien einfordert - zumal in mehreren Ländern des ehemaligen Ostblocks sich Ansätze einer Unrechts-Heilung abzuzeichnen beginnen. Nur „Bindeglied im deutsch-tschechischen Dialog“ zu sein und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Partnerschaft mit den Tschechen zum zentralen Ziel der SL-Arbeit zu erklären, ist zu wenig. Vor allem muß man selbstbestimmt handeln. Das Tempo, in dem die gegenwärtige Führung der Landsmannschaft auf die „stille Revolution“ (Überschrift in bayerischen Gazetten) hinarbeitete und bei der „Reform“ der Satzung möglicherweise Formfehler in Kauf nahm, spricht eher für etwas anderes: für Fremdbestimmung.

Die Neuausrichtung, schreiben Kommentatoren nicht ganz zu Unrecht, vollziehe sich im Gleichklang einer Kurskorrektur im bayerisch-tschechischen Verhältnis. Noch unter Edmund Stoiber hätten sich bayerische und tschechische Politiker ängstlich gemieden, das habe sich mittlerweile grundlegend geändert. Mit anderen Worten: Bayerns vierter Stamm“, vertreten durch die Organisation SL, hat Positionen geräumt zugunsten bayerischer Interessen im Nachbarland und der Nebenaußenpolitik von Horst Seehofer. Selbst die Forderung nach eindeutiger Ächtung der rassistischen Beneš-Dekrete, welche die Grundlage für die kollektive Entrechtung und Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Heimat bildeten, kommt nur noch in weichen Moll-Tönen daher. Die Prager Reaktion auf den „revolutionären Quantensprung bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (Tageszeitung „Die Welt“) fiel indes bescheiden aus. Der Tenor: Alles längst überfällig.

Konsequenz? Zunächst keine. „Hochachtung“ zollte hingegen der ehemalige Außenminister und gescheiterte Präsidentschaftskandidat Karel Schwarzenberg den Münchener Verzichtsbeschlüssen. Er empfahl den Regierenden an der Moldau, jetzt ihrerseits Zeichen zu setzen“. Wieder einmal gilt das Prinzip Hoffnung.

Daß die Satzungsänderung (und die Art und Weise ihres Zustandekommens) von vielen Landsleuten als Skandal empfunden wird, bedarf eigentlich keiner näheren Begründung. Wahrscheinlich führt sie zu Resignation oder gar zu Austritten aus der SL, vor allem von Angehörigen der Erlebnisgeneration. Wird eine solche Entwicklung von der SL-Spitze bewußt hingenommen, um die Landsmannschaft auf einen politisch-korrekten, politisch-homogenen Dialog-Verband zu trimmen, der dem sprunghaften „Schirmherren“ Seehofer applaudiert? So abwegig ist die Frage nicht. In Internetforen melden sich Enttäuschte zu Wort: So macht man sich überflüssig, die SL kann sich eigentlich auflösen.“

Auf der anderen Seite entsteht angesichts des Medienechos auf die SL-Entscheidungen ein „großer moralischer Druck auf die Regierung in Prag, sich ebenfalls zu bewegen. „Wenn sich Prag in der nächsten Zeit weiter unbeweglich zeigt, hat es eine große Chance auf die Lösung der siebzig Jahre offenen Themen Raub und Vertreibung vertan“ (SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel). Die große Probe, ob Posselts „geistige Investition in die Zukunft“ tatsächlich eine die Vertriebenen zufriedenstellende politische Rendite abwirft, steht noch aus. Hoffnungen und Versprechungen hat es seit der samtenen Revolution vor mehr als einem Vierteljahrhundert genug gegeben, und noch mehr Enttäuschungen. Selbst die im Jahre 1997 unter Assistenz des „Schirmlandes“ Bayern zustandegekommene Deutsch-tschechische Deklaration wurde als Aufbruch in ein besseres Miteinander gefeiert. Schon bald darauf mußte Bernd Posselt eingestehen, daß die Erklärung kein einziges der offenen tschechisch-deutschen oder gar tschechisch-sudetendeutschen Probleme“ gelöst habe und auch nicht die von beiden Regierungen beschworene Versöhnungswirkung entfalte. Wird der nun gestrichene „Anspruch auf die Heimat“ mehr bewirken? Geschichtliche Altlasten sind giftig wie verseuchte Böden, man muß sie entsorgen. Die Entsorgung verfehlt allerdings ihr Ziel, wenn sie auf einen Teil des kontaminierten Areals beschränkt ist. Prag ist nun wirklich am Zug, historischen Ballast wegzuräumen.

Wien, am 16. März 2015





Landsmannschaft der Oberschlesier e.V.

vertreten durch Klaus Plaszczyk.

Bahnhofstraße 71

40883 Ratingen

Telefon : +49 (2102) 6 80 33

Fax : +49 (2102) 6 65 58

02) Plaszczyk zur Europäischen Sprachencharta: Polnischer

Staatenbericht ist ein Schritt nach vorne

Ziele müssen durch proaktives Handeln des polnischen Staates erreicht werden

Die Landsmannschaft der Oberschlesier e.V. (Ratingen-Hösel) hat den zweiten polnischen Staatenbericht im Rahmen des Monitoring der Europäischen Sprachencharta als einen Schritt nach vorne bezeichnet. In einer Pressemitteilung stellte Bundesvorsitzender Klaus Plaszczyk fest, dass der „anderthalb Jahre überfällige Bericht“ an Struktur und Qualität gewonnen habe.

„Vor allem die Situation der deutschen Sprache wurde, gemessen an der potentiellen Zahl ihrer Sprecher, erstmals angemessen in allen Kapiteln abgehandelt“, erklärte Plaszczyk. Es habe sich gelohnt, das Thema durch Gespräche und parlamentarische Initiativen im Fokus zu halten. Die Landsmannschaft begrüße, dass die Rüge des Ministerrates bei der Republik Polen offenbar einen Lerneffekt ausgelöst habe. „Wichtig erscheint uns das klare Zugeständnis, dass unsere polnischen Freunde gewillt sind, die Basis der Sprecher der deutschen Sprache (und anderer Minderheitensprache) bewusst auszuweiten“, betonte der gebürtige Hindenburger.

Sehr positiv beurteilt die Landsmannschaft die Initiative zur Änderung des Minderheitengesetzes. Die geplante Absenkung der 20%-Hürde für Minderheiten auf 10%, wie vom Sachverständigenrat des Europarates gefordert, würde in weiteren Gemeinden, insbesondere in Oberschlesien, die Einführung des Deutschen als zweite Amtssprache ermöglichen. Noch deutlich mehr Gemeinden könnten so, als sichtbare Zeichen der kulturellen Vielfalt und Toleranz, zweisprachige Ortsschilder einführen.

Die Tatsache, dass der Verteilungsschlüssel für Bildungsmittel an Schulen, an denen Minderheitensprachen unterrichtet werden, verbessert wurde, sei ebenfalls positiv zu bewerten. Ganz wichtig sei, dass es den Gemeinden rechtlich verboten wird, die zugeteilten Schulmittel zweckfremd zu verwenden. „Für viele Gemeinden kann ein breiteres Angebot an Unterricht in Minderheitensprachen ein Mittel sein, kleinere Schulen zu erhalten oder Schülerzuwachs zu generieren“, erklärte Stephan Krüger, Politikbeauftragter im Bundesvorstand der Landsmannschaft. Es gelte, bei den Eltern gezielt für den Unterricht in Minderheitensprachen zu werben und die Vorteile aufzuzeigen.

Als ermutigend nannte Krüger die Tatsache, dass die Zahlen deutschsprachiger Gemeinden und deutschsprachiger Schüler angestiegen seien und das Ministerium für Administration und Digitalisierung deutlich mehr Broschüren zum Thema Sprachenvielfalt und Fördermöglichkeiten veröffentlicht. Das seien richtige Schritte. Die guten polnischen Gesetze blieben ohne die genannten Verbesserungen und Ausweitungen der Nutzung der rechtlichen Möglichkeiten ansonsten lediglich Geisterhüllen. ►

Deshalb müsse der polnische Staat hier eine proaktive Rolle übernehmen. Einmalige Flugblattaktionen reichten hierfür nicht aus. „Man kann sich nicht auf die Aussage zurückziehen, dass zwar Geld vorhanden sei, aber nicht durch adäquate Anträge abgerufen werde“, stellte Krüger fest und ergänzt: „Das hat der Verband deutscher Gesellschaften in Polen auch ausdrücklich kritisiert“. Wenn Polen seine Zugeständnisse ernst nehme, könne sich die Verwaltung nicht in die Amtsstuben zurückziehen. Dies gelte insbesondere für die Weiterentwicklung der Bildungsstrategie der deutschen Minderheit in Polen. Doch Krüger hoffe, dass es hier auch einen Schritt nach vorne geht: „Nach der jüngsten Sitzung des deutsch-polnischen Runden Tisches zeichnet sich eine Verbesserung des Arbeitsklimas ab. Polen hat durchaus anerkannt, dass in der Vergangenheit nicht alles gut gelaufen ist. Sich das einzugestehen ist ein Zeichen der Stärke, das uns hoffnungsvoll stimmt“. Untermauert werde dies durch das Vorhaben von Minister Andrzej Halicki, persönlich nach Oppeln zu kommen und mit den Deutschen in Polen zu sprechen. „Wenn Herr Minister das Anliegen zur Chefsache macht, können wir verhalten optimistisch sein, dass Bewegung in dieses wichtige Thema kommt. Wir werden die Thematik weiterhin kritisch-konstruktiv begleiten. Den Worten müssen nun erst einmal Taten folgen. Insbesondere in Sachen gesellschaftlicher Toleranz gibt es viel zu tun. Das hat der Europarat vor kurzem festgestellt“, erklärte LdO-Bundeschef Plaszczyk abschließend.

22.03.2015, 20:26 Uhr | Sebastian Wladarz



zu A. b) Berichte



Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP)

Telefon: 01/ 718 59 19

Redaktion, Herausgeber, Medieninhaber:

Fax: 01/ 718 59 23

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

E-Mail: pressedienst@sudeten.at

Bundespressereferat: A-1030 Wien, Steingasse 25

www.sudeten.at

01) Riesengroßes „Kamingespräch“ mit Präsident Rudolf Schuster in Wien

Österreichisch-Slowakische Gesellschaft füllte Festsaal der Diplomatischen Akademie

Am 27.3.2015 konnte Präsident Dr. Werner Fasslabend im zum Bersten vollen Saal viele aktive und im Ruhestand befindliche Politiker und Diplomaten und Botschafter voran begrüßen – u.a. auch den neugewählten Obmannstellvertreter der Karpatendeutschen Landsmannschaft in Österreich (KDLÖ), Gerhard Zeihsel, begrüßen. Im Publikum wurde auch der SLÖ-Landesobmann von Wien, Niederösterreich und Burgenland, Dieter Kutschera und Landsleute gesichtet.

In einem Film wurden vor allem Staatsbesuche des regen Präsidenten der Slowakei mit deutschen Wurzeln gezeigt. Da wurde auch bekannt, dass schon sein Vater mit einer Filmexpedition 1927 im tiefsten Brasilien monatelang Dokumentationen aufzeichneten – noch mit einer Holzkamera. Es war für Rudolf Schuster und die Generationen bis zu seiner 20-jährigen Enkelin eine Verpflichtung, auf diesen Spuren weiter zu forschen.

Präsident Schuster hat viele Staatsoberhäupter zu Freunden der Slowakei gewonnen – darunter den damaligen NR-Präs. Dr. Heinz Fischer, aber auch Präs. Rau aus Deutschland.

Dann begann der jugendliche 81-Jährige von sich zu erzählen und man hatte das Gefühl mit ihm am „Kamin“ zu sitzen – man sah die vielen Menschen nicht, man vergaß sie. Da erfuhr man, dass der 1934 in Kaschau/Košice geborene Altpräsident Sohn eines karpatendeutschen Waldarbeiters war und es ihm nicht in die Wiege gelegt war, von 1983 – 1986 Oberbürgermeister seiner Geburtsstadt zu werden. Aber - obwohl in den Ostslowakischen Eisenwerken Mitglied der Kommunistischen Partei geworden - schloss er sich im Zuge der Samtenen-Revolution im Nov. 1989 der Opposition an und war in der Übergangszeit für einige Monate Vorsitzender des Slowakischen Parlaments. In vielen „Gschichterln“ erzählte er, wie er 1994 neuerlich Oberbürgermeister von Kaschau wurde und 1999 die Präsidentschaftswahlen gegen Vladimir Meciar gewann und bis 2004 sich als Staatsoberhaupt der Slowakischen Republik einsetzte. Er bemerkte bei seinen „Gschichterln“ auch, dass der „Schusterovka“ bei vielfältigen Kontakten nicht fehlen durfte.



Aber schon im Sommer 2000 war Schuster lebensgefährlich erkrankt, aber in der Innsbrucker Universitätsklinik – wie auch Vaclav Havel – erfolgreich behandelt – seitdem betrachtet er die Tiroler Hauptstadt als seinen „zweiten Geburtsort“.

Er ist Autor vieler Bücher, spricht fünf Sprachen, mehrfacher Ehrendoktor und Träger des Europäischen Karlspreises der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Die Diskussionsrunde mit Präs. Schuster eröffnete Dr. Steffanides (Österr. Landsmannschaft) mit der Bitte eine Sprachprobe seiner deutschen Mundart „Mantakisch“ aus dem Bodwatal zu geben, kam er sofort nach – klang ein wenig tirolerisch – aber die meisten glaubten sie zu verstehen – es war die Sprach, die man in Metzenseifen sprach, wo er aufgewachsen war und von 1941 – 1945 besuchte er die deutsche Schule – in der autonomen Slowakischen Republik aus Hitlers Gnaden unter Hlinka und Prälat Tiso. Auch in den deutschen Familien ging die Spaltung durch die Familien- je näher die Rote Armee über die Ostslowakei nahte. Manche verschwanden im Wald und heuerten bei Partisanen an, andere waren bei den Slowakischen Klerikalfaschisten, andere bei der Deutschen Wehrmacht. Die Metzenseifener waren abseits gelegen und flüchteten in die Wälder, wenn Partisanen nach Kriegsende nahten und als sie wieder zurückkamen, konnten sie in ihrem Heimatort bleiben, in der Schule gab's auch wieder Deutsch-Unterricht! Ein Sudetendeutscher mit südmährischen und schlesischen Wurzeln wollte wissen, wie es um die rassistischen Beneš-Dekrete bestellt sei. Hier wand sich der schlitzohrige Präsident, der durch viele Systeme ging – und meinte, die Slowakei müsse sie vor allem aus Rücksicht auf die Tschechei beibehalten. Gerhard Zeihsel wollte ihm gegenhalten, dass die 150.000 Karpatendeutschen nie in der Slowakei das Problem gewesen seien, sondern die über 500.000 Madjaren, die hauptsächlich in der Süd-Ost-Slowakei ihr Siedlungsgebiet haben. Sie waren – wie die Deutschen – auch kollektiv enteignet - Opfer der Beneš-Dekrete – das hat der durch viele Wasser geschwommene deutschstämmige Präsident der Slowakei – natürlich verschwiegen!

Und übrigens: für Dr. Schuster gab es nur Preßburg bei seinem Vortrag.

Es folgte ein Imbiss, bei dem es auch slowakische Spezialitäten gab und man mit vielen Menschen interessante Gespräche führen konnte.

Wien, am 30. März 2015

02) Karpatendeutsche und Sudetendeutsche in Österreich vertiefen lange Zusammenarbeit. SLÖ-Bundesobmann Zeihsel in Karpatendeutschen Vorstand gewählt

Seit den 1990er Jahren hatte schon die KDLÖ mit der SLÖ – damals war Karsten Eder SLÖ-Bundesobmann, die Vertretung der heimatpolitischen Fragen durch die SLÖ vereinbart. Waren doch die Beneš-Dekrete und die Enteignung ein gemeinsames Schicksal als frühere deutsche Staatsbürger der ČSR (Tschecho-Slowakei) seit dem Ende der Habsburger-Monarchie.

Nunmehr wollten die Karpatendeutschen dies auch durch die Wahl von Gerhard Zeihsel bei der Jahreshauptversammlung am 21. März 2015 im Haus der Heimat, 1030 Wien, als Obmann-Stellvertreter unterstreichen.

Der neue – und schon bewährte Vorstand der KDLÖ – wurde von den über 50 stimmberechtigten Mitgliedern einstimmig gewählt.

Obmann und verantwortlicher Chefredakteur des Heimatblattes: Robert Kudlicska

Obmann-Stellvertreter: Gerhard Zeihsel

Schriftführerin: Agnes Thinschmidt

Kassierin: Gertrude Klaus

Kassier Stellvertreter: Stephan Saghy



Stephan Saghy organisiert die nächste KDLÖ-Autobusreise nach Preßburg und auf die Schüttinsel, welche am Donnerstag, 23. April 2015 um 8 Uhr beim Haus der Heimat startet und bei den „Singenden Omas“ in Preßburg endet.

Wien, am 24. März 2015

Karpatendeutsche Landsmannschaft in Österreich, 1030 Wien, Steingasse 25/EG,
Telefon: 01/607 34 80, e-mail: kdloe@live.at

03) 250 Jahre Veterinärmedizinische Universität Wien

Mit dieser Willenskundgebung vom 24. März 1765 Maria Theresias beginnt die Geschichte dieser Institution

Zu diesem Zeitpunkt existierten erst zwei Veterinärschulen auf der ganzen Welt, in LYON und in ALFORT.

An diese Tierärztliche Hochschule kamen sehr viele Hörer aus den Kronländern um die Tierheilkunde zu studieren. Im Laufe der 250 Jahre waren über 33 Personen aus Böhmen, Mähren und Schlesien die eine bedeutende Stellung an dieser Hochschule erreichten.

Das hervorzuheben und in Erinnerung zu rufen, ist der Sinn dieser Aussendung.

Um die Bedeutung dieser Veterinärmediziner zu unterstreichen, wird von jeder Person eine Kurzbiographie in den Pressemitteilungen erscheinen.

Berühmte Tierärzte aus Böhmen, Mähren und Schlesien. Zeitraum von 1765 - 1945

Wie die Überschrift schon besagt, werden Personen welche aus den obengenannten Gebieten stammen, vorgestellt. Der Beginn dieser "Biographischen Reihe - Tierärzte" wird mit dem Schlesier Johann Gottlieb Wolstein eröffnet, der zugleich als Begründer der Veterinärmedizin im deutschen Sprachraum gilt.

JOHANN GOTTLIEB WOLSTEIN wurde am 14. März 1738 in Flinsberg in Österreichisch-Schlesien geboren. Mit 15 Jahren ging er bei dem Wundarzt König in Wigandsthal in die Lehre von dort aus wechselte er zu dem Praktiker Volckard in Görlitz. Einen bei der Schlacht bei Kunersdorf schwer verwundeten kaiserlichen Offizier pflegte er gesund und folgte ihm auf dessen Reise nach Wien.

Im Jahr 1773 begibt sich Wolstein nach London und lernt in den Sommermonaten in den Provinzen die Zucht englischen Pferde und Schafe kennen. Im März 1775 reist er durch Holland, Hannover, Holstein und Seeland. Im Herbst tritt er die Rückreise über Mecklenburg, Berlin und Jena an. Im Winter 1775 wird er in Jena zum Doktor der Medizin und Chirurgie promoviert. 1776 überreicht er in Wien Kaiser Josef II. einen 80 Seiten umfassenden "Entwurf einer Vieharzneyschule" und der „Wolsteinschen Ära am Thier – Spital“. Siebzehn Jahre lang stand Wolstein an der Spitze dieser Bildungsstätte für Tierärzte. Viele angehende Tiermediziner aus dem Ausland aber vor allem aus den Habsburgischen Kronländern erhielten hier ihre Ausbildung. 1794 wird Johann Gottlieb Wolstein im Zuge einer Kampagne gegen die Jakobiner verhaftet, zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt und im Jahr 1795 begnadigt und des Landes verwiesen.

Mit seiner Frau begab er sich nach deren Heimat im Hannoverschen. Von dort aus übersiedelte er nach Altona (Hamburg), damals unter dänischer Herrschaft.

Wolstein wurden zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen zuteil. Er verstarb im Alter von 82 Jahren in Altona.

Wien, am 24. März 2015



04) Neuer Vorstand der Vereinigung Sudetendeutscher Familienforscher e.V. gewählt

Die Sudetendeutschen Familienforscher wählten in ihrer Mitgliederversammlung am 21.03.2015 einen neuen Vorstand.

Einstimmig wiedergewählt wurde der bisherige Vorsitzende Gregor Tumpach.

Als weitere Mitglieder des Vorstandes wurden gewählt:

- Kurt Willmann, Zweiter Vorsitzender
- Dr. Michael Popović, Erster Schriftführer und Schriftleiter der Zeitschrift "Sudetendeutsche Familienforschung"
- Christa Schlör, Erster Kassenwart
- Maria Amrhein, Zweiter Kassenwart
- Werner Jungwirth, Weiteres Mitglied.

Nicht mehr kandidierten für den Vorstand: Horst Michael Hanika, Rainer Maaz, Martin Tutsch, Josef Richter, Joachim Kohlert, Jürgen Watzke. Ihnen sprach die Mitgliederversammlung Dank und Anerkennung für das geleistete große Engagement in der Familienforschung der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien aus.

Vorstand und Mitgliederversammlung der VSFF ist es ein besonderes Anliegen die nachrückende Generation für die Suche nach den Wurzeln zu begeistern. Ahnenforschung bildet nicht nur kulturell, sie ist auch identitätsstiftend. (VSFF)

Ansprechpartner: Dr. Michael Popović. Email: michael.popovic@t-online.de,
Tel.: [+49\(0\) 151 42629165](tel:+49015142629165)

Vereinigung Sudetendeutscher Familienforscher e.V. (VSFF)
Landshuter Straße 4, 93047 Regensburg
Erster Vorsitzender: Gregor Tumpach, Magnus-Poser-Straße 10, D-07749 Jena
Erster Schriftführer, Schriftleiter der Zeitschrift "Sudetendeutsche Familienforschung":
Dr. Michael Popović, Wiesenstraße 22, D-65817 Eppstein

Wien/Weimar, am 23. März 2015

„Genealogie kann heilend wirken“ Von Dagmar Weidinger

Der deutsche Körperpsychotherapeut Bernhard Schlage spricht darüber, wie belastend sich Kriegs- und Fluchtschicksale früherer Generationen auf das Seelenleben heutiger Nachfahren auswirken können – und wie Ahnenforschung zu einer stabileren Gesundheit führt.

Quelle: Wiener Zeitung Online, 6.3.2015, Link:

http://www.wienerzeitung.at/themen_channel/wz_reflexionen/zeitgenossen/739051_Genealogie-kann-heilend-wirken.html



05) Katholisch, aber nicht römisch-katholisch

Vortrag mit lebhafter Diskussion im Haus Königstein in Geiß-Nidda

Die Vorträge beim Tag der offenen Tür im Haus Königstein in Geiß Nidda sind inzwischen bereits eine Tradition und werden gerne angenommen. Das gilt auch für den Vortrag über die Altkatholiken im Sudetenland, zu dem das Institut für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien als vierte Veranstaltung dieses Jahres eingeladen hatte.

Professor Adolf Hampel aus Hungen stellte als 2. Vorsitzender des Instituts das Thema und einige weitere Vorhaben des Instituts vor. Der Referent, Professor Rudolf Grulich, schilderte dann die Entstehungsgeschichte der Altkatholischen Kirche und fragte eingangs: „Eine Katholische Kirche mit verheirateten Priestern, auch Frauen im Priestertum, Mitsprache der Laien bei der Bischofswahl und Zulassung von Geschiedenen zu Sakramenten und kirchlichen Ämtern – gibt es das?“

Und er antwortete mit: „Ja, in der Altkatholischen Kirche, die sich nach dem Ersten Vatikanischen Konzil von Rom löste und sich als katholisch betrachtet“.

Die Altkatholische Kirche entstand nach dem Jahre 1870, als einige Theologen das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes, das auf dem Ersten Vatikanischen Konzil verkündet wurde, nicht annehmen wollten. Erste Aktionskomitees gegen die Unfehlbarkeit des Papstes und die „Neue“ Kirche entstanden in Österreich außer in Wien und Ried vor allem in Warnsdorf in Nordböhmen, wo Pfarrer Anton Nittel bereits am 16. Oktober 1871 den ersten altkatholischen Gottesdienst feierte. Noch im selben Jahre begannen in Warnsdorf die Arbeiten zum Bau eines eigenen Gotteshauses. Von Warnsdorf ging auch auf Einladung der neuen „altkatholischen Kirchengemeinde“ der Gedanke zu einer „Ersten Konferenz sämtlicher österreichischer altkatholischen Gemeinden“ aus, die im Juni 1872 stattfand. Auf ihr wurde beschlossen, in Österreich, Deutschland und der Schweiz konform vorzugehen, was dann im September 1872 auf dem 2. Altkatholischen Kongress in Köln erfolgte.

Im Sudetenland war bis zum Ersten Weltkrieg in Warnsdorf in Nordböhmen das altkatholische Zentrum für ganz Österreich.

Nach dem Ersten Weltkrieg teilten die neuen Grenzen die Gemeinden des Bistums. Die bei Österreich verbliebenen Pfarreien bildeten nun eine eigene Diözese Österreich, ebenso die neue Tschechoslowakische Republik ein eigenes Bistum.

Nach der Abtretung des Sudetenlandes durch das Münchner Abkommen 1938 und der Schaffung des Protektorates nannte sich das Bistum der Altkatholiken nun Bistum Warnsdorf. Die Vertreibung der Deutschen dezimierte die Altkatholische Kirche im wahrsten Sinne des Wortes. Bischof Paschek starb am 29. Juni 1946 in Warnsdorf. Seine Gläubigen kamen zum größten Teil nach Deutschland, wo sie sich in einigen altkatholischen Gemeinden, auch in Frankfurt oder Wiesbaden integrierten und in Oberursel sogar eine Filialkirche bauten.

Grulich gab einen Überblick über die verschiedenen altkatholischen Kirchen, die im Dachverband der Utrechter Union zusammengeschlossen sind, denn in Utrecht ist das Ehrenoberhaupt der Altkatholiken. Heute sind neben Gläubigen in Holland, Schweiz, Deutschland und Österreich auch slawische Mitgliedskirchen in Polen und Kroatien vertreten.

Es entspann sich eine lebhaft, von Professor Hampel geleitete Diskussion über Kirchenreform und Ökumene, bei der mehrfach der Wunsch geäußert wurde, solche Themen in der Erwachsenenbildung weiterzuführen.

Angelika Steinhauer

Wien/Geiß-Nidda, am 19. März 2015



06) Symposium der Sudetendeutschen Jugend Österreichs und der mittleren Generation

"Aus der Vergangenheit und Gegenwart in die Zukunft schreiten"

Im Haus der Heimat in 1030 Wien trafen am 14. März 2015 über 40 Teilnehmer zwischen 20 und 55 Jahren zu einem Einstiegssymposium zusammen.

Hubert Rogelböck als Organisator dieses Treffens begrüßte die Teilnehmerschar und übergab Michael Maringer (SdJÖ) die Moderation.

Der Beitrag von der Jugendgruppe Sojka (Elster) aus Brünn/Brno von Frau Labušova, die erkrankt war, wurde in Kurzform vorgetragen.

In der kommunistischen Zeit wurde über die Vertreibung der Sudetendeutschen nicht viel gesprochen. Beim Prager Frühling 1968 wurden die Intellektuellen in der damaligen Tschechoslowakei auf das Thema "Sudetendeutsche" hellhörig und es wurde der Kulturverband für die verbliebenen Deutschen in Prag gegründet. Diejenigen Tschechen die schon in den 80er Jahren auf Besuch nach Deutschland oder nach Österreich fahren durften, erfuhren, dass die Sudetendeutschen schon vor 800 Jahren nach Böhmen kamen. Aus der Sicht von Sojka ist die Kollektivschuld der Sudetendeutschen nicht gerechtfertigt. Sojka will in Zukunft helfen, Resentiments abzubauen.

Über "Die Lage der in der Tschechischen Republik verbliebenen Deutschen" sprach Irene Kunc vom Begegnungszentrum Mähr. Trübau

Von den 3,5 Mio. Sudetendeutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien, sind ca. 180.000 – 200.000 meist aus Mischehen, Sozialdemokraten, Kommunisten, Antifaschisten und Leute, die in der Industrie gearbeitet haben, nach 1945 geblieben. Der Rest wurde nach Deutschland und Österreich vertrieben. Die verbliebenen Deutschen wurden in das Landesinnere umgesiedelt, damit sie sich rascher assimilierten.

Nach der Wende 1989 blieb der oben erwähnte deutsche Kulturverband erhalten und zusätzlich wurde die „Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien“ gegründet. Näheres unter www.landesversammlung.cz. Ziel der Landesversammlung ist es die Erhaltung der deutschen Sprache, den Erhalt der deutschen Kultur und Schutz der Minderheitenrechte. Die Landesversammlung gibt einmal pro Monat die deutsche Zeitung Landesecho heraus. Näheres unter www.landeszeitung.cz.

2011 bekannten sich über 18.000 Menschen in der Tschechischen Republik zur Deutschen Minderheit.

Die ganz junge Generation der verbliebenen Deutschen suchen ihre Wurzeln und kommt dazu teilweise in die Begegnungszentren, die die Landesversammlung eingerichtet hat.

Die jungen Verbliebenen sind in der Jugendgruppe Jukon organisiert.

Zukunft: Die deutsche Minderheit sieht sich als Brückenbauer nach Deutschland und nach Österreich und als Teilnehmer für gemeinsame Projekte zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik. Junge Mitglieder werden schon durch Theatergruppen für Kinder in den Begegnungszentren gefunden.

Frage: Gibts Begegnungszentren an der österreichischen Grenze? Nein, aber in Brünn gibt es drei deutsche Verbände.

Mag. Niklas Perzi vom Institut für Migrationsforschung in St. Pölten hielt einen „geschichtlichen Rückblick“:



Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts (1848) ist ein Nationalitätenkampf zwischen Tschechen und Deutschen betreffend Schulen entbrannt.

Die Tschechoslowakische Republik wollte die Sudetengebiete als wirtschaftlichen Faktor wegen der Industrie in Böhmen behalten.

1938 im Exil in London wollte Staatspräsident Beneš vorerst kleine Gebiete an Deutschland abtreten mit damit verbundener "Umsiedlung" der Deutschen aus den restlichen deutsch besiedelten Gebieten, bereits ab 1942 wollte er nur mehr die gesamte Vertreibung der Sudetendeutschen, ohne Gebietsabtretung.

1945: Österreich wollte nichts mit der Mehrheit der vertriebenen Sudetendeutschen zu tun haben, die Mehrzahl der Vertriebenen wurde 1946 von Österreich nach Deutschland "weitergeleitet".

Zukunft: Sudetendeutsche sollen mehr in Diskurs mit Tschechien gehen, ein kleiner konzentrierter Kreis sollte den nicht mehr aufrechtzuerhaltenen Strukturen der Sudetendeutschen Landmannschaft nachfolgen, dieser sollte in Dialog mit Tschechien gehen, riet der Historiker Perzi.

Es folgte Christoph Lippert, Bundesgeschäftsführer der Sudetendeutschen Landmannschaft in München:

Er gab einen Überblick über die Strukturen in Deutschland, Näheres unter www.sudeten.de.

Betreffend Ahnenforschung: Näheres unter www.heimatoneline.eu.

Aufgabe in der Zukunft ist, die Sudetendeutsche Landmannschaft (SL) zu sichern. Wozu in vielen Jahren noch die SL?

- Wegen der Nachgeborenen, die sich für ihre sudetendeutschen Wurzeln interessieren.
- Wegen der jungen Tschechen, weil das tschechische Volk hat über 800 Jahre mit dem Sudetendeutschen Volk zusammengelebt.
- Sudetendeutsche Geschichte soll in Schulen viel präsenter gemacht werden.
- Wegen der Menschenrechte ohne Grenzen weltweit.
-

Wie schafft es die SL München, junge Leute für die Belange der Sudetendeutschen zu interessieren?

- Die Anfragen dieser Leute werden schnell und höflich beantwortet.
- Neu sind Wochendseminare am Heiligenhof in Bad Kissingen.
- Facebookauftritt der SL München
- Sudetendeutscher Tag, der immer mehr Kongresscharakter annimmt.

Prof. Wolf Kowalski referierte über „Schaffung eines historischen Gedächtnisses des Sudetenlandes auf lexikalischer Ebene. Enzyklopädie Wikipedia: Chance oder Gefahr?“

Es gibt einige Gruppen, die im Internet Einträge machen. Die Volkszählung der Sudetendeutschen von 1930 in der Tschechoslowakei sollte für jedes Dorf ins Internet gestellt werden!

Für Nachkommen, die sich für ihre Sudetendeutsche Herkunft interessieren: www.genteam.at (kostenloses Ortsverzeichnis).

In der Familienforschung für Böhmen, Mähren und Schlesien ist Präs. Ofner, www.Familia.Austria, ein Spezialist, der gute Ratschläge erteilt.



Zum Abschluß des Symposiums stellte Hubert Rogelböck „Die deutschen Minderheiten in Ost- und Südeuropa“ vor.

- **Karpatendeutsche in der Slowakei**
- **Deutsche in der Ukraine/Buchenland**
- **Rumäniendeutsche: Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben**
- **Deutsche in Serbien: Donauschwaben**
- **Deutsche in Ungarn: Donauschwaben**
- **Deutsche in Slowenien: Untersteirer und Gottscheer.**

Nach den Vorträgen war die Möglichkeit Fragen zu stellen und Meinungen zu vertreten. Es wurde reichlich davon Gebrauch gemacht. Die Meinungen der jungen und mittleren Generations-Vertreter war einhellig: die Art der Veranstaltung sollte gezielt fortgeführt werden. Besonderes Interesse zeigt man für aufgeschlossene Tschechen, mit denen man gerne sprechen möchte. Monika Horakova – sie entwickelte in Reingers, Waldviertel, eine Neubistritzer Heimatstube der modernen Art, sie wird sicher gebeten werden, für einen Vortrag aus ihrer Erfahrung, zur Verfügung zu stehen.

Wien, am 18. März 2015

07) Sudetendeutscher Karlspreis für Valentin Inzko

Der Hohe Beauftragte für Bosnien-Herzegowina, der österreichische UNO-Diplomat Valentin Inzko, wird am Pfingsttag, dem 23. Mai 2015, beim Sudetendeutschen Tag in Augsburg mit dem nach Kaiser Karl IV. benannten Europäischen Karlspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft ausgezeichnet.

Quelle: <http://www.ohr.int/images/new-hr-vi.jpg>

Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bernd Posselt, nannte Inzko einen „überragenden Europäer, der aus eigenem Erleben wie aus der jahrzehntelangen Tätigkeit als Spitzendiplomat weiß, was völkerrechtswidrige Vertreibung sowie Unterdrückung von Volksgruppen- und Menschenrechten bedeuten.“ Deshalb sei er „ein leidenschaftlicher Kämpfer für Frieden, Ausgleich und das Recht auf die Heimat. Persönlichkeiten wie er tragen entscheidend dazu bei, daß das Motto des diesjährigen Sudetendeutschen Tages, ‚Menschenrechte ohne Grenzen‘, Schritt um Schritt verwirklicht wird“, so Posselt. Der Europäische Karlspreis der Sudetendeutschen wird für Verdienste um eine gerechte Völkerordnung in Mitteleuropa verliehen.

Valentin Inzko gehört der slowenischen Volksgruppe in Kärnten an, die er seit 2010 als Vorsitzender des „Rates der Kärntner Slowenen“ auch politisch vertritt. Seit 2009 fungiert er als Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina, wo er zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit über sehr weitgehende Kompetenzen verfügt, namens der internationalen Gemeinschaft in die Politik des Landes einzugreifen.

Das Vertreibungsschicksal kennt er aus der eigenen Familie, aus der Familie seiner Frau und aus seiner derzeitigen Arbeit auf dem Balkan.

Der promovierte Dr. iuris und Absolvent der Diplomatischen Akademie in Wien übernahm seit den siebziger Jahren weltweit besonders schwierige diplomatische Missionen, so in der Mongolei, im Bürgerkriegsland Sri Lanka, im Südkaukasus, in Belgrad sowie im Sandžak von Novi Pazar.



Seite 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 670 vom 10.04.2015

Von 1990 bis 1996 war er Kulturrat der Österreichischen Botschaft in Prag und gründete dort 1993 als Direktor das Österreichische Kulturinstitut. Wie Otto von Habsburg wurde Inzko, der auch der erste österreichische Botschafter in Bosnien-Herzegowina war, zum Ehrenbürger von Sarajewo ernannt. Inzko spricht Slowenisch, Deutsch, Kroatisch, Tschechisch, Russisch, Englisch und Französisch.

Hildegard Schuster, Presse / Öffentlichkeitsarbeit / Heimatpolitik - Sudetendeutsche Landsmannschaft Bundesverband e.V.

Tel.: 0049 (0)89 / 48 00 03 54 Mobil: 0049 [\(0\)171 / 20 49 747](tel:004901712049747) www.sudeten.de



zu A. c) Dokumentationen, Diskussionen



Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP)

Telefon: 01/ 718 59 19

Redaktion, Herausgeber, Medieninhaber:

Fax: 01/ 718 59 23

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

E-Mail: pressedienst@sudeten.at

Bundespressereferat: A-1030 Wien, Steingasse 25

www.sudeten.at

01) Kaschauer Programm vom 5. April 1945

Am 5.4.2015 war der 70. Jahrestag der Erstellung des Kaschauer Programmes

Wie natürlich bekannt, sind die Hauptpunkte u.a. die vollständige und unbegrenzte Bindung der neuen Tschechoslowakei an die Sowjetunion, einschließlich der Übernahme der sowjetischen Strukturen und die straffreie Beraubung der 3 Millionen deutschsprachigen Altösterreicher, sowie deren Vertreibung oder Ermordung. Diese Deklaration erfolgte fast 5 Monate bevor die alliierten Sieger im Potsdamer Protokoll erst ihre eigene Vorgehensweise in Europa unter Ausschluss der betroffenen deutschen Bevölkerung niedergeschrieben hatten.

Nachstehend der link zur deutschen Übersetzung:

<http://www.mitteuropa.de/kaschauprog01.htm>

Wien, 07.04.2015

Übersetzt aus der vom tschechoslowakischen Informationsministerium
herausgegebenen Publikation:

Programu prvé domácí vlády Národní fronty Čechů a Slováků. Sbírnka Dokumentů. Prag, o. J., S. 9–29.

Der Text ist – von wenigen Tippfehlern abgesehen – unverändert entnommen dem Bande „Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei“, ISBN 3-89350-560-1. Hervorhebungen und Kommentierungen (werden noch nachgereicht) durch ML.

Das Kaschauer Programm

Programm der neuen tschechoslowakischen Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken, angenommen auf der ersten Sitzung der Regierung am 5. April 1945.

I

Nach mehr als sechs Jahren Fremdherrschaft ist die Zeit gekommen, in der über unserem schwer geprüften Vaterland die Sonne der Freiheit aufgeht. Auf ihrem glorreichen Siegeszug



gegen Westen hat die Rote Armee die ersten Teile der Tschechoslowakischen Republik befreit. Auf diese Weise war es dank unserem großen Verbündeten, der Sowjetunion, möglich, daß der Präsident der Republik in das befreite Gebiet zurückkehren und daß hier, wieder auf heimatlichem Boden, die neue tschechoslowakische Regierung gebildet werden konnte.

Die neue Regierung ist die Regierung einer breiten Nationalen Front der Tschechen und Slowaken und wird von den Vertretern aller sozialen Schichten und politischen Richtungen gebildet, die in der Heimat und jenseits der Grenzen den nationalen Befreiungskampf zum Sturze der deutschen und madjarischen Tyrannei geführt haben. Die neue Regierung erachtet es für ihre Aufgabe, an der Seite der Sowjetunion und der übrigen Verbündeten diesen Kampf bis zur vollständigen Befreiung der Republik zu Ende zu führen, mit allen Kräften des tschechischen und des slowakischen Volkes zur völligen Niederwerfung Hitler-Deutschlands beizutragen und die ersten Schritte zum Aufbau eines neuen glücklicheren Lebens unserer Völker im befreiten Vaterland zu tun.

Die Regierung erachtet in ihrer jetzigen Zusammensetzung ihre Sendung für zeitlich begrenzt. Nach der Befreiung der übrigen Teile der Republik und vor allem auch der böhmischen Länder wird eine Vorläufige Nationalversammlung im Sinne des Verfassungsdekretes des Präsidenten der Republik auf der Grundlage von Nationalausschüssen gewählt und einberufen werden. Die Vorläufige Nationalversammlung wird den Präsidenten der Republik bis zur ordnungsgemäßen Wahl in seinem Amte bestätigen, und der Präsident wird eine neue Regierung unter Berücksichtigung einer angemessenen Vertretung aller Schichten unseres nationalen Widerstandes in der Heimat und jenseits der Grenzen ernennen. Diese Regierung und die Vorläufige Nationalversammlung werden dann innerhalb des kürzesten möglichen Zeitraums allgemeine, geheime und direkte Wahlen für die Verfassunggebende Versammlung vorbereiten und durchführen, die eine neue Verfassung der Republik ausarbeiten und eine feste verfassungsmäßige Grundlage für die Zukunft schaffen wird.

II

Noch verläuft freilich die militärische Front auf dem Gebiet unserer Republik, noch wütet der tödlich verwundete, aber sich verzweifelt wehrende Feind in der westlichen Slowakei und in den böhmischen Ländern, noch warten Millionen unserer Brüder und Schwestern auf die Befreiung von dem unerträglichen Joch. Unter diesen Umständen wird es die Hauptaufgabe der Regierung sein, der alles übrige untergeordnet werden muß, die militärischen Anstrengungen der Tschechoslowakei in jeder nur möglichen Weise zu steigern bis zur Befreiung des ganzen Landes und bis zur vollständigen Niederlage Hitler-Deutschlands.

Deshalb wird die Regierung mit allen ihr zugänglichen Mitteln die vorrückende Rote Armee unterstützen – sie wird die rasche Wiederherstellung der zerstörten Eisenbahnen, Straßen, Brücken, sowie auch der Telegraf- und Telefonverbindungen durchführen und die militärischen Transporte unterstützen, für eine geeignete Unterbringung der sowjetischen Truppen und ihrer Etappen-Einrichtungen Sorge tragen, sich um die verwundeten Rotarmisten kümmern und zur Versorgung eines Teiles der Roten Armee mit Lebensmitteln, Futtermitteln und anderen Bedarfsartikeln beitragen. Die Erfüllung dieser Aufgaben wird die Regierung nachdrücklich auch von den Nationalausschüssen und den übrigen Organen fordern. Den Erfordernissen der Weiterführung des Krieges werden auch alle politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Maßnahmen untergeordnet, die in dem befreiten Gebiet durchgeführt werden.

In dem befreiten Gebiet wird die Regierung die Mobilisierung der waffenfähigen Bürger der Tschechoslowakei fortsetzen, um den Kern des ersten tschechoslowakischen Korps eine neue tschechoslowakische Armee aufbauen für eine beschleunigte Ausbildung, Ausrüstung und Bewaffnung der neuen tschechoslowakischen Einheiten und ihren baldigen Einsatz an der Front sorgen. Die Regierung wird auch für die Überführung der tschechoslowakischen Land- und Luftstreitkräfte aus dem Westen in das befreite Gebiet sorgen.



Im Hinterland des Feindes wird die Regierung den allnationalen Kampf der breitesten Massen der Nation gegen die Okkupanten organisieren, sie wird darauf hinwirken, daß das tschechische Volk opferfreudig seinen bisherigen heldenhaften Kampf steigert, daß es nach dem Vorbild der Slowaken und der Partisanengruppen in den böhmischen Ländern das Banner des nationalen Partisanenkrieges im Rücken des Feindes hoch aufrichtet, daß es mit allen Mitteln die deutsche Kriegsproduktion, den Verkehr und die Versorgung lahmlegt und auf diese Weise zur Verkürzung der fremden Okkupation und zur vollständigen und baldigen Vertreibung der Okkupanten beiträgt.

III

In Würdigung der außerordentlichen Verdienste der Roten Armee um unsere Befreiung sowie ihrer entscheidenden Rolle bei der Sicherung unserer Zukunft und um der unerreichbaren Kriegskunst, der beispiellosen Selbstaufopferung und dem grenzenlosen Heldentum ihrer Angehörigen zu huldigen, hat die Regierung den Wunsch, die kriegerische Zusammenarbeit der tschechoslowakischen Armee mit der Roten Armee noch weiter zu befestigen, und erblickt in ihr ein Vorbild für den Aufbau einer neuen, wahrhaft demokratischen, antifaschistischen tschechoslowakischen Armee.

Um eine möglichst enge Zusammenarbeit mit der Roten Armee zu ermöglichen, die im Interesse des Sieges und unserer Zukunft notwendig ist, werden die Organisation, die Ausrüstung und die Ausbildung der neuen tschechoslowakischen Wehrmacht die gleichen sein wie die Organisation, die Ausrüstung und die Ausbildung der Roten Armee. Dadurch wird ein wirksamer Beistand der Roten Armee ermöglicht und eine vollkommene Verwertung ihrer militärischen Erfahrungen erreicht werden.

Die Regierung ist sich bei ihrem Bestreben, so schnell wie möglich auf dem befreiten Gebiete alle Kräfte des Volkes für einen organisierten bewaffneten Kampf gegen unsere Feinde zu mobilisieren, bewußt, daß die große Sendung im gegenwärtigen Ringen um die Freiheit und für die künftige Sicherung der Republik allein eine antifaschistische, nationale Befreiungsarmee konsequent erfüllen kann, eine wahrhaft demokratische Armee, die den Volkswillen ausführt, mit dem Volke verbunden ist, sich des Vertrauens des Volkes erfreut und deshalb in all seine Liebe und Fürsorge eingebettet wird. Die Regierung wird deshalb alles tun, damit beim Aufbau der neuen tschechoslowakischen Wehrmacht der volksdemokratische Charakter der Armee zugrundegelegt, bestätigt und weiter vertieft wird. Die neue tschechoslowakische Armee ist im Kampf gegen den Hitlerismus entstanden, und ihren Stamm bilden und werden bilden die aktiv mit der Waffe in der Hand kämpfenden Einheiten der Wehrmacht unserer Nationen in der Heimat und jenseits der Grenzen (das erste tschechoslowakische Korps in der UdSSR, unsere Flieger, die tschechoslowakische Panzerbrigade in Frankreich, die slowakischen und tschechischen Partisanen, die Aufstandsarmee in der Slowakei). Auf dieser Grundlage, insbesondere um den Kern des ersten tschechoslowakischen Korps in der UdSSR, wird die neue tschechoslowakische Wehrmacht gebildet.

Die neue tschechoslowakische Armee wird für den augenblicklichen Kampf an der Front errichtet, und zwar sofort im Verlaufe des Kampfes, der noch andauert, und ihre neu ausgebildeten und neu ausgerüsteten Einheiten werden so rasch wie möglich in den Kampf an der Seite der Roten Armee eingesetzt werden.

Damit die neue tschechoslowakische Armee ein mächtiges und scharfes Werkzeug des antifaschistischen Kampfes sein kann, muß sie auf Grund einer eisernen, aber demokratischen militärischen Disziplin errichtet werden, auf Grund einer Disziplin höheren Grades, einer bewußten Disziplin, die aus einem klaren Wissen um die nationalen Pflichten und einem vollen Verständnis der gegebenen Aufgaben entspringt.

Damit unsere Armee in einem staatsbewußten, demokratischen und antifaschistischen Geiste erzogen werden kann, hat die Regierung den Wunsch, mit der sogenannten „unpolitischen“



Armee ein für allemal ein Ende zu machen in dem Bewußtsein, daß sich unter diesem Begriff des „Unpolitischen“ eine Geringschätzung der moralischen Faktoren des Kampfes verbirgt und daß hinter ihrem Schleier reaktionäre und antidemokratische Bestrebungen sowie Kapitulationstendenzen wuchern. Es ist ganz im Gegenteil notwendig, daß jeder tschechoslowakische Soldat in Zukunft ein bewußter Kämpfer für die Freiheit der Nation und ein bewußter Verteidiger ihrer Freiheit ist.

Damit bei allen Angehörigen der Wehrmacht eine hohe Kampfmoral und der antifaschistische demokratische Geist gepflegt und auch unter den schwersten Kampfbedingungen und -erprobungen aufrechterhalten werden, wird in allen militärischen Einheiten, Formationen und Instituten die Einrichtung der „Bildungsoffiziere“ geschaffen, welche die Vertreter der zuständigen Befehlshaber im Bereich der Erziehung und Bildung sein und bei den höheren Kommandostellen die Abteilung für Erziehung und Bildung leiten werden. Leitendes Erziehungsorgan wird im Rahmen des Ministeriums für Volksbildung die „Hauptverwaltung für Erziehung und Bildung“ sein, deren Leiter dem Minister für Volksbildung und seinem Stellvertreter unmittelbar unterstellt und auf Vorschlag des Ministers für die nationale Verteidigung oder dessen Vertreters von der Regierung ernannt wird. Den Bildungsoffizieren werden die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Erfüllung ihrer Aufgaben im Kampfe und außerhalb des Kampfes zugesichert. Besondere Aufmerksamkeit ist der Ausbildung und dem Bewußtsein der Befehlshaber, vor allem auch der Bildungsoffiziere, zuzuwenden.

Die Regierung hebt nachdrücklich hervor, daß die Befehlshaberstellen in der neuen tschechoslowakischen Armee nur Offiziere von aufrichtiger demokratischer, wahrhaft antifaschistischer, Gesinnung einnehmen können. Die tschechoslowakische Armee kann stolz sein auf Hunderte und Tausende ihrer Offiziere, welche, treu ihrem Eid für die Republik, standhaft und furchtlos den Kampf gegen die deutschen Tyrannen in der Heimat und jenseits der Grenzen geführt haben und führen, für ihr Vaterland auf den Richtstätten und auf den Schlachtfeldern gestorben sind und ihre patriotische demokratische Gesinnung glänzend bekundet haben. Gleichzeitig aber ist es notwendig, so schnell wie möglich Vorkehrungen für die rascheste Säuberung der Armee von allen verräterischen, kollaborantischen, antidemokratischen und volksfeindlichen Elementen zu treffen und dafür Sorge zu tragen, daß solche Elemente nicht auf Befehlshaberstellen vordringen können. Die Überprüfung der politischen und nationalen Zuverlässigkeit des Offizierskorps wird während der Übergangszeit von den zuständigen militärischen Instanzen durchgeführt in Zusammenarbeit mit den Volksorganen, d. h. mit den Nationalausschüssen und dem Slowakischen Nationalrat wie auch mit den von der Regierung unmittelbar zu diesem Zweck ernannten Organen. Die Regierung widmet der Schulung eines demokratischen, antifaschistischen Offizierskorps außerordentliche Aufmerksamkeit. Sie wird dafür sorgen, daß sich die Offiziere so weit wie möglich die Kampferfahrungen der Roten Armee und unserer Kampfeinheiten aneignen, sie wird für die Übergangszeit Professoren und Instrukturen von der Roten Armee für das eigene militärische Schulwesen erbitten. Sie wird sich bemühen, eine möglichst große Zahl der geeignetsten Offiziere in die sowjetischen Militärschulen bis zu den höchsten militärischen Lehrstätten und Akademien zu schicken.

Die Rangordnung der Offizierschargen wird vereinfacht, die materiellen Verhältnisse der Offiziere werden verbessert werden. Bei der Festsetzung der Bezüge wird nicht nur auf die Erreichung der Charge gesehen werden, sondern auch auf die tatsächlich ausgeübte Funktion. Besonders qualifizierten Angehörigen der Wehrmacht (Ärzten, Apothekern, Ingenieuren usw.) werden die entsprechenden Offiziersränge zuerkannt.

Die Ernennung und Beförderung der Offiziere wird nicht nur von formellen Regeln abhängen, vielmehr wird eine außerordentliche, schnellere Beförderung (bzw. Ernennung) der Geeignetsten, vor allem derjenigen, die sich im Kampf an der Front ausgezeichnet haben, gefördert werden.



Die Regierung wird dafür sorgen, daß in der neuen tschechoslowakischen Armee die staatsrechtliche Stellung der Tschechen und der Slowaken nach dem Grundsatz „Gleiche unter Gleichen“ voll berücksichtigt wird und daß die Slowaken in allen zentralen Institutionen eine angemessene Vertretung erhalten. In der einheitlichen tschechoslowakischen Armee wird die völlige Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit der slowakischen und der tschechischen Sprache als Kommando- und Dienstsprachen eingeführt. Im Rahmen der einheitlichen tschechoslowakischen Wehrmacht und unter Wahrung der vollkommenen Einheit der Befehlsgebung und der Heeresorganisationen werden slowakische nationale militärische Einheiten gebildet, wie dies in dem besonderen Abschnitt über den Standpunkt der Regierung zur slowakischen Frage eingehender dargelegt wird. In der Armee werden die kämpferischen Traditionen unserer Nationen, insbesondere die kämpferischen Traditionen unserer militärischen Kampfeinheiten und Partisanen bewahrt und gepflegt werden.

Die Tätigkeit in Partisanenabteilungen wird nach Erprobung in vollem Umfang als Dienst in der neuen tschechoslowakischen Armee anerkannt. Die Offiziersränge in den Partisanenabteilungen werden in der neuen tschechoslowakischen Armee nach einer Überprüfung, gegebenenfalls nach Abschluß eines kurzen Kurses, anerkannt.

Die Regierung wird neue tschechoslowakische Kampfauszeichnungen, Orden und Medaillen einführen, die dem Geiste und den Kampftraditionen unserer Nationen entsprechen.

Die Regierung ist entschlossen, bei der Regelung militärischer Fragen alles zu tun, was eine möglichst schnelle und wirksame Mobilisierung der Wehrkraft des Volkes, ihren Einsatz im Frontkampf und eine erfolgreiche Führung des Kampfes bis zum Endsieg fördern wird.

IV

Als Ausdruck der nie endenden Dankbarkeit der tschechischen und der slowakischen Nation der Sowjetunion gegenüber wird die Regierung die engste Bundesgenossenschaft mit der siegreichen slawischen Großmacht im Osten zur unabdingbaren Leitlinie der auswärtigen Politik machen. Der tschechoslowakisch-sowjetische Vertrag vom 12. Dezember 1943 über die gegenseitige Hilfeleistung, Freundschaft und Nachkriegs-Zusammenarbeit wird für alle Zukunft die außenpolitische Position unseres Staates bestimmen. Mit Hilfe der Sowjetunion wird die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik vollendet werden, damit auf diese Weise mit ihrer Unterstützung für immer deren Freiheit und Sicherheit gewährleistet und jede Nation der Tschechoslowakei unter allseitigem Zusammenwirken mit der Sowjetunion eine ruhige Entwicklung und glückliche Zukunft gesichert werde.

Die Regierung wird von Anfang an die praktische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion durchführen, und zwar in jeder Richtung – militärisch, politisch, wirtschaftlich, kulturell –, wobei sie den Wunsch hat, mit der benachbarten ukrainischen sowjetischen Unionsrepublik einen gegenseitigen Vertreter austausch und wechselseitige Beziehungen zu verwirklichen. Es wird das Bestreben der Regierung sein, bei der endgültigen Zermalmung Hitler-Deutschlands, bei der Vollstreckung der Strafe an Deutschland, bei der Auferlegung der deutschen Reparationen, bei der Festsetzung der neuen Grenzen und bei der Organisation des künftigen Friedens so eng wie möglich an der Seite der Sowjetunion und im Verein mit den übrigen slawischen und demokratischen Staaten zu stehen.

Die Regierung wird ihre wichtige Aufgabe darin sehen, einen festen Bündnisverband mit dem neuen demokratischen Polen zu verwirklichen, damit möglichst bald auch die vorausgesetzte Ausweitung des tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrages vom 12. Dezember 1943 in einem dreiseitigen Pakt durchgeführt werden kann, der die Bundesgenossenschaft der Tschechoslowakei, Polens und der Sowjetunion gegen die deutsche Eroberungssucht erhärten würde. Soweit es sich um Polen handelt, wird die Regierung bestrebt sein, die unglückselige Vergangenheit in Vergessenheit geraten zu lassen und das Verhältnis der Tschechoslowakei zu dem neuen Polen von Anfang an auf eine neue Grundlage zu stellen, auf die Grundlage der slawischen Bruderschaft. ►

Der slawischen Linie ihrer auswärtigen Politik wird die Regierung auch darin folgen, daß sie die freundschaftlichste Verbindung mit dem neuen Jugoslawien anknüpfen und eine Form neuer Beziehungen auch zu dem slawischen Bulgarien finden wird.

Im Verhältnis zu Ungarn macht sich die Regierung völlig den Status des Waffenstillstandes zu eigen, der vor allem dank der Hilfe der Sowjetunion so wesentlich zugunsten der Tschechoslowakei ausgefallen ist, um später, nach Wiedergutmachung allen Unrechts und aller Verbrechen, welche von den madjarischen Okkupanten begangen wurden, die Bestrebungen um eine Annäherung eines neuen und wirklich demokratischen Ungarns ebenso wie eines unabhängigen und demokratischen Österreichs an die benachbarten slawischen Völker und Staaten zu fördern.

Diese hauptsächliche Ausrichtung der tschechoslowakischen auswärtigen Politik, die getragen ist von dem Geiste slawischer Freundschaft, stellt die Regierung auf die breitere Grundlage allgemeiner freundschaftlicher Beziehungen zu den demokratischen westlichen Mächten, die in der antinazistischen Front der Vereinten Nationen stehen. Die freundschaftlichen Beziehungen zu England, dessen Hilfe während des Krieges wir hoch einschätzen, wie auch zu den USA wird die Regierung in ähnlicher Weise stärken wie die besonders enge Freundschaft mit Frankreich, wobei es ihr Bestreben sein wird, daß die Tschechoslowakei einen aktiven Beitrag bei der Errichtung einer neuen Ordnung im befreiten, demokratischen Europa leistet.

V

In ihrer heimischen Politik wird die Regierung von dem grundlegenden Artikel der tschechoslowakischen Verfassung ausgehen, nach dem das Volk die einzige Quelle der Staatsgewalt ist. Deshalb wird die Regierung das gesamte öffentliche Leben auf einer breiten demokratischen Grundlage aufbauen; sie sichert dem Volke alle politischen Rechte zu und wird einen unerbittlichen Kampf um die Ausrottung aller faschistischen Elemente führen.

Zum Unterschied von dem früheren bürokratischen, volksfremden Verwaltungsapparat werden in den Gemeinden, Bezirken und Ländern als neue Organe der staatlichen und öffentlichen Verwaltung vom Volke gewählte Nationalausschüsse geschaffen. Diese vom Volke gewählten, unter der ständigen Kontrolle des Volkes stehenden und bis auf weiteres vom Volke abberufbaren Nationalausschüsse werden im Bereich ihrer Zuständigkeit alle öffentlichen Angelegenheiten verwalten, neben den Zentralorganen für die öffentliche Sicherheit sorgen und sich einen ihnen untergeordneten demokratischen Beamtenapparat aufbauen. Die Regierung „wird ihre Politik über die Nationalausschüsse verwirklichen und sich vollständig auf sie stützen. Alle Organe und Institutionen der Verwaltung und Gewaltausübung, die von den früheren Regimen der Okkupanten und Verräter eingerichtet wurden, werden aufgelöst. Für die vorläufige Verwaltung der Gemeinden und Bezirke mit einer in der Mehrheit staatlich unzuverlässigen, nicht slawischen Bevölkerung werden die Verwaltungsfunktionen angeordnet.

Das befreite Volk wird in die Nationalausschüsse seine besten Vertreter entsenden, ohne Rücksicht darauf, ob sie irgendeiner politischen Partei angehören oder nicht, die sich aber im Kampf gegen die fremden Eindringlinge und Verräter bewährt und durch ihre Taten ihr wirklich vaterländisches Fühlen und ihre demokratische Überzeugung bewiesen haben und beweisen. Zugleich aber werden Volk und Regierung sorgfältig darüber wachen, daß in die Nationalausschüsse keine Elemente eindringen, welche mit den Okkupanten zusammengearbeitet, die Verräter unterstützt und in Diensten des Feindes sich schändliche persönliche Vorteile verschafft haben.

Die Regierung wird die schöpferische Initiative und die öffentliche Tätigkeit der breitesten Volksschichten voll und ganz unterstützen. Neben der unmittelbaren Beteiligung an der Verwaltung und Leitung der staatlichen und öffentlichen Angelegenheiten im Wege der Nationalausschüsse wird das Volk das Recht haben, freiwillige Organisationen verschiedener Art politische, gewerkschaftliche, kulturelle, sportliche und andere - zu bilden und durch sie



seine demokratischen Rechte zu verwirklichen. Dabei wird aber nicht zugelassen werden, daß in diese Organisationen Volksverräter, Faschisten und andere offene oder getarnte Feinde des Volkes eindringen.

Die konsequente Gleichberechtigung der Frauen in allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens wird durchgeführt werden. Das allgemeine Wahlrecht der Männer und Frauen vom 18. Lebensjahr an wird eingeführt und auch auf die Angehörigen der Wehrmacht ausgedehnt werden. Alle Volksverräter und Helfershelfer des Feindes werden jedoch im Sinne des Dekretes des Präsidenten der Republik über die Bestrafung der Kriegsverbrecher, der Verräter und Kollaboranten und über die Errichtung von Volksgerichten, des aktiven und passiven Wahlrechtes entkleidet. Gewährleistet werden voll und ganz die verfassungsmäßigen Freiheitsrechte, insbesondere die persönliche Freiheit, die Versammlungsfreiheit, die Koalitionsfreiheit, die freie Meinungsäußerung durch Wort, Druck und Schrift, die Freiheit des Hauses, das Briefgeheimnis, die Lehr- und Gewissensfreiheit sowie die Freiheit des religiösen Bekenntnisses. Eine Diskriminierung der Bürger der Republik aus rassistischen Gründen wird nicht zugelassen werden.

VI

Die Regierung hält sich, als erste Heimatregierung der Republik, für die Verkörperung der auf neuen Grundsätzen errichteten tschecho-slowakischen staatlichen Gemeinschaft. Indem sie allen alten Streitigkeiten ein Ende bereitet und von der Anerkennung der Slowaken als einem national eigenständigen Volk ausgeht, wird sich die Regierung von ihren ersten Schritten an folgerichtig darum bemühen, daß im tschecho-slowakischen Verhältnis der Grundsatz „Gleiche unter Gleichen“ verwirklicht und auf diese Weise die Bruderschaft zwischen den beiden Nationen tatsächlich zur Geltung gebracht werde.

In Anerkennung dessen, daß die Slowaken Herren in ihrem slowakischen Lande sein sollen, ebenso wie die Tschechen in ihrer tschechischen nationalen Heimat, und daß die Republik als gemeinschaftlicher Staat der gleichberechtigten Nationen, der tschechischen und der slowakischen, erneuert wird, gibt die Regierung dieser Anerkennung in wichtigen staatspolitischen Akten Ausdruck. Sie wird den Slowakischen Nationalrat, der sich auf die Nationalität in den Gemeindebezirken stützt, nicht nur auf den autorisierten Repräsentanten der selbständigen slowakischen Nation, sondern auch als den Träger der Staatsgewalt auf dem Gebiete der Slowakei (der gesetzgebenden, der Regierungs- und der vollziehenden Gewalt) betrachtet, wie dies dem Sonder. übereinkommen des Slowakischen Nationalrats mit dem Präsidenten der Republik und der tschechoslowakischen Regierung in London entspricht. Die gemeinsamen Staatsaufgaben wird die Regierung als Zentralregierung der Republik in engstem Zusammenwirken mit dem Slowakischen Nationalrat und dem Kollegium der slowakischen nationalen Beauftragten, als dem vollziehenden Regierungsorgan des Slowakischen Nationalrates, durchführen.

Im Rahmen der neu errichteten einheitlichen tschechoslowakischen Wehrmacht und auf der Grundlage einheitlicher Dienststellen werden nationale slowakische militärische Formationen (Regimenter, Divisionen usw.) gebildet, die überwiegend aus Mannschaften, Unteroffiziers- und Offizierskorps slowakischer Nationalität bestehen und sich der slowakischen Kommando- und Dienstsprache bedienen werden. Offiziere und Unteroffiziere der ehemaligen slowakischen Armee werden in ihrem bisherigen Rang in die tschechoslowakische Armee übernommen, soweit sie sich nicht gegen die nationale Ehre eines Slowaken vergangen haben und keiner strafrechtlichen Verfolgung wegen ihrer Tätigkeit während des früheren Verräterregimes ausgesetzt sein werden, wobei das Gutachten und die Empfehlung des Slowakischen Nationalrates maßgebend sein wird.

Die neue Regierung der Republik wird dafür Sorge tragen, daß bei der Regelung der Verfassungsverhältnisse der slowakischen und der tschechischen Nation slowakische Organe



mit gesetzgebender, regierender und vollziehender Gewalt konstituiert werden, wie sie heute die slowakische Nation im Slowakischen Nationalrat besitzt.

Über die künftige Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den Organen der Zentralregierung und der slowakischen Regierung werden die legitimen Vertreter der tschechischen und der slowakischen Nation eine Vereinbarung treffen. In den zentralen staatlichen Behörden, Institutionen und Wirtschaftsorganen von gesamtstaatlicher Bedeutung wird den Slowaken bei dieser Regelung eine der Zahl und Bedeutung entsprechende Vertretung garantiert.

VII

Die Regierung wird dafür sorgen, daß die Frage der Karpato-Ukraine, welche von deren Bevölkerung selbst aufgeworfen wurde, so bald wie möglich geregelt wird. Die Regierung hat den Wunsch, daß diese Frage nach dem in demokratischer Form geäußerten Willen des karpato-ukrainischen Volkes und in völliger Freundschaft zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion geregelt werde und ist überzeugt, daß dies auch tatsächlich der Fall sein wird. Die Regierung wird in diesem Sinne alle notwendigen Vorbereitungen treffen.

VIII

Die furchtbaren Erfahrungen, welche die Tschechen und Slowaken mit der deutschen und madjarischen Minderheit gemacht haben, die zu einem großen Teil das gefügige Werkzeug einer gegen die Republik gerichteten auswärtigen Eroberungspolitik bildeten, und von denen sich vor allem die tschechoslowakischen Deutschen direkt zu einem Ausrottungsfeldzug gegen das tschechische und das slowakische Volk hergaben, zwingen die wiederhergestellte Tschechoslowakei zu einem tiefgreifenden und dauerhaften Eingriff. Die Republik hat nicht den Wunsch, ihre loyalen deutschen und madjarischen Bürger zu verjagen, und sie wird sie auch nicht verfolgen, und vor allem nicht diejenigen, welche ihr auch in den schwersten Zeiten die Treue gehalten haben; gegen die Schuldigen aber wird streng und unerbittlich vorgegangen werden, wie dies das Gewissen unserer Völker, das heilige Andenken an unsere zahllosen Märtyrer und die Ruhe und Sicherheit künftiger Geschlechter fordern. Die Regierung wird sich deshalb an folgende Regeln halten:

Den Bürgern der tschechoslowakischen Republik deutscher und madjarischer Nationalität, welche vor München 1938 die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft besaßen, wird die Staatsbürgerschaft bestätigt und die eventuelle Rückkehr in die Republik zugesichert, soweit sie Antinazisten und Antifaschisten waren und soweit sie bereits vor München einen aktiven Kampf gegen Henlein und gegen die madjarischen irredentistischen Parteien und für die Tschechoslowakische Republik geführt haben, soweit sie nach München und nach dem 15. März wegen ihres Widerstandes und ihres Kampfes gegen das damalige Regime und für die Treue zur Tschechoslowakischen Republik von der deutschen und der madjarischen Staatsgewalt verfolgt und in Kerker und Konzentrationslager geworfen wurden oder vor dem deutschen oder dem madjarischen Terror über die Grenzen fliehen mußten und sich dort am aktiven Kampf für die Wiederherstellung der Tschechoslowakei beteiligt haben.

Die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft der übrigen tschechoslowakischen Bürger deutscher und madjarischer Nationalität wird aufgehoben. Diese Bürger können von neuem für die Tschechoslowakei optieren, wobei sich die Behörden der Republik das Recht der individuellen Entscheidung über jedes Gesuch vorbehalten. Diejenigen Deutschen und Madjaren, welche wegen eines Verbrechens gegen die Republik und gegen das tschechische und das slowakische Volk vor Gericht gestellt und verurteilt werden, werden der tschechoslowakischen (Staats-) Bürgerschaft für verlustig erklärt und aus der Republik für immer ausgewiesen, soweit über sie nicht die Todesstrafe verhängt wird.

Die Deutschen und Madjaren, welche in das Gebiet der Tschechoslowakei nach München, also seit 1938, eingewandert sind, werden sofort aus der Republik ausgewiesen, soweit sie nicht



einem Strafverfahren unterliegen. Eine Ausnahme bilden Personen, welche zugunsten der Tschechoslowakei gearbeitet haben.

IX

Die Regierung wird es als ihre höchste verantwortungsvolle Aufgabe und als ihre moralische Verpflichtung vor dem tschechischen und dem slowakischen Volke erachten, alle Kriegsverbrecher, alle Verräter, alle bewußten und aktiven Helfer der deutschen oder der madjarischen Unterdrücker zu ergreifen und dem Gericht und der Bestrafung zu übergeben. Diese Aufgabe wird die Regierung ohne jeden Aufschub, ohne Schwanken und ohne Nachsicht gegen irgend jemanden durchführen.

Soweit es sich um die deutschen und madjarischen Kriegsverbrecher handelt, wird die Regierung für ihre sofortige Unschädlichmachung, Einkerkierung und Überstellung an die außerordentlichen Volksgerichte sorgen. Dabei werden bei diesen deutschen und madjarischen Verbrechern nicht nur die an den Völkern der Tschechoslowakei und auf tschechoslowakischem Gebiete begangenen Verbrechen untersucht und bestraft werden, sondern auch ihre an anderen Völkern, vor allem an der Sowjetunion begangenen Verbrechen. Sichergestellte deutsche und madjarische Verbrecher dieser Art werden den sowjetischen Organen übergeben. Es werden Lager zur Konfinierung der deutschen und madjarischen Angehörigen eingerichtet, welche irgendeine Verbindung mit den nazistischen und faschistischen Organisationen, mit deren Apparat und deren bewaffneten und terroristischen Formationen hatten.

Besondere Vorkehrungen wird die Regierung zu dem Zwecke treffen, um die Aburteilung und Bestrafung der Verräter, der Kollaboranten und der faschistischen Elemente aus den Reihen des tschechischen und des slowakischen Volkes zu gewährleisten. In Verbindung mit den Nationalausschüssen werden überall außerordentliche Volksgerichte eingerichtet, deren Zuständigkeit durch den örtlichen Bereich und die Natur des Vergehens bestimmt wird. Für besondere Fälle, die bekannte und besonders verantwortliche Verbrecher betreffen, wird ein Nationalgericht in den böhmischen Ländern und in der Slowakei eingerichtet. Der Strafverfolgung der Verräter und Kollaboranten werden allgemein die Bestimmungen des Dekretes des Präsidenten der Republik über die Bestrafung der Kriegsverbrecher zugrunde gelegt werden.

Als Hochverräter der Republik wird die Regierung den Protektoratspräsidenten Hácha und alle Mitglieder der Regierung Beran, welche der Unterschrift Háchas unter den sogenannten Berliner Vertrag vom 15. März 1939 ihre Zustimmung gaben und Hitler bei seiner Ankunft in Prag am 16. März 1939 begrüßten, vor das Nationalgericht stellen. Die Regierung wird dafür sorgen, daß alle Mitglieder der Protektoratsregierungen seit dem 16. März 1939, ebenso wie Tiso und die Mitglieder der sogenannten slowakischen Regierungen seit dem 14. März 1939, wie auch des sogenannten slowakischen Landtags vor Gericht gestellt werden. Weiterhin auch die politischen und behördlichen Helfer Háchas, sowie auch die verantwortlichen leitenden Beamten der Protektoratsverwaltung. Abgerechnet wird mit den verräterischen Journalisten, die sich verkauft und den Deutschen gedient haben. Verfolgt werden die Funktionäre des „Kuratoriums für die Erziehung der tschechischen Jugend“ [*Gemeint ist offenbar das „Kuratorium für Jugenderziehung in Böhmen und Mähren“.*], die Mitglieder der „Vlajka“, die Ausschußmitglieder und Funktionäre der „Nationalen Gewerkschaftszentrale der Angestellten“, des „Verbandes der Land- und Forstwirtschaft“ und ähnlicher Organisationen, welche den Deutschen dienten, und weiterhin die Funktionäre, welche tschechische und slowakische Menschen der Gestapo in die Hände geliefert, sich aktiv an der Verschleppung von Slowaken und Tschechen zur Zwangsarbeit nach Deutschland beteiligt oder aktiv die Evakuierung der tschechoslowakischen Bevölkerung unterstützt haben und ähnliches. In der Slowakei werden vor

Gericht gestellt die aktiven Helfer des Tiso- und Verräterregimes, die Schergen der Hlinkagarde und der slowakischen Gestapo, die Werkzeuge -der nazistischen Propaganda Gaspars und



insbesondere auch diejenigen, welche aktiv und meuchlings gegen den slowakischen nationalen Aufstand aufgetreten sind und in irgendeiner Weise an den Gewalttaten und Bestialitäten der Deutschen gegen das slowakische Volk teilgenommen haben.

Die Regierung wird mit aller Entschlossenheit die Verräter aus den Reihen der Bank-, Industrie- und Landwirtschaftsmagnaten vor Gericht ziehen, die während der deutschen Vorherrschaft in den Bank-, Industrie-, Handels-, Landwirtschaftsunternehmungen und in Wirtschaftsorganisationen aller Art der deutschen Plünderung und der deutschen Kriegführung Hilfe geleistet haben.

Und wenn auch die bloße Beschäftigung im staatlichen und öffentlichen Apparat der ehemaligen Okkupations- und Verräterregime für sich allein nicht als strafbar angesehen wird, so wird doch unter demokratischer Kontrolle eine individuelle Überprüfung der Tätigkeit eines jeden einzelnen durchgeführt werden, und die Regierung wird alle Vorkehrungen treffen, um den neuen Staatsapparat völlig von allen Elementen zu reinigen, welche sich gegen die Republik und gegen die Nation vergangen haben, von den faschistischen und faschistenfreundlichen Elementen, von den Elementen, welche während der kritischen Ereignisse der Jahre 1938 und 1939 und in der Zeit der deutschen und madjarischen Okkupation Nation und Staat gegenüber einen Treubruch begangen und ihre Unzuverlässigkeit und Feigheit bewiesen haben. In der gleichen Weise werden alle tschechoslowakischen Bürger ermittelt und verfolgt, welche im Ausland der Republik untreu geworden sind und durch ihre umstürzlerische Tätigkeit dem Feind geholfen haben, sowie diejenigen, welche die Erfüllung ihrer bürgerlichen Pflichten verweigert haben, es sei denn, daß sie unter dem Druck des nazistischen Terrors standen.

Entschlossen, den Faschismus in allen Konsequenzen politisch und moralisch auszurotten, verkündet die Regierung das Verbot aller faschistischen Parteien und Organisationen und wird in keinerlei Form eine Wiederherstellung dieser politischen Parteien zulassen, die sich so schwer an den Interessen der Nation und der Republik vergangen haben (der Agrarpartei, ihres Ablegers, der sogenannten Gewerbestartei, der Nationalen Vereinigung, wie auch derjenigen Parteien, die sich im Jahre 1938 mit der [slowakischen] Volkspartei vereinigt haben). Aus diesen Maßnahmen folgt für ein ehemaliges Mitglied der genannten Parteien, das der Republik treu geblieben ist, keine Beeinträchtigung der moralischen oder politischen Ehre. Den politisch verantwortlichen Funktionären der genannten Parteien, welche sich kompromittiert und schwer an den Interessen der Nation und der Republik vergangen haben, wird die politische Tätigkeit und die Beteiligung an den Organisationen der demokratischen Parteien verboten werden.

X

Zur Tilgung der von den Okkupanten und ihren verräterischen Helfern am tschechischen und slowakischen nationalen und privaten Vermögen begangenen Verbrechen, zur Ausrottung des fremden und faschistischen Einflusses auf die tschechische und slowakische Wirtschaft und zur Sicherung der Früchte der nationalen Arbeit für die Bedürfnisse der tschechischen und slowakischen Nation werden eine Reihe von Vorkehrungen getroffen werden. Im Sinne des Dekretes des Präsidenten der Republik über die Sicherstellung des ungestörten Fortgangs des Wirtschaftslebens in der Übergangszeit wird Vermögen aller Art sichergestellt und unter nationale Verwaltung gegeben, soweit es sich im Besitz, im Eigentum oder unter der Verwaltung von Bürgern feindlicher Staaten befindet, insbesondere Deutschlands und Ungarns; von deutschen und madjarischen Bürgern der Tschechoslowakischen Republik, die aktiv der Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakei Vorschub geleistet haben; von sonstigen Bürgern der Tschechoslowakischen Republik, welche die Nation verraten und aktiv die deutschen und ungarischen Okkupanten unterstützt haben; von Aktien- und anderen Gesellschaften, in deren Verwaltung sich Personen befunden haben, die zu den drei obenangeführten Kategorien gehören.

Sichergestelltes Vermögen, das früher Arbeitern, Beamten, Gewerbetreibenden, Bauern und Angehörigen freier Berufe gehört hat und ihnen im Zuge der nationalen, politischen und



rassischen Verfolgung entzogen wurde, wird den früheren Eigentümern bzw. ihren rechtmäßigen Erben sofort zurückgegeben werden. Darüber entscheiden auf Grund eines individuellen Gesuches die zuständigen Nationalausschüsse.

Das übrige sichergestellte Vermögen bleibt bis zur Entscheidung der zuständigen Gesetzgebungsorgane unter nationaler Verwaltung.

Bei den Gemeinschaftsunternehmungen und -organisationen aller Art (den landwirtschaftlichen, Konsum-, Kreditgenossenschaften usw.) wird sofort eine vorläufige nationale Verwaltung eingesetzt, sofern die Mitglieder der betreffenden Genossenschaft selbst nicht die Möglichkeit haben, auf demokratische Weise eine neue Verwaltung zu wählen. Die vorläufige nationale Verwaltung bestellt der zuständige Nationalausschuß (in der Slowakei in wichtigen Fällen der Slowakische Nationalrat) unter aktiver Beteiligung der Mitglieder der Genossenschaft.

XI

Um dem Rufe der tschechischen und slowakischen Bauern und Landlosen nach einer konsequenten Verwirklichung einer neuen Bodenreform entgegenzukommen und geleitet von dem Streben, vor allem den tschechischen und slowakischen Boden ein für allemal den Händen des fremden deutschmadjarischen Adels wie auch den Händen der Volksverräter zu entreißen und ihn in die Hände der tschechischen und slowakischen Bauern und Landlosen zu geben – begrüßt die Regierung die Konfiskation des Bodens der Feinde und Verräter, welche der Slowakische Nationalrat durchführt, und seine Aufteilung unter die Kleinlandwirte; die Regierung wird ähnliche Vorkehrungen auf das ganze Gebiet der Republik ausdehnen, wobei sie sich nach folgenden Grundsätzen richten wird:

Es wird ein Nationaler Bodenfonds errichtet. In den Nationalen Bodenfonds wird aller Boden, die Gebäude, das tote und lebende Inventar eingebracht, soweit es gehört: den deutschen und madjarischen Adligen und Großgrundbesitzern, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, wie auch anderen Bürgern feindlicher Staaten, insbesondere Deutschlands und Ungarns: den deutschen und madjarischen Bürgern der Tschechoslowakischen Republik, die der Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakei aktiv Vorschub geleistet haben; den übrigen Bürgern der Tschechoslowakei, welche das Volk verraten und die deutschen und madjarischen Okkupanten aktiv unterstützt haben; den Aktien- und sonstigen Gesellschaften, die von Personen der obengenannten Kategorien geleitet wurden.

Das oben angeführte Grundeigentum und das mit ihm zusammenhängende Vermögen wird entschädigungslos enteignet. Die zuständigen Nationalausschüsse führen die Konfiskation durch und sorgen mit Hilfe der Bauernkommissionen bis zur Durchführung der Bodenreform für die vorläufige Verwaltung der konfiszierten Objekte.

Der in der Verfügungsgewalt des Nationalen Bodenfonds stehende landwirtschaftliche Boden wird in den böhmischen Ländern an tschechische und in der Slowakei an slowakische und ukrainische Häusler, kleine und mittlere Landwirte sowie auch an landwirtschaftliche Arbeiter aufgeteilt, wobei denjenigen, die sich im nationalen Befreiungskampf bewährt haben, der Vorzug gegeben wird: wie Partisanen, Soldaten, nationalen Untergrundarbeitern, Opfern des fremden Terrors u. a. Die Aufteilung wird durch die Verwaltung des Nationalen Bodenfonds unter aktiver Beteiligung der Nationalausschüsse und von Sonderkommissionen aus den Reihen der Landwirte und der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft vorgenommen. Mit Hilfe der Wirtschaftsgebäude und des Inventars der parzellierten Objekte können Genossenschaften für die gemeinschaftliche Benutzung der Gebäude und des Inventars durch die Kleinlandwirte organisiert werden.

Für den Boden, der dem Zuteilungsempfänger in volles Eigentum gegeben wird, wird zum Zwecke der Förderung der Landwirtschaft ein mäßiges Entgelt genommen, das den Wert einer ein- bis zweijährigen Durchschnittsernte (nach der Bonität des Bodens) nicht übersteigt und in



Teilzahlungen bis zu 15 Jahren ausgeteilt wird. In berücksichtigungswürdigen Fällen kann auch auf dieses Entgelt verzichtet werden.

XII

Die Erneuerung des durch die Okkupanten und Verräter zerrütteten Wirtschaftslebens, die Wiederherstellung der vom Feinde vernichteten Werte, die rasche Neubelebung der Erzeugung für die Bedürfnisse des Krieges und der Zivilbevölkerung wie auch die Sicherung von Arbeit und Verdienst für alle arbeitsfähigen Menschen werden große Anstrengungen des gesamten Volkes und aller seiner Organisationen erfordern. Gestützt auf die schöpferische Initiative der breitesten Schichten der Nation wird die Regierung vor allem bemüht sein:

Alle eingestellten Unternehmungen in Gang zu setzen und ihre Erzeugung den Erfordernissen des Krieges und den Rohstoffvorräten anzupassen. Die Reparatur der Gebäude und der Maschinenanlagen in den beschädigten Unternehmungen durchzuführen und die wirkungsvollste Ausnutzung der verfügbaren Maschinen zu organisieren.

Die vorhandenen Vorräte an Rohstoffen aller Art zu mobilisieren, ihre weitere Erzeugung mit örtlichen Mitteln zu organisieren und ihre zweckmäßige Verteilung auf die einzelnen Industriezweige und die einzelnen Unternehmungen durchzuführen.

Die Gewinnung von Brennmaterial aus den örtlichen Quellen zu organisieren und für seine zweckmäßige Verteilung zu Borgen. Die öffentlichen und privaten Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke sowie die anderen kommunalen Unternehmungen und Energiequellen rasch in Betrieb zu setzen.

Die Post-, Telegraf-, Telefon- und Rundfunk- (Telekommunikations-) Verbindungen wiederherzustellen, den Fern- und Ortsverkehr, insbesondere die Zufuhr von Nahrungsmitteln vom Lande in die Städte, auszubauen und zu diesem Zwecke alle zu Gebote stehenden Verkehrsmittel zu mobilisieren.

Den Bauern, Häuslern, Gewerbetreibenden und Arbeitern auf dem Lande und in den Städten bei der Reparatur oder beim Wiederaufbau der zerstörten Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude durch Zuteilung von Baumaterialien und Gewährung billiger Kredite und von Geldsubventionen zu helfen. Die Wiederherstellung und die Reparatur der beschädigten öffentlichen Gebäude, militärischen Quartiere, Behörden, Schulen, Krankenhäuser u. ä. vorzunehmen.

Die Privatinitiative der Unternehmer, Handwerker und sonstigen Erzeuger mit Hilfe von Krediten, durch Zuteilung von Rohstoffen, Vergebung von Aufträgen und Sicherung des Absatzes der Fertigerzeugnisse zu fördern.

In den Unternehmungen, die unter nationale Verwaltung gestellt werden, geeignete und initiative technische und kaufmännische Leitungen einzusetzen, die einen erfolgreichen Betrieb der Unternehmungen unter der Gesamtleitung der staatlichen und wirtschaftlichen Organe gewährleisten.

Die Belebung und den Aufschwung eines soliden und genossenschaftlichen Handels durch Gewährung von Geldkrediten und Waren und durch Bekämpfung von Spekulationen und Wucher zu unterstützen.

Ein vollständiges Geld- und Kreditsystem, industrielle Schlüsselbetriebe, ein Versicherungswesen, natürliche und Energiequellen unter staatlicher Gesamtleitung und im Dienst des Wiederaufbaus der nationalen Wirtschaft und der Wiederbelebung von Erzeugung und Handel zu erstellen.



Neben der Hilfe, die das befreite Gebiet von der Sowjetunion erhält und erhalten wird, wird sich die Regierung auch weiterhin darum bemühen, Gegenstände für die erste Hilfe von der internationalen Organisation UNRRA und aus den Mitteln, die auf Grund des amerikanischen „Pacht und Leih- Gesetzes“ gewährt werden, sowie auch durch Ankauf auf dem freien ausländischen Markt zu erhalten.

XIII

Länger als sechs Jahre haben die Okkupanten mit Hilfe der Verräter unsere Nationen ausgeraubt. Das Plündern durch die Fremden hat jetzt am Vorabend ihrer Vertreibung aus unseren Ländern seinen Höhepunkt erreicht. Der Feind läßt überall hinter sich eine Wüste und hat unser befreites Gebiet in die größten Versorgungs- und Ernährungsschwierigkeiten gestürzt. Die schrittweise Überwindung dieser Versorgungs- und Ernährungsschwierigkeiten, die Sicherung der notwendigsten Nahrungsmittel für das Heer und die Zivilbevölkerung gehören zu den vordringlichsten Aufgaben unserer Kriegsanstrengungen.

Die Regierung appelliert an unsere Landbevölkerung, an die Bauern und die landwirtschaftlichen Arbeiter, an die Männer und Frauen und an die Jugend, für die Bestellung einer jeden Spanne bebauungsfähigen Bodens zu sorgen. Die Ortsnationalausschüsse, die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Organisationen der Bauern und der landwirtschaftlichen Arbeiter sollten es sich angelegen sein lassen, daß der Boden der unter nationale Verwaltung gestellten Güter und Anwesen bestellt wird und daß den Anwesen, deren Eigentümer sich bei der Armee, bei den Partisanen, im feindlichen Hinterland befinden oder dem feindlichen Terror zum Opfer gefallen sind, bei den Feldarbeiten eine organisierte, brüderliche Hilfe zuteil wird. Die Regierung besteht darauf, daß mit der Bestellung des zur Parzellierung bestimmten Bodens keineswegs zugewartet werden darf, wofür sie die zuständigen Nationalausschüsse verantwortlich macht, die dafür sorgen müssen, daß in ihrem Zuständigkeitsbereich jedes Stück Boden rechtzeitig und gut bestellt wird, ohne Rücksicht darauf, in welchem Eigentumsverhältnis es sich im gegebenen Augenblick befindet.

Während der Zeit der Okkupation mußte unser Landvolk die Erzeugnisse seiner schweren Arbeit dem Feinde abliefern, ohne dafür den gebührenden Gegenwert zu erhalten. Nunmehr ist es auf dem befreiten Gebiet die heilige Pflicht unserer Bauern, mit ihrer Produktion das eigene Volk und die Armee zu ernähren, die für die Befreiung des Vaterlandes kämpft. Die Regierung wird im Einvernehmen mit den berufenen Organen der Landwirte neue feste Nomen für die Pflichtablieferungen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu Festpreisen nach der Größe des Anwesens, dem Ausmaß und der Beschaffenheit des Bodens der einzelnen Eigentümer der landwirtschaftlichen Besitzungen festsetzen, um dem Staat die Möglichkeit zu geben, die Armee, die Arbeiterschaft und die sonstige arbeitende Stadtbevölkerung mit billigen Lebensmitteln zu versorgen. Nach Erfüllung dieser Mindestverpflichtungen gegenüber seinem Volk und Staat wird jeder Landwirt die Möglichkeit haben, über die Überschüsse seiner Erzeugung im Rahmen der festgesetzten Preise frei zu verfügen.

Die Regierung wird feste und für die breite Masse der Nation erschwingliche Preise für die normierten Zuteilungen der wichtigsten Lebensmittel festsetzen, die jeder durch unbeschränkte Einkäufe auf dem freien Markt ergänzen kann. Davon, wie die Landbevölkerung ihre Pflicht bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung und bei der Durchführung ihrer Pflichtablieferungen der Nation und dem Staat gegenüber erfüllen wird, wird es abhängen, in welcher Weise die staatlichen und öffentlichen Organe die Ernährung der Stadtbevölkerung werden sichern können.

XIV

Im Rahmen der gesteigerten Kriegsanstrengungen und nach Maßgabe der Wiederherstellung und Erweiterung der von den Okkupanten und Verrätern zerstörten Volkswirtschaft ist die Regierung entschlossen, die Grundlagen einer großzügigen Sozialpolitik und sozialen Fürsorge für alle Schichten des arbeitenden Volkes in Stadt und Land zu legen.



Die Regierung wird alle ihre Kräfte dafür einsetzen, daß alle arbeitsfähigen Männer und Frauen eine Arbeitsmöglichkeit und einen ihrer Leistung entsprechenden Verdienst haben. Die Arbeitszeit, die Löhne und die anderen Arbeitsbedingungen werden durch Kollektivverträge gesichert und durch Gesetz geschützt werden. Für Frauen und Jugendliche wird der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit eingeführt.

Die Regierung wird dafür sorgen, daß alle Arbeitenden für den Fall der Arbeitslosigkeit, der Krankheit, eines Unfalls, der Invalidität und des Alters gesichert sind, und daß diese Fürsorge fortschreitend auch auf beruflich selbständige Personen ausgedehnt wird, soweit sie keine andere Existenzmöglichkeiten haben. Im Vordergrund der sozialen Fürsorge wird eine ausreichende Fürsorge für Mutter und Kind stehen. Die Ausgaben für die Sozialversicherungen aller Art werden in Zukunft im Rahmen des staatlichen Gesamthaushalts gedeckt werden.

Als Kur-, Erholungs- und Urlaubsorte werden dem arbeitenden Volk aus Stadt und Land die Bäder, Sanatorien und Genesungsheime aller Art zugänglich sein. In den Dienst der Gesundheit und der Erholung unseres Volkes werden auch die Schlösser, Sommersitze und Paläste gestellt werden, in denen sich früher der fremde Adel und andere schmarotzende Herrschaften ausbreiteten.

Besondere Aufmerksamkeit wird die Regierung der Existenzsicherung der Opfer des Krieges und des nationalen Befreiungskampfes, der Märtyrer der faschistischen Kerker und Konzentrationslager, der Witwen und Waisen widmen.

Auf eine breite Grundlage wird die Fürsorge für unsere heranwachsende Generation gestellt. Unsere Jugend beiderlei Geschlechts muß physisch, moralisch und geistig gerüstet sein, um eine würdige Trägerin der Zukunft unserer Nationen zu werden. Den Kindern der Arbeiter, der Bauern und der übrigen arbeitenden Schichten wird materiell das Recht auf die nach ihren Fähigkeiten höchste Bildung zugebilligt und der Weg in ein freudevolles Leben geöffnet. Kinderreichen Familien wird besondere Förderung zuteil.

Soweit die Angehörigen unserer Intelligenz ihrer Nation in der Zeit der Prüfung nicht untreu geworden sind, sind sie berufen, beim Wiederaufbau eines neuen Lebens im befreiten Vaterland eine bedeutungsvolle Rolle zu spielen. Die Regierung wird dafür sorgen, daß unserer zahlreichen und befähigten Intelligenz der Eintritt in öffentliche und private Dienste ohne Partei- oder sonstige Protektion offensteht und daß ihr eine ihren Leistungen entsprechende Lebenshaltung gewährleistet wird.

Alle Arbeitnehmer, Hand- wie Geistesarbeiter, werden das Recht haben, sich freiwillig in gewerkschaftlichen Organisationen zusammenzuschließen und ihre Vertreter frei zu wählen. In den Betrieben, in den Werkstätten und in den Behörden werden die Arbeitgeber Betriebsräte bzw. ihre Vertrauensleute frei wählen. Die gewerkschaftlichen Organisationen und die Betriebsräte werden die rechtmäßigen Vertreter der Arbeitgeber vor den Privatunternehmen und vor den öffentlichen Behörden in allen Fragen der Lohn-, Arbeits- und Sozialpolitik sein.

Die Regierung erachtet die beschleunigte Durchführung der Repatriierung aller treuen Bürger der Republik in ihre Heimat für ihre besondere Aufgabe.

XV

Die sechs Jahre Okkupation haben uns nicht nur materielle Schäden zugefügt: Nicht geringer, ja in ihren Folgen besonders gefährlich sind die moralischen und intellektuellen Schäden der fremden Oberherrschaft, insbesondere in den Reihen der Jugend. Auch dadurch, daß sie von vielen Bildungsmöglichkeiten ausgeschlossen war, und daß ihr während dieser ganzen Zeit das Gift des Faschismus eingeflößt wurde. Hier ist es also nötig, Hand an die Wurzeln des Übels zu



legen. Es genügt jedoch nicht, es zu beseitigen. Notwendig ist auch der Neuaufbau im Geiste der neuen Zeit und der neuen Erfordernisse des Staates.

Es wird eine Säuberung der Schulen und der anderen Kulturinstitute (Theater, Bibliotheken u. ä.) von den Personen durchgeführt, welche in diesem Bereich mit den Okkupanten zusammengearbeitet haben. Beseitigt werden alle in der Zeit der Unfreiheit herausgegebenen Lehrbücher. Es wird eine Überprüfung der Schülerbibliotheken und der öffentlichen Büchereien vorgenommen werden, um das nazistische und faschistische Unkraut daraus zu entfernen. Im Bereich des Zeitungswesens, des Rundfunks und des Films wird eine gründliche Säuberung durchgeführt werden. Alle deutschen und madjarischen Schulen in den tschechischen und slowakischen Städten werden geschlossen, darunter auch die Prager Deutsche Universität und die Deutschen Technischen Hochschulen in Prag und Brünn, die sich als die übelsten faschistischen und hitlerischen Brutstätten bei uns erwiesen haben. Auch die deutsche Lehrerschaft der Volks- und Mittelschulen gehörte zu den Hauptstützen des Hitlerismus und des Henleinismus in unseren Ländern, und weil das eine Massenerscheinung ist, werden – bis zur endgültigen Entscheidung über die deutsche Frage – überhaupt alle deutschen Schulen geschlossen.

Die deutschen Gewalttäter haben eine Reihe von Schulen, Bibliotheken und Theatern geschlossen und ihr Inventar vernichtet, insbesondere das der tschechischen Hochschulen. Deshalb werden folgende Maßregeln ergriffen:

Die tschechischen und slowakischen Schulen aller Kategorien, die von den Okkupanten und dem Hácha-Regime geschlossen wurden, werden wiedererrichtet; neu eröffnet werden auch die in der Zeit der Okkupation geschlossenen Bibliotheken und Theater. Das vernichtete Inventar der Bibliotheken und Laboratorien, insbesondere der Universitäten und Technischen Hochschulen, wird ersetzt durch die zu diesem Zwecke verwendbaren Bücherfonds und Laboratoriumseinrichtungen der deutschen Schulen und Institute. Der Hochschul- und Mittelschuljugend, die von der Schließung der Schulen betroffen war, wird die beschleunigte Absolvierung der einschlägigen Lehranstalten ermöglicht werden. Besondere Sorgfalt wird bei der Neueinrichtung der Schulen den Kindergärten, zum Schutze der Kinder berufstätiger Eltern, gewidmet werden, sowie auch den Fach- und Fortbildungsschulen zur beschleunigten Heranbildung des technischen Nachwuchses. Um den Ausfall der für die höheren Schularten besonders qualifizierten Schüler und des Nachwuchses in den anderen Bereichen des kulturellen Lebens zu ersetzen, werden außerordentliche Vorschriften erlassen werden, die dem begabten Nachwuchs den Eintritt in solche Schulen und kulturelle Institutionen auf Grund nachgewiesener Begabung ohne Rücksicht auf die für Normalzeiten geltenden Formalitäten ermöglichen.

In der Slowakei wird das Schulwesen im Rahmen der kulturellen Gesamtpolitik des Staates, sowohl seiner Organisation wie auch seinem Geiste nach, völlig selbständig sein und in Übereinstimmung mit der slowakischen nationalen Ideologie stehen. Die Slowakische Universität in Preßburg wird ebenfalls sowohl in personeller wie auch in materieller Hinsicht vollkommen unabhängig sein, mit der Aufgabe, den spezifisch slowakischen Beitrag innerhalb der wissenschaftlichen Kultur der Tschechoslowakei zu leisten, ebenso wie das Slowakische Nationaltheater und die anderen künstlerischen Anstalten den slowakischen Beitrag innerhalb der künstlerischen Kultur der Tschechoslowakei erbringen werden.

Die neue Zeit und die neue internationale Stellung der Tschechoslowakei fordern nicht minder eine ideologische Revision ihres kulturellen Programms:

Es wird eine konsequente Demokratisierung durchgeführt, und zwar nicht nur dadurch, daß möglichst breiten Massen der Zugang zu den Schulen und den anderen Quellen der Bildung und Kultur ermöglicht wird, sondern auch in ideeller Richtung: durch eine Demokratisierung des Erziehungssystems und der Beschaffenheit der Kultur selbst, die nicht nur einer schmalen



Bevölkerungsschicht, sondern dem Volke und der Nation zu dienen hat. Es wird eine Revision unseres Verhältnisses zur deutschen und madjarischen Kultur durch Enthüllung der in ihnen enthaltenen reaktionären Elemente in allen Bereichen durchgeführt werden. Die slawische Orientierung unserer Kulturpolitik wird in Übereinstimmung mit der neuen Bedeutung des Slawentums in der internationalen wie auch in unserer tschechoslowakischen Politik im besonderen verstärkt werden. In diese Richtung werden auch die Lehrpläne unserer Schulen und die kulturelle Orientierung unserer wissenschaftlichen und künstlerischen Anstalten ausgerichtet und verbessert werden. Nicht nur erneuert, sondern auch umgebaut wird das Slawische Institut in ein lebendiges politisch-kulturelles Gebilde mit engen Verbindungen zu den kulturellen Institutionen der anderen slawischen Nationen und Staaten.

Vollkommen neu aufgebaut wird auch in kultureller Hinsicht unser Verhältnis zu unserem größten Verbündeten – der UdSSR. Zu diesem Behuf wird nicht nur alles aus unseren Lehrbüchern und Lehrbehelfen entfernt, was dort an antisowjetischem Inhalt enthalten war, die Jugend wird auch in gebührender Weise über die UdSSR unterrichtet werden. Die russische Sprache wird deshalb im neuen Lehrplan die erste Stelle unter den Fremdsprachen einnehmen. Und es wird auch Vorsorge getroffen werden, daß unsere Jugend die erforderlichen Kenntnisse über Ursprung, Errichtung, Entwicklung, Wirtschaft und Kultur der UdSSR erwirbt. An den Universitäten werden zu diesem Zweck auch neue Lehrstühle errichtet: für die Geschichte der UdSSR, für die Wirtschaft der UdSSR und für das Recht der UdSSR.

All das wird im fortschrittlichen, demokratischen und nationalen Geist durchgeführt werden, wobei unsere Klassiker, die eine Kultur von höchstem Niveau geschaffen und sie zutiefst demokratisch und national gestaltet haben, als Vorbild maßgebend sein werden.

XVI

Bei Antritt ihres verantwortungsvollen Amtes auf heimatlichem Boden kann die neue Regierung unserem Volk nicht verschweigen, daß der Weg zur endgültigen Befreiung der ganzen Republik und zur Ausheilung der tiefen Wunden, die unseren Nationen von einem zügellosen Feind und niederträchtigen Verrätern zugefügt wurden, noch schwer, dornig, voll von Opfern und anstrengender Arbeit sein wird. Eines jedoch kann die neue Regierung unserem Volk auf dieser wie auf jener Seite der Front versprechen: daß die Regierung nach bestem Wissen und Gewissen das von ihr übernommene Programm erfüllen wird, daß sie sich immer und überall vom Interesse unserer Nationen und unserer Republik wird leiten lassen, daß sie nicht zulassen wird, daß in der befreiten Republik das ausbeuterische Interesse schmarotzender einzelner und Gruppen über die Interessen des arbeitenden Volkes in Stadt und Land die Oberhand gewinnt. Die Regierung vertraut fest auf die großen schöpferischen Fähigkeiten unseres Volkes, sie wird alles tun, um diese schöpferischen Fähigkeiten dadurch zu entfesseln und zu entwickeln, daß sie auf demokratischem Wege die Beteiligung der breitesten Massen unserer Nationen an dem alltäglichen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben organisieren und fördern wird, um auf diese Weise das Volk wirklich zur alleinigen Quelle der Staatsgewalt werden zu lassen.

Es folgen die Unterschriften der Mitglieder der Regierung in der Reihenfolge ihres Ernennungsdekretes:

Zdenek Fierlinger, Jozsef David , Klement Gottwald , Viliam Siroky , Dr. Jan Sramek, Jan Ursiny, Jan Masaryk, Ludvik Svoboda, Dr. Hubert Ripka, Vaclav Nosek , Dr. Vavro Srobar , Dr. Zdenek Nejedly , Dr. Jaroslav Stransky, Vaclav Kopecky, Bohumil Lausman, Julius Duris , Dr. Ivan Pietor, Antonin Hasal, Frantisek Hala, Dr. Jozef Soltesz, Dr. Adolf Prochazka, Vaclav Majer, Dr. Vlado Clementis, Dr. Mikulas Ferjencik, Jan Lichner.



02) 250 Jahre Veterinärmedizinische Universität Wien

Vor 130 Jahren am 19. Februar 1885 verstarb J. ELIAS VEITH

J. Elias Veith wurde 1789 in Kутtenplan/Chodová Planá (Plan–Weseritz), Westböhmen, geboren, über Jugend und Studium ist wenig bekannt. Er studierte in Wien Chirurgie, wurde 1816 Magister der Chirurgie und erhielt 1818 eine Assistenzstelle am Allgemeinen Krankenhaus. 1821 wurde er als Pensionär am Tierarzneiinstitut aufgenommen und war ab 1822 als Correpetitor tätig.

Auch Johann Elias Veith konvertierte wie sein Bruder Johann Emanuel Veith (*1787) und wurde am 14. May 1818 in der erzbischöflichen Kurkapelle bei St. Stephan getauft.

Bereits 1823 wurde J. Elias Veith zum Professor der Chirurgie ernannt, er unterrichtete Naturgeschichte der Haustiere und gerichtliche Tierheilkunde.

Er gab das Handbuch der Veterinärkunde seines Bruders J. Emanuel Veith in dritter (1831) und vierter Auflage heraus und publizierte selbst als Novum auf dem Gebiet der Veterinärwissenschaften ein Handbuch der gerichtlichen Tierheilkunde.

Am 6. Jänner 1824 heiratete J. Elias Veith, zu diesem Zeitpunkt schon wohlbestallter Professor am Tierarzneiinstitut, die am 2. Dezember 1805 geborene Emilie Edle von Seyfried, die Trauung wurde von seinem Bruder Johann Emanuel Veith, dem Redemptoristenpater vollzogen.

Dieser Ehe entstammten 5 Kinder, bei einigen spendete Johann Emanuel Veith das Sakrament der Taufe. Im Jahr 1855 wurde J. Elias Veith am Tierarzneiinstitut pensioniert, übte aber weiterhin eine frequentierte ärztliche Praxis aus. Er übersiedelt auf den Lobkowitzplatz 1 in der Inneren Stadt. Noch im Jahre 1883 praktiziert Veith als Homöopath und Magister der Chirurgie, nicht jedoch als Tierarzt.

Auf homöopathischen Sektor gibt er in der Zeitschrift des Vereines der homöopathischen Ärzte Österreichs eine Sektionsanleitung für Hunde heraus, um Arzneimittelprüfungen durchführen zu können. Veith zählt somit zu den Pionieren der Veterinärhomöopathie. Johann Elias Veith verschied am 19. Februar 1885 im 97. Lebensjahr, Sterbehaus war der neue Markt 7. Er wurde auf dem Zentralfriedhof bestattet.

Der Professor der Tierärztlichen Hochschule Dr. Johann Csokor war mit der Enkelin Veiths, Emilie Csokor, geb. Müller, verheiratet. Ihr Vater war Dr. Franz Müller, k.k. Regierungsrath und Professor und Studien Direktor an der Tierärztlichen Hochschule.

Wien, am 1. April 2015

Wien, am 1. April 2015

Dr. Christa Mache

03) FREIE WÄHLER fordern Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter. Fahn: Zeichen an die wenigen Verbliebenen ist überfällig

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzt sich für eine unverzügliche Entschädigungszahlung an deutsche Zwangsarbeiter ein. In einem Antrag fordert sie die Bayerische Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für entsprechende Zuwendungen an Menschen starkzumachen, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg Zwangsarbeit unterworfen waren. Außerdem sollen die Christsozialen auf eine Umsetzung entsprechender Forderungen eines Antrags der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus dem Jahr 2003 dringen!

„Die wenigen noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter müssen so schnell wie möglich eine Einmalzahlung oder eine monatliche Rente erhalten – als humanitäre Geste“, fordert Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL und vertriebenenpolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.



„Millionen Deutsche erlitten während des Zweiten Weltkriegs und unmittelbar danach als Zwangsarbeiter großes Unrecht, wurden Opfer von Gewalt und Willkür in Lagerhaft“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bernhard Pohl. Die ehemaligen Zwangsarbeiter seien trotz zahlreicher politischer Forderungen auch im Jahr 2015 nicht durch den deutschen Gesetzgeber oder die für Gewaltmaßnahmen verantwortlichen Staaten entschädigt worden. „Da die Zahl der noch lebenden Opfer immer stärker abnimmt, ist es unserer Auffassung nach höchste Zeit, geschehenes Unrecht durch eine finanzielle Entschädigung aus der Bundeskasse auszugleichen“, so Pohl.

Fahn sagte weiter, eine solche Regelung könne in der gebotenen Kürze der Zeit nur durch eine innenpolitische Lösung erreicht werden: „So wie sie im Deutschen Bundestag übrigens bereits vor zwölf Jahren zur Abstimmung stand. Dieses Zeichen an die wenigen Verbliebenen ist überfällig – jetzt muss gehandelt werden.“

Wien/München, am 1. April 2015

04) Exhumierung altösterreichischer Nachkriegsopfer kommunistischer Partisanen in Koschnitz/Košnica bei Cilli/Celje in der Republik Slowenien

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG der Abgeordneten Anneliese Kitzmüller, Christoph Hagen und weiterer Abgeordneter

Dem "Verein für die Erhaltung verschwiegener Gräber" ("Društvo za raziskovanje polpretekle zgodovine") unter der Leitung des Obmanns Roman Leijak ist es nun nach drei Jahren intensivster Bemühungen gelungen, bei den slowenischen Behörden alle erforderlichen Dokumente zur Exhumierung der sterblichen Überreste altösterreichischer Nachkriegsopfer kommunistischer Partisanen in Koschnitz/Košnica bei Cilli/Celje zu erwirken. Diese sterblichen Reste - es handelt sich dabei um etwa 400 Opfer, darunter auch viele Frauen und Kinder, ruhen derzeit in einem Massengrab in Koschnitz/Košnica. Ihre Exhumierung, wie auch das Verbringen in ein Beinhaus in Marburg/Maribor, ist wegen des geplanten Zuschützens nur mehr bis Ende 2015 möglich. Eine Exhumierung der sterblichen Überreste nach Ende 2015 wäre nur mehr schwer möglich und würde enorme Mehrkosten verursachen. Die derzeitigen Gesamtkosten des Vorhabens werden seitens des Vereinsobmanns Leijak mit ca. € 30.000.- beziffert.

In diesem Zusammenhang stellten die FPÖ- Abgeordneten am 26.3.2015 nachstehenden

Antrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, wird ersucht, im Sinne einer europäischen Aussöhnung und der Verantwortung der Republik Österreich gegenüber den verbliebenen Altösterreichern, Herrn Roman Leijak - Obmann des 'Verein für die Erhaltung verschwiegener Gräber' ('Društvo za raziskovanje polpretekle zgodovine') eine finanzielle Förderung in der Höhe von EUR 30.000,- für die Exhumierung und Überführung der sterblichen Überreste der im Massengrab von Koschnitz/Košnica befindlichen Nachkriegsopfer als bald wie möglich zu gewähren."

Wien, am 31. März 2015



05) Meinungen zur SL-Satzungsdiskussion in Deutschland.
Eine Frage der Ehre

Victor Gollancz, ein britischer Publizist und Philantrop, stellte in Bezug auf die Vertreibungen der deutschen Bevölkerung aus dem Sudetenland, aus Schlesien, Ostpreußen, dem Wartheland und anderen vorherigen Hoheitsgebieten des Deutschen Reiches voller Erschütterung folgendes fest: (Zitat)

*„Sofern das Gewissen der Menschheit jemals wieder empfindsam werden sollte, werden diese Vertreibungen als die unsterbliche Schande all derer im Gedächtnis bleiben, die sie veranlasst oder sich damit abgefunden haben!
Die Deutschen wurden vertrieben,
aber nicht einfach mit einem Mangel an Rücksichtnahme,
sondern mit dem denkbar höchsten Maß von Brutalität !“*

Warum wurden die Unschuldigen bestraft?

Warum das Opfer?

Warum all dieser Schmerz?

Was bleibt nach 70 Jahren von dem Schwur der Opfer der tschechischen und polnischen Vertreiber, niemals die Enteignung, Entrechtung und Ermordung als gegeben hinzunehmen, sondern zu ächten und darum zu kämpfen, daß dieses Verbrechen durch den Staat, der sie aufnahm gemäß Völkerrecht rückgängig gemacht wird, wenn Schlüsselworte aus der Satzung gestrichen werden und diese damit dem Sinn nach entstellt wird?

Wie werden die Nachfolger der tschechischen Verantwortlichen dieses größten und schwersten Verstoßes gegen das Völker – und Menschenrecht es verstehen, wenn das Recht auf Rückgabe der Heimat und des Eigentums sowie Wiedergutmachung durch die Vertretung der Opfer einseitig für Gegenstandslos erklärt wird?

Welches fatale Signal wird da in alle Welt gesendet? Zumal all diese während und nach dem 2. Weltkrieg verletzte Rechte genauestens durch international schon vor dem 1. Weltkrieg gültige Verträge wie z.B. die Haager Landkriegsordnung geregelt sind. Wir dürfen doch zum Schutz all dieser Menschenrechte diese nicht aushebeln, nur um dem Wahn einer zweifelhaften politischen Korrektheit zu dienen!

Deutschland wurde für seine Rolle im 2. Weltkrieg hinreichend bestraft, es wurde zwischen den Mächten aufgeteilt und über alle Maßen geplündert von den Alliierten. Alle beteiligten haben ihren Teil der Schuld am Verlauf des 2. Weltkrieges zu verantworten. Es wurde nicht nur Krieg gegen Hitler geführt, sondern hauptsächlich gegen die deutsche Bevölkerung. Britische, amerikanische, russische, tschechische und französische Soldaten ebenso wie auch deutsche Soldaten wurden von ihren Anführern aus Macht – und Besitzgier sowie übersteigertem Geltungsbedürfnis zu Mördern gemacht.

Als dann in Jalta und Potsdam über die deutsche Bevölkerung debattiert wurde, sahen Kriegsverbrecher wie Beneš ihre Zeit gekommen.

Sie setzten die von den Alliierten angesprochenen Umsiedlungen eigenmächtig und brutal in die Tat um.

Beneš verwendete in seiner Rede mit Absicht das Wort „liquidieren“, seine Landsleute wussten, was zu tun ist, um die seit Jahrhunderten im Land lebenden Deutschen zu entfernen. Menschen, die sich stets durch Fleiß und emsige Arbeit auszeichneten und schon im 11. Jahrhundert durch König Sobeslav ein definitives Bleiberecht erhielten!

Nun frage ich mit Nachdruck alle Verantwortlichen und deren Nachfolger, ob es wirklich das richtige Zeichen ist, Kriegsverbrecher aus ihrer Verantwortung zu entlassen?



Niemand würde es wagen, mit den Opfern des Holocaust so zu verfahren.
Warum denn dann mit den deutschen Opfern der Vertreibung?

Sind es denn Schlesier, Sudetendeutsche, Ostpreußen und alle anderen deutschen Vertreibungsoffer nicht wert, dass ihre Ehre und Würde wiederhergestellt wird? Sie haben es nicht verdient, zu Opfern zweiter Klasse gemacht zu werden! Die Ehre und Würde jedes einzelnen Opfers ist die Mühe wert!
Einen Verzicht auf die Heimat wird es niemals geben!

Gemäß der 1979 von Wehner, Brandt und Ollenhauer formulierten Worte
„Verzicht ist Verrat!“...

...empfinde ich es nunmehr jetzt erst recht als unsere Pflicht, die tschechische Regierung mit Nachdruck an die Umsetzung der in der Charta der Vereinten Nationen und in der Menschenrechtserklärung der EU verankerten Grundsätze zu erinnern und deren Ratifizierung zu fordern!

Die Entfernung der die Sudetendeutschen betreffend Beneš-Dekrete und aller damit in Zusammenhang stehenden Gesetze aus der Verfassung der tschechischen Republik ist mehr denn je das Gebot der Zeit!

Für einen Staat, in dessen Verfassung rassistische Gesetze verankert sind, ist kein Platz in der Europäischen Union, das sollte den Politikern in Prag bewußt gemacht werden!

Ingo Kerber, D – Schwarzenberg/Erzgebirge

Reaktion auf einen Artikel im *LandesEcho* 3, Seite 11 über Restitution der Vertriebenen:

Ich verbitte mir das, Herr Luboš Palata, "Die Vertriebenen hätten auf die Restitution...längst verzichten sollen..."

Es muß heißen: Der Vertriebenenverband! Dieser Verband vertritt lediglich max. 10% der Vertriebenen.

Ich bin im Dezember 1942 in Trautenau geboren, wie hunderte meiner mütterlichen Vorfahren auch im Okres Trutnov/Kreis Trautenau. Am 29.7. 1945 bin ich im Kinderwagen und meine Mutter rausgeschmissen worden aus diesem Kreis, im Transport nach Sachsen.

Ich denke gar nicht daran, auf dieses internationale Recht/Eigentum auf einen Geburtstort zu verzichten! Ich denke auch gar nicht daran, hätte ich, was ich aber nicht weiß, irgendein Eigentum, (Sie meinen wahrscheinlich materielles, denn wie gesagt mein ideelles Eigentum kann mir sowieso keiner rauben und verschenken!) noch in diesem Kreis, darauf zu verzichten, solange Tschechien nicht auf die die Deutschen betreffenden und diskriminierenden Beneš-Dekrete verzichtet.

Gruß,

Magistra Jenny Schon, Berlin

Wien, am 26. März 2015



zu A. c) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

- keine Mitteilung -

zu B. Nächste Vortragsveranstaltungen

Achtung! Neuer Referent!

01) Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin

Mitglied im Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

Postfach 30 2924 (Hanke)
D - 10730 Berlin

Tel.: 030/215 54 53 (Hanke)
Fax: 030-2191 3077

Konto Nr. IBAN DE 39
100100100065004109
Postbank Berlin

www.ostmitteleuropa.de
post@ostmitteleuropa.de
07. April 2015 Hk/Ha/Jö

404 **Freitag** 10. April 2015, 19.00 Uhr
Thema **Globale Konfliktherde und die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland.**
Referentin Frau Hauptmann Manja W o l l w e b e r, Berlin

O r t: Bürgertreff im S-Bahnhof Berlin-Lichterfelde West,
Hans-Sachs-Straße 4 D, 12205 Berlin
Fahrverbindungen: S-Bahn, Busse M11, M48, 101 u. 188.

Der Vortragsabend soll auf die aktuellen Entwicklungen eingehen und baut so auf dem Vortrag vom 05. September 2014 auf, in dem die politischen Krisen in der Ukraine und in Syrien im Vordergrund standen. Gibt es neue Krisenherde, die unsere ganze Aufmerksamkeit erfordern?

Politische Revolutionen, wie sie in den letzten Jahren immer wieder in weiten Teilen der Welt zu sehen waren, begannen meistens mit friedlichen Demonstrationen und endeten dann in blutigen Auseinandersetzungen. Dabei ist für den außenstehenden Betrachter häufig nicht mehr erkennbar, wer auf welcher Seite steht und welche Interessengruppen in den jeweiligen Konflikt wirklich verwickelt sind. Diese undurchsichtigen Verhältnisse und unterschiedlichen Interessenströmungen sorgen dafür, dass die Konflikte zu langandauernden Flächenbränden werden, die ganze Regionen destabilisieren können. So wird der „arabische Frühling“ heute auch gerne als der „arabische Herbst“ oder auch als der „arabische Winter“ bezeichnet, da die erhofften positiven Entwicklungen zumeist nicht eintrafen, dafür aber immer noch Chaos und Gewalt das Bild in Ländern wie Syrien oder Libyen prägen. Seit Ende des letzten Jahres sind diese destabilisierenden Entwicklungen durch die Krise in der Ukraine nicht nur geografisch deutlich näher an Europa und damit auch an Deutschland herangerückt. Der innerstaatliche Konflikt in der Ukraine und die damit einhergehende Verschlechterung der Beziehungen zwischen EU und USA zu Russland können sich kurz- und langfristig negativ auf die sicherheitspolitische Lage Deutschlands auswirken.

Die Veranstaltung soll über aktuelle Konflikte, die die Sicherheitspolitik Deutschlands und seiner Partner beeinflussen, informieren und diese genauer beleuchten. Neben Hintergrundinformationen und in einer Diskussion über das richtige und falsche Handeln der politischen Akteure soll es vor allem auch um die Frage gehen, wie sich vor dem Hintergrund der Konflikte die sicherheitspolitische Lage für Deutschland in den nächsten Jahren entwickeln könnte.



Hauptmann Manja Wollweber ist seit 2005 Soldat bei der Bundeswehr. Nach dem Studium der Wirtschafts- und Organisationswissenschaften in München war sie als Leiterin eines regionalen Distributionszentrums in der Logistik tätig. Während dieser Zeit verbrachte sie mehrere Monate im Auslandseinsatz in Afghanistan. Seit zwei Jahren ist sie als Jugendoffizier in Berlin tätig. Frau Hauptmann Wollweber übernimmt den Vortrag anstelle von Herrn Hauptmann Winsche.

Eintritt frei!

Mitgliedsbeitrag 25,00 €/Jahr
Ehepaare 40,00 €, Ermäßigungen möglich

**02) Westpreußisches Bildungswerk Berlin-
Brandenburg
in der Landsmannschaft Westpreußen e.V., Berlin
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.
www.westpreussen-berlin.de**

1. Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke
Brieffach 30 2924, 10730 Berlin
1991 01
Fon: 030-215 54 53, Fon/Fax: 030-21 91 3077
westpreussenberlin@gmail.com
2014 Hk

Postbank Berlin
IBAN DE 26 1001 0010 0001
BIC PBNKDEFF

29. Dezember

268 Montag 13. April 2015, 18.30 Uhr
Thema Die Zerstörung Königsbergs - eine Streitschrift. (Mit Medien).
Referent Gerfried H o r s t , Berlin

Ort der Veranstaltung: Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin-Wilmersdorf, Großer Saal im Theater-Coupé. **Fahrverbindungen:** U-Bahn Fehrbelliner Platz.

In seiner Arbeit, die er als einen philosophischen Versuch versteht, stellt Gerfried Horst den geschichtlichen Hintergrund der britischen Bombenkriegsstrategie dar und schildert als ein Beispiel dafür anhand zahlreicher Zeitzeugenberichte die Zerstörung Königsbergs, der Stadt Immanuel Kants, durch britische Bomberflugzeuge. Seine Darstellung enthält einige weitgehend unbekannte Tatsachen, z. B. dass der deutsche Luftschutz schon zu Zeiten der Weimarer Republik begann und die ersten großen deutschen Luftschutzübungen in den Jahren 1930 und 1932 in Königsberg stattfanden. Die britische Politik der unterschiedslosen Bombenangriffe gegen die Zivilbevölkerung leitet der Verfasser aus den schon von Kant kritisierten Kolonialkriegen her, mit denen das britische Weltreich errichtet wurde. Er beschränkt sich jedoch nicht auf Kritik an der britischen Bombenpolitik, sondern weist auch darauf hin, dass mutige britische Pazifisten in Großbritannien während des Zweiten Weltkrieges gegen diese Art der Kriegführung auftraten, z. B. die Schriftstellerin Vera Brittain.- Am 29. August 2014 jährte sich die Zerstörung Königsbergs zum 70. Mal. Auch für viele andere deutsche Städte wird bis zum April 2015 jeweils der 70. Jahrestag ihrer Zerstörung durch britische und US-amerikanische Luftangriffe eintreten. Gerfried Horst stellt diese Geschehnisse in einen geschichtlichen und zugleich in einen philosophischen Zusammenhang und stimmt dem Gesichtspunkt Immanuel Kants zu, „aus welchem jeder Mensch als Weltbürger, seinem Patriotismus unbeschadet, dergleichen Weltbegebenheiten beurteilen müsse.“ - Aus den Werken Immanuel Kants, der Königsbergerin Hannah Arendt, des russischen Anarchisten Fürst Peter Kropotkin und der britischen Schriftstellerin Vera Brittain schöpft der Verfasser den Trost der Philosophie, die uns lehrt, dass Tod und Zerstörung nicht das Ende aller Dinge sind. Das alte Königsberg besteht nicht mehr, aber die heutige, so sehr veränderte Stadt bleibt der Ort, an dem Kant gelebt und von dem aus sich seine Lehre über die Welt verbreitet hat. Die Zerstörung Königsbergs betrifft die deutschen Königsberger und jetzt auch die russischen Einwohner der Stadt.



Die Arbeit Gerfried Horsts ist deshalb gleichzeitig auf Deutsch und auf Russisch erschienen. - Kein anderer Philosoph war mit seiner Heimatstadt so eng verbunden wie Kant mit Königsberg. Im Jahre 1795 hat Kant in Königsberg seine Schrift veröffentlicht: „Zum ewigen Frieden“. In Königsberg/Kaliningrad verschmelzen die deutsche und die russische Geschichte, kommen Russen und Deutsche zusammen. Das Grabmal des großen Philosophen am wiederaufgebauten Königsberger Dom zieht jedes Jahr Menschen aus vielen Nationen an den Ort, wo er gewirkt hat. - Das Schicksal Königsbergs im 20. Jahrhundert betrachtet der Verfasser als ein Beispiel dafür, wie es der ganzen Welt ergehen kann, wenn sie nicht den Weg zum ewigen Frieden einschlägt. Kant verkörperte den Geist Königsbergs. Gerfried Horst vertritt die Ansicht, dass die Lehre Immanuel Kants und die Stadt Königsberg in Gegenwart und Zukunft von Bedeutung für alle Menschen guten Willens sind.

Gerfried H o r s t wurde 1946 in Marburg/Lahn geboren. Seine Mutter stammt aus Königsberg. Er besuchte das humanistische Gymnasium Philippinum in Marburg und studierte Rechtswissenschaften in Marburg und Berlin, mit Zusatzstudien in Paris, London und Edinburgh. Beruflich war er als Wirtschaftsjurist für Tonträgerfirmen in Hamburg, London und Paris tätig. Seit 2008 organisiert er jedes Jahr eine Reise nach Kaliningrad/Königsberg, um dort den Geburtstag Immanuel Kants am 22. April zu feiern. Seit 2009 organisiert er Konzerte im Königsberger Dom in Kaliningrad. 2011 wurde er Vorsitzender des Vereins „Freunde Kants und Königsbergs e.V.“, der sich in die Tradition der 1805 von William Motherby in Königsberg gegründeten „Gesellschaft der Freunde Kants“ stellt und das Ziel gesetzt hat, die Erinnerung an Immanuel Kant in seiner Heimatstadt zu bewahren und seine Lehren in allgemeinverständlicher Form zu verbreiten.

Werden Sie Mitglied in der Landsmannschaft Westpreußen e.V., Westpreußisches Bildungswerk: Beitrag EURO 35,- usw. / Person/ Jahr (Sondermitgliedschaft für AGOM: EURO 15,00 Pers. / Jahr). Sie unterstützen damit ein wichtiges Anliegen der ostdeutschen Kulturarbeit und gewinnen günstigere Teilnahme an unseren Tages- und Studienfahrten und sonstigen Veranstaltungen.



GESELLSCHAFT FÜR POMMERSCHE GESCHICHTE ALTERTUMSKUNDE UND KUNST

Gegr. 1824 in Stettin
Sitz Greifswald
Abteilung Berlin

Berlin, den 3.1.2015

Sehr geehrte Mitglieder und Freunde der Gesellschaft,
zu den Vorträgen im Frühjahr 2015 laden wir Sie hiermit herzlich ein. Sie werden wie bisher im Raum **013** der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Burgstraße 26, 10178 Berlin (Mitte), stattfinden und jeweils um 19:00 Uhr beginnen.

03)

Mi 21. Jan. 2015 **Prof. Dr. Oliver Auge**, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Die Herzöge von Pommern und das Reich im späteren Mittelalter
Welchen politischen Einfluss und welche Handlungsmöglichkeiten hatten die pommerschen Herzöge im mittelalterlichen Reich eigentlich? Dieser Frage soll anhand ihres Verhältnisses zu König, Reichstag und anderen Reichsfürsten nachgegangen werden.

Fr 13. Feb. 2015 **Dr. Szymon Piotr Kubiak**, Nationalmuseum Szczecin
Der Weg nach Stettin. Piotr Zarembas Vision vom Wiederaufbau einer pommerschen Stadt
Piotr Zaremba, der erste polnische Stadtpräsident 1945, war nach seinem Studium in Lemberg lange Jahre in Posen als Verkehrsingenieur und Stadtplaner tätig. Von ihm stammen die ersten Überlegungen zur städtebaulichen Neuordnung und zum Wiederaufbau des zerstörten Stettin.



Fr 13. März 2015 **Ivo Asmus, M.A. Universitätsbibliothek Greifswald**
Die Schwedische Landesaufnahme in Vorpommern und Stettin im 17.Jh.

Fr 24. April 2015 **Dr. Ralf-Gunnar Werlich, Ernst Moritz Arndt Universität Greifswald**
Die Anfänge des pommerschen Greifenwappens in ihrem politischen und heraldischen Umfeld - Zum 800jährigen Jubiläum der ältesten bildlichen Darstellung".
"Der Vortrag untersucht die ältesten Quellen zur Geschichte des pommerschen Greifenwappens, betrachtet die heraldischen Entwicklungen jener Zeit im Umfeld Pommerns und versucht vor dem Hintergrund der mittelalterlichen Überlieferung zum Greif und den politischen Entwicklungen jener Jahre eine Antwort auf die Frage zu finden, wie es zu dieser Wappenwahl kam."

Über eine rege Teilnahme an den Veranstaltungen würden wir uns sehr freuen. Alle Mitglieder, Ihre Angehörigen und interessierten Freunde und Bekannten sind herzlich eingeladen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gabriele Poggendorf, Rolf L.Schneider
Dr. Gabriele Poggendorf, Alte Allee 8, 14055 Berlin
030/301 69 19
gabriele.poggendorf@alumni.tu-berlin.de

Rolf L. Schneider Moltkestraße 16 a 12203 Berlin
030/814 16 95
rlschneider@web.de



04)

27.01.15, 14:30 Uhr: *Frau Dr. Edith Kiesewetter-Giese gibt einen Rückblick auf das Jahr 2014.*
Verantwortlich: Frau Dr. Edith Kiesewetter-Giese;

24.02.15, 14:30 Uhr: *Die Schriftstellerin Frau Ursula Wessel liest aus ihrem Buch „Reine Frauensache“.- Verantwortlich: Frau Dr. Edith Kiesewetter-Giese;*

24.03.15, 14:30 Uhr: *Wir führen einen Gedanken Austausch mit Frauen des BdV-Kreisvorstandes Oberhavel e.V. durch.- Verantwortlich: Hans-J. Speckmann (BdV-Kreisverband) mit Frau Dr. E. Kiesewetter-Giese;*

28.04.15, 14:30 Uhr: *Wir nehmen eine Einladung von Herrn Dr. Alexander Vollmert an und lernen den CDU-Bundestagsabgeordneten, Herrn Klaus Brähmig, und seine Arbeit kennen.- Verantwortlich: Dr. Alexander Vollmert / Frau Dr. Edith Kiesewetter-Giese;*

26.05.15, 14:30 Uhr: *Frau Dr. Tessa Hofmann spricht zu dem Thema „Unvergessen. 100 Jahre danach – der Genozid an den Armeniern im Osmanischen Reich“. Verantwortlich: Frau Dr. Edith Kiesewetter-Giese;*

23.06.15, 14:30 Uhr: *In Berlin gibt es eine sogenannte „Lange Tafel“, die von Frau Isabella Mamatis ins Leben gerufen wurde. Darüber wird sie uns aufklären. Verantwortlich: Frau Isabella Mamatis / Frau Dr. Edith Kiesewetter-Giese.*



Die Veranstaltungen der Berliner Frauengruppe im BdV finden gewöhnlich jeden 4. Dienstag im Monat, um 14.30 Uhr, in den Räumen des Hauses der Volkssolidarität / Begegnungszentrum, Torstraße 203-205, 10115 Berlin, statt.

Öffentliche Verkehrsmittel: U 6 Bahnhof Oranienburger Tor; U 8 Bahnhof Rosenthaler Platz; Bus 240 (Hauptbahnhof – Münsterlandplatz) – Haltestelle in der Torstraße, fast vor der Tür. (Leitung: Frau Dr. Edith Kieseewetter-Giese, (Ruf: 030-229 95 75).

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG 

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Kronenstraße 5
10117 Berlin

Geschäftszeiten

Montag - Donnerstag: 9:00 - 16:30 Uhr

Freitag: 9:00 - 13:00 Uhr

Fon: 030-31 98 95-0

Fax: 030-31 98 95-210

E-Mail

E-Mail an: buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de

05) Land in Sicht? Agrarausstellungen in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz

Buchpräsentation

23.04.2015 / 19:00 Uhr

Veranstalter

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Stiftung Ernst-Reuter-Archiv/Landesarchiv Berlin
be.bra wissenschaft verlag
Stiftung Berliner Mauer

"Land in Sicht": das bedeutete eine lange Tradition landwirtschaftlicher Ausstellungen, auf denen Städter mit der ländlichen Lebensweise in Berührung kamen. Im Kalten Krieg hieß das aber auch, dass dort die Politik in West und Ost Foren zur Verbreitung ihrer agrar- wie deutschlandpolitischen Ziele installierte. Sven Schultze rekonstruiert die Geschichte der beiden großen Agrarexpositionen, der "Grünen Woche" in West-Berlin und der DDR-Landwirtschaftsausstellung in Leipzig-Markkleeberg.

Vortrag des Autors Dr. Sven Schultze. Anschließend Diskussion mit Prof. Dr. Michael Lemke (HU Berlin), Dr. Jens Schöne (Stellvertretender Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen) und dem Autor, moderiert von Dr. Jacqueline Boysen (Journalistin).

Xxx

Xxx



Veranstaltungsanschrift

Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer
Bernauer Str. 119
13355 Berlin



06) Nachkriegsplanungen und -ordnung in Ostmitteleuropa (1943–1950)

Dienstag, 12. Mai 2015, 19:00 Uhr

Der Vortrag findet statt im Rahmen der Veranstaltungsreihe

Umsiedlung, Deportation, Vertreibung

Ethnische »Säuberungen« im 20. Jahrhundert – neue Bedrohung für Europa?

Europa ist 2015 – 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – wieder mit Gewaltpolitik konfrontiert. Umsiedlung, Deportation und Vertreibung waren bereits im 20. Jahrhundert für Menschenrechtsverletzungen größten Ausmaßes verantwortlich. Anlass für die Stiftungen Flucht, Vertreibung, Versöhnung und Topographie des Terrors in einer gemeinsamen Veranstaltungsreihe die Dimension damaliger ethnischer »Säuberungen« aufzuzeigen sowie aktuelle Gefahren zu diskutieren.

Veranstaltungen der Reihe

Dienstag, 3. Februar

Ethnische »Säuberungen« im Europa des 20. Jahrhunderts. Ursachen und Folgen

Dienstag, 17. März

Die NS- Umsiedlungspolitik: Planung und Praxis ethnischer Neuordnung Osteuropas

Dienstag, 12. Mai

Nachkriegsplanungen und -ordnung in Ostmitteleuropa (1943–1950)

Dienstag, 16. Juli

Wie geht Europa heute mit Vertreibung um?

Eine Veranstaltungsreihe von

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (*Berlin*)

Stiftung Topographie des Terrors (*Berlin*)





Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam

Tel. +49 (0)331 20098-0
Fax [+49 \(0\)331 20098-50](tel:+49(0)3312009850)
presse@kulturforum.info
www.kulturforum.info

07) 1945 – Das östliche Europa nach der »Stunde Null«: Ringvorlesung

Die Ringvorlesung findet vom 14.4.2015 bis zum 14.7.2015 jeden Dienstag um 18 Uhr c. t. in der Wissenschaftsetage des Bildungsforums Potsdam, Am Kanal 47, statt.

Als Auftakt stellt am **14. April 2015** Dr. Roswitha Schieb unter dem Titel »Ordnungsgemäße Überführung«? Zwei Sichten auf Schlesien zwei Filmausschnitte zur Wiederbesiedlung Schlesiens vor.

Im Zentrum der kommentierten Filmvorführung stehen längere Ausschnitte aus einem deutschen und einem polnischen Dokumentarfilm: *Schlesiens wilder Westen* von Ute Badura und *Jugów* von Sławomira Walczewska. Sie zeigen, wie die Bevölkerung des vor 1945 deutschen Dorfes Seiferschau (poln. Kopaniec) in Schlesien vertrieben wird und wie die vertriebenen Bewohner eines ostpolnischen, später sowjetischen Dorfes das schlesische Dorf Jugów, dt. Hausdorf, neu besiedeln.

Dr. Roswitha Schieb arbeitet als freie Buchautorin und schreibt unter anderem Bücher über Schlesien und Galizien.

Die weiteren Themen

21. April 2015 • Elisabeth Herrmann, Berlin: *Versunkene Gräber*. Detailgenau recherchierter Krimi über die Stunde Null in der Neumark

28. April 2015 • Dr. Renate Weber, Münster: Deportationen von Deutschen aus Rumänien in die Sowjetunion im Januar 1945 – Zur Rekonstruktion des Geschehens im Spiegel von Erinnerungen

5. Mai 2015 • Dr. Wolfgang Schwarz, München und Lukáš Houdek, Prag: »Du musst Johann vergessen«

12. Mai 2015 • Dr. Andreas Wiedemann, Prag • »Wir bauen das tschechische Grenzgebiet auf.« Die Wiederbesiedlung der Sudetengebiete

19. Mai 2015 • Sonya Winterberg, Dresden: »Die Wolfskinder« – Verlassen in Ostpreußen



26. Mai 2015 • Dr. Marcin Miodek, Breslau: Deutschland und die Deutschen als Propagandasubjekt und -objekt in der polnischen Nachkriegspresse

2. Juni 2015 • Dr. Jan Musekamp, Frankfurt (Oder): Metamorphosen Stettins. Die Stadt und ihre Einwohner nach 1945

9. Juni 2015 • Andrzej Klamt, Wiesbaden und Ronald Urbanczyk, Recklinghausen: Schlesischer Adel – Mythos und Wirklichkeit

16. Juni 2015 • Dr. Helga Hirsch, Berlin: »Gehen oder bleiben«. Deutsche und polnische Juden in Schlesien und Pommern nach 1945

23. Juni 2015 • Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Potsdam: Die Potsdamer Konferenz 1945 – Die Alliierten und die Behandlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg

30. Juni 2015 • Ralf Pasch, Kassel: Die Erben der Vertreibung – Perspektiven der dritten Generation

7. Juli 2015 • Prof. Dr. Paweł Machcewicz, Danzig: Das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig – die polnische sowie mittel- und osteuropäische Wahrnehmung

14. Juli 2015 • Prof. Dr. Marek Hałub, Breslau: Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen aus schlesischer Perspektive. Geschehens- und Verstehensgeschichte im Narrativ deutscher und polnischer Intellektueller

Eine Veranstaltungsreihe im Rahmen unseres Jahresthemas 1945 – Das östliche Europa nach der »Stunde Null«, in Kooperation mit dem Institut für Slavistik sowie dem Historischen Institut der Universität Potsdam, proWissen Potsdam e.V. und mit Unterstützung des Ernst von Bergmann-Klinikums Potsdam.



08) Rumäniens „Eiserne Garde“ und die Nazis.

Ein Geschichtsrückblick im Jahr 70 nach Ende des Zweiten Weltkriegs

- Lichtbildervortrag und Buchvorstellung –

Dr. Gerhard Köpernik, Berlin

Mittwoch, 15. April 2015, 19:00 Uhr

ORT: Im „Leonhardt“ Stuttgarter Platz 21/Leonhardtstraße, 10627 Berlin-Charlottenburg (S-Bahn Charlottenburg. U-Bahn Wilmersdorferstraße)

Die rumänische „**Eiserne Garde**“ war eine antisemitische, antidemokratische, gewaltbereite Organisation, gegründet nach dem 1. Weltkrieg. Ihre mystisch-orthodoxe



Seite 47 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 670 vom 10.04.2015

Ausrichtung übte eine große Faszination aus. In den 1930ziger Jahren war sie, mit etwa 250.000 Mitgliedern, die drittgrößte faschistische Partei Europas (nach Deutschland und Italien).

Mit dem faschistischen Rumänien hatte sich das Deutsche Reich 1940 aus ökonomisch-militärisch-geopolitischen Gründen verbündet. Rumänien wurde von Hitler geschätzt als wichtiger Lieferant von kriegswichtigem Erdöl und Getreide und als ideales Aufmarschgebiet im 2. Weltkrieg. Zur Eisernen Garde, die zeitweise in Bukarest mitregierte, bestanden, vor allem bei der SS, enge Beziehungen. Im Januar 1941 putschten die Gardisten brutal und erfolglos gegen Marschall Antonescu. Etwa 300 flohen nach Deutschland. Wegen des Putsches gegen den von Hitler geachteten Antonescu waren sie dort zwar in Ungnade gefallen, erhielten aber dennoch eine Art Asyl. Etliche wurden in Konzentrationslagern (Buchenwald, Sachsenhausen, Dachau) inhaftiert, allerdings als „Ehrenhäftlinge“, die, von den KZ-Opfern und deren Not abgeschirmt, kein allzu schlechtes Leben führten.

Gerhard Köpernik hat in seinem Buch viele Details über ein wenig bekannten Kapitels der deutsch-rumänischen Beziehungen in den Jahren 1938 – 1945 zusammen getragen und auch recherchiert, was aus den Gardisten nach 1945 geworden ist.

Dr. Gerhard Köpernik, Studium der Rechtswissenschaft und Politik, lange Jahre in verschiedenen Abteilungen des Bundeswirtschaftsministerium, 1979 bis 1983 Handelsattache an der deutschen Botschaft in Bukarest, 2008/09 im Auftrag der EU-Kommission in der Bukarester Umweltagentur tätig, Seit 2005 Präsident der Deutsch-Rumänischen Gesellschaft, **Buchveröffentlichung „Faschisten im KZ – Rumäniens Eiserne Garde und das dritte Reich“ (2015).**

Die nächsten Termine:

4. Mai: Andreas v. Mettenheim: Deutschland und Rumänien – Vorurteil und Stolz: die gegenseitige Wahrnehmung

28.Mai: "Growing Roots" - Rumäniens Gesellschaft im Wandel I: Berichte von und mit Umwelt-Bürgerinitiativen aus Rumänien und Deutschland

11. Juni: Hannelore Jorgowitz: Rumäniens Gesellschaft im Wandel II: Unternehmensgründungen mit Sozialer Selbst-Verpflichtung

literaturHausBerlin

Literaturhaus Berlin

Fasanenstr. 23
10719 Berlin-Charlottenburg
Tel. (030) 8872860

<http://www.literaturhaus-berlin.de/?start=6>

09) 100 Jahre seit dem Beginn des Völkermords an den Armeniern / worldwide reading

Dienstag, 21. April 2015, 20:00 Uhr Großer Saal

Vor hundert Jahren, am 24. April 1915 begannen die von der Führung des Osmanischen Reiches veranlaßten mörderischen Übergriffe und Pogrome an der armenischen Bevölkerung



des Osmanischen Reiches. Die aus ihren Dörfern und Städten vertriebenen und in monatelangen Todesmärschen in die syrische Wüste deportierten Armenier waren, Ausplünderungen, Hunger, Kälte und immer wieder auch mörderischen Überfällen ausgesetzt.

Zum Gedenken an den Beginn dieses von der Türkei auch heute noch verleugneten Genozids findet an diesem Tage eine weltweite Lesung mit Passagen aus **Varujan Vosganians** 2013 in deutscher Übersetzung erschienenem »Buch des Flüsterns« (Zsolnay Verlag) statt.

Zusammen mit dem internationalen Literaturfestival Berlin 2015 und dem Lepsius-Haus Potsdam

Eintritt: 5,- / 3,- €

10) 100 Jahre seit dem Beginn des Völkermords an den Armeniern

Rolf Hosfeld: Tod in der Wüste. Der Völkermord an den Armeniern

Dienstag, 28. April 2015, 20:00 Uhr Großer Saal

Rolf Hosfeld, Deutschlands bester Kenner der Ereignisse, schildert eindringlich und historisch genau den Völkermord an den Armeniern, erläutert die Hintergründe und klärt auf über ein Thema, das immer noch zu den Tabus der Geschichtsschreibung gehört.

Unter den Augen der Weltöffentlichkeit werden im Frühjahr und Sommer 1915 – mitten im Ersten Weltkrieg – die osmanischen Armenier von der Regierung in einer Weise selektiert und zusammengetrieben, die unübersehbar »den Zweck verfolgt, die armenische Rasse im türkischen Reich zu vernichten«. So kablet es der deutsche Botschafter in Konstantinopel im Juli 1915 nach Berlin. Zwischen 300.000 und 1,5 Millionen Menschen (die Schätzungen schwanken) sterben, weil man sie in die Wüste deportiert und dort verdursten läßt.

Rolf Hosfeld hat den Opfern dieses Völkermords, der von der Türkei bis heute bestritten wird, mit seinem Buch ein erschütterndes Denkmal gesetzt; er liest aus seinem Buch »Tod in der Wüste. Der Völkermord an den Armeniern« (C.H. Beck).

Eintritt: 5,- / 3,- €

11) Aus den Giftschränken des Kommunismus. Lesung mit Susanne Schädlich

Mittwoch, 29. April 2015, 19:00 Uhr Großer Saal

Zum Abschluß der Tagung an der HU Berlin liest **Susanne Schädlich** aus ihrem 2014 erschienenen Roman »Herr Hübner und die sibirische Nachtigall« (Droemer). In ihrer 2009 erschienen biographischen Erzählung »Immer wieder Dezember. Der Westen, die Stasi, der Onkel und ich« hatte sie auch von ihrem Onkel Karlheinz Schädlich erzählt, der als IM der Stasi die Familie über Jahre hinweg bespitzelt hat.

Eintritt: 5,- / 3,- €



Brandenburg-Preußen-Museum

Wustrau

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau

Telefon 03 39 25 - 7 07 98

Telefax 03 39 25 - 7 07 99

E-Mail: wustrau@brandenburg-preussen-museum.de

<http://www.brandenburg-preussen-museum.de>

Öffnungszeiten:

April-Oktober

Di-So 10.00-18.00 Uhr

November-März

Di-So 10.00-16.00 Uhr

12)

Veranstaltungsprogramm des Museums 2015

Sonnabend, 21. Februar, 15 Uhr

Einführung, Film und Diskussion „Das weiße Band“ (2009)

Sonntag, 22. Februar, 11 Uhr, 13 Uhr und 15 Uhr

Finissage der Fotoausstellung „Kindheit auf dem Gut“ mit Sonderführungen

Sonntag, 22. März, 11 Uhr, 13 Uhr und 15 Uhr

Saisoneneröffnung mit Sonderführungen durch die neugestalteten Teile der Dauerausstellung

Sonntag, 26. April, 11 Uhr, 14 Uhr und 16 Uhr

Themenführungen zur Eröffnung der Ausstellung „Bismarck 200 – Von Waterloo bis Friedrichsruh“

Sonntag, 10. Mai, 11 Uhr, 14 Uhr und 16 Uhr

Themenführungen zum Muttertag für die ganze Familie

Sonntag, 17. Mai

Internationaler Museumstag mit Programm für die ganze Familie

Sonntag, 31. Mai, 15 Uhr

Andreas Bödecker: „Der späte Aufbruch Preußens in die Industrialisierung“

Sonntag, 14. Juni, 15 Uhr

Anna Ogdowski: „Otto v. Bismarck und Johanna v. Puttkamer“

Sonntag, 5. Juli, 15 Uhr

Achim Engelberg: Buchvorstellung und Diskussion „Ernst Engelberg – Bismarck. Sturm über Europa“ (Siedler 2014)



Seite 50 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 670 vom 10.04.2015

Sonntag, 19. Juli, 15 Uhr

Günter Rieger: „Der Wiener Kongress 1815 – Ende und Neuanfang“

Sonnabend, 5. September, 15 Uhr

Familien-Filmnachmittag: „Der Hauptmann von Köpenick“ (D 1956 mit Heinz Rühmann)

Sonntag, 6. September, 15 Uhr

Stephan Theilig: „Bismarck und die Polen“

Sonntag, 20. September, 15 Uhr

Stephan Theilig: „Krieg und Frieden – Militär und Gesellschaft im 19. Jahrhundert“

Sonnabend, 3. Oktober, 10 Uhr, 12 Uhr, 14 Uhr und 16 Uhr

„Türen auf für die Maus!“ Werkstatt für Kinder ab 5 Jahren

Dienstag, 6. Oktober, 19 Uhr

Vortragsabend zum 250. Geburtstag des Landrates Friedrich Christian L. E. Graf von Zieten mit Vorträgen von Günter Rieger, Hansjörg Albrecht und Stephan Theilig

Mittwoch, 21. Oktober, 17 Uhr

Stephan Theilig: „1415 – 2015. Die Hohenzollern in Brandenburg und Preußen“

Sonntag, 25. Oktober, 10 Uhr

Bismarck im Film mit Einleitung und Diskussion „Bebel und Bismarck“ (gek. Fassung DDR 1987 mit Wolfgang Dehler),

Sonntag, 25. Oktober, 16 Uhr

„Bismarck“ (D 1940 mit Paul Hartmann)

Sonntag, 8. November, 15 Uhr

Mieste Hotopp-Riecke: „Bismarcks Orientpolitik“

Sonntag, 22. November, 11 Uhr, 13 Uhr und 15 Uhr

Finissage der Ausstellung „Bismarck 200 – Von Waterloo bis Friedrichsruh“ mit Sonderführungen

Sonntag, 6. Dezember Weihnachten im Brandenburg-Preußen Museum für die ganze Familie (zugleich letzter Öffnungstag 2015)

Um Anmeldung zu den in der Regel gut besuchten Veranstaltungen wird gebeten. Öffentliche Führungen an den Wochenenden sowie auf Anfrage. Wir bieten ein Begleitprogramm zu unserer Dauerausstellung wie auch zu den wechselnden Sonderausstellungen für Kindergärten, Grund- und Oberschulen sowie Gymnasien und Studiengruppen an. Gerne schicken wir auf Anfrage unser detailliertes museumspädagogisches Programm.



Topographie des Terrors,

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg,
info@topographie.de
www.topographie.de
Ruf: 030-254 509-0
Fax: 030-254 09-99

13) Der Film im Nationalsozialismus

Vortrag: Dr. Rainer Rother, Berlin
Moderation: Prof. Dr. Andreas Nachama, Berlin

Dienstag, 14. April 2015 19:00 Uhr

Topographie des Terrors
Niederkirchnerstraße 8, Berlin-Kreuzberg
Eintritt frei

Im Rahmen der Reihe [Kunst im NS-Staat. Ideologie, Ästhetik, Protagonisten](#)

Die filmhistorische Diskussion des NS-Kinos konzentrierte sich lange vor allem auf die eindeutigen Propagandafilme. Vorherrschend jedoch war, auch nach dem ersten Kriegsjahr, das Unterhaltungsgenre, mit Komödien und Melodramen. Es war ein Kino, wie Joseph Goebbels, der in diesem Bereich eine herrschende Position einnahm, es sich wünschte: publikumswirksam, mit beliebten Stars und eingängigen Geschichten, das zugleich die Produktion aufwändiger Propagandastoffe ermöglichte und auch sie zum Erfolg werden ließ.

Rainer Rother, 1956 geboren, ist Künstlerischer Direktor der Deutschen Kinemathek – Museum für Film und Fernsehen und Leiter der Retrospektive der Berlinale. Er legte zahlreiche Veröffentlichungen zur Filmgeschichte, insbesondere auch zum Film des Nationalsozialismus, vor.

Andreas Nachama ist Direktor der Stiftung Topographie des Terrors.

14) Alfred Rosenberg. Die Tagebücher von 1934 bis 1944

Buchpräsentation: Dr. Jürgen Matthäus, Washington DC, und PD Dr. Frank Bajohr, München
Moderation: Prof. Dr. Andreas Nachama, Berlin

Dienstag, 21. April 2015 19:00 Uhr

Topographie des Terrors, Auditorium
Niederkirchnerstraße 8, Berlin-Kreuzberg
Eintritt frei

Die Tagebücher des NSDAP-Chefideologen Alfred Rosenberg, seit 1946 verschollen, wurden erst vor kurzem aufgefunden. Mit dem Buch *Alfred Rosenberg. Die Tagebücher von 1934 bis*



1944 (2015) liegen sie jetzt erstmals als Gesamtausgabe vor, herausgegeben und ausführlich kommentiert von Jürgen Matthäus und Frank Bajohr.

Rosenbergs Aufzeichnungen zeigen, dass seine Rolle bei der Vorbereitung und Umsetzung des Holocaust lange unterschätzt wurde. Schon früh war er einer der radikalsten Antisemiten, der bis zuletzt die deutsche Vernichtungspolitik unterstützte. Rosenbergs Notizen verdeutlichen neben seiner unbedingten Ergebenheit gegenüber Hitler die erbitterte Konkurrenz innerhalb der Funktionselite um den „Führer“. Dieser wusste seine Satrapen wirkungsvoll gegeneinander auszuspielen, nicht zuletzt Alfred Rosenberg und Joseph Goebbels, die einander in inniger Abneigung verbunden waren. Insgesamt eröffnet das Schlüsseldokument wichtige Einblicke in die vom NS-Regime erzeugte Gewaltdynamik.

Frank Bajohr, 1961 geboren, ist Wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte in München und Privatdozent am Historischen Seminar der Universität Hamburg. Bis 2013 war er Mitarbeiter der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Zu seinen neueren Veröffentlichungen gehören *Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten* (2006, zus. mit D. Pohl) und *Fremde Blicke auf das „Dritte Reich“. Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945* (2011, hg. mit Chr. Strupp).

Jürgen Matthäus, 1959 geboren, ist Leiter der Forschungsabteilung am United States Holocaust Memorial Museum in Washington DC und u.a. Mitglied im Inter-nationalen Beirat der Stiftung Topographie des Terrors. Zu seinen neueren Publikationen zählen *Naziverbrechen. Täter, Taten, Bewältigungsversuche* (2013, hg. mit M. Cüppers und A. Angrick) und *Deutsche Besatzungsherrschaft in der UdSSR 1941–1945. Dokumente der Einsatzgruppen in der Sowjetunion* (3 Bde., 2011–2013, hg. mit A. Angrick, M. Cüppers und K.-M. Mallmann).

Andreas Nachama ist Direktor der Stiftung Topographie des Terrors.

15) Film im NS-Staat | Colloquium

Samstag, 25. April 2015, 14:00-17:30 Uhr

Anmeldung bis 22.04.15: [veranstaltungen\(at\)topographie.de](mailto:veranstaltungen(at)topographie.de)

Topographie des Terrors
Niederkirchnerstraße 8, Berlin-Kreuzberg
Eintritt frei

Im Rahmen der Reihe [Kunst im NS-Staat. Ideologie, Ästhetik, Protagonisten](#)

Leitung: Dr. Rainer Rother, Berlin

Staatskunst und die Kunst des Staates: Reichsfilmkammer, Reichskulturkammer, Filmschrifttum

Marian Kaiser M.A., Berlin

Am 14. Juli 1933 erließ die Reichsregierung das „Gesetz über die Errichtung einer vorläufigen Filmkammer“. Auf dessen Grundlage wurde zwei Monate später das Reichskulturkammergesetz verabschiedet. Neben dem Film bezog es sich auch auf die Bereiche bildende Kunst, Musik, Theater, Schrifttum, Presse und Rundfunk und verfügte eine Zwangsmitgliedschaft für alle Berufstätigen im Kulturbereich. Der Vortrag untersucht die administrativen Abläufe innerhalb der Reichsfilm- und



Reichskulturkammer und nimmt auch die zeitgenössischen Theorien des Films als „volksbildendes“ Kunstwerk in den Blick.

Leni Riefenstahl – Kunst als Menschenversuch

Nina Gladitz, Berlin

Eine als Komparsin für Leni Riefenstahls Film „Tiefland“ verpflichtete Internierte des „Zigeunerlagers“ Salzburg-Maxglan erinnerte sich: „Leni Riefenstahl sagte zu mir, ich solle mit einem Krug auf dem Kopf die Dorfgasse herunterkommen, so als hätte ich schweres Herzeleid. Als die Szene zu Ende war, war sie so glücklich, wie ich das gemacht habe, dass sie mich weinend umarmt hat. Das war ja auch nicht schwer für mich das zu spielen, denn ich hatte ja tatsächlich großes Herzeleid. Ich war doch frisch Witwe, weil mein Mann gerade erschossen worden war und nun war ich ganz alleine auf mich gestellt, mit zehn Kindern.“

Nina Gladitz dazu: „Die Ängste der Komparsen wurden aus dem Kontext ihres bevorstehenden Todes gerissen, um daraus das zu machen, was Riefenstahl unter Kunst verstand.“

Pause (ca. 15.30–15.50 Uhr)

Antisemitische Propaganda im NS-Film: Der ewige Jude, Jud Süß, Robert und Bertram

Prof. Dr. Wolfgang Benz, Berlin

Das Repertoire antisemitischer Filme war nicht unerheblich. Zur Einübung und Vertiefung der Judenfeindschaft benutzte die NS-Propaganda nicht nur eindeutig markierte Produktionen wie die künstlerisch anspruchsvollen Spielfilme „Jud Süß“ und „Die Rothschilds – Aktien auf Waterloo“ sowie die hasserfüllte Kompilation „Der ewige Jude“. Das Lustspiel „Robert und Bertram“ zeichnet das Zerrbild des jüdischen Kapitalisten, in der Komödie „Venus vor Gericht“ dienen die Stereotypen des Antisemitismus gleichzeitig der Denunziation der künstlerischen Avantgarde.

NS-Unterhaltungsstars zwischen Propaganda und Traumfabrik – Eine Rollentypologie

Claudia Lenssen M.A., Berlin

Parallel zu seiner Funktion als Propagandainstrument sollte das NS-Kino der schieren Massenunterhaltung dienen. Musikfilme, Komödien und Romanzen versprachen Zerstreuung und Ablenkung. Goebbels persönlich kontrollierte die wachsende Filmindustrie und lenkte die Nachahmung moderner Hollywood-Standards. Seine Stars stimmten auf scheinbar unpolitische Gegenwelten ein, auf zivile Rollenbilder, mondänen Genuss, privates Glück und optimistische Leichtigkeit. Nicht zuletzt verdankte sich ihr ungebrochener Nachkriegsruhm diesem widersprüchlichen Mythos eskapistischer Unterhaltung.

Im Anschluss an die Referate und am Ende der Veranstaltung besteht Gelegenheit zur Diskussion.

Wolfgang Benz, 1941 geboren, ist Professor em. an der Technischen Universität Berlin und war bis März 2011 Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung. Der Historiker ist Autor und Herausgeber zahlreicher Werke zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert und zur Vorurteilsforschung.

Nina Gladitz, 1946 geboren, studierte Sozialpädagogik und später Dokumentarfilm und Fernsehpublizistik. Sie ist Autorin zahlreicher Dokumentarfilme, u.a. *Zeit des*



Schweigens und der Dunkelheit (1982) und *Perlasca* (1992). Zur Zeit arbeitet sie an einer Doppelbiographie über Leni Riefenstahl und ihren Kameramann Willy Zielke.

Marian Kaiser, 1977 geboren, ist Medientheoretiker, Kulturwissenschaftler und Filmautor. Er arbeitet derzeit an der Hochschule für Bildende Künste in Dresden. Zu seinen Forschungsthemen gehören Politik und Theorie des Films im „Dritten Reich“.

Claudia Lenssen, 1950 geboren, studierte Germanistik, Publizistik, Theater- und Filmwissenschaft. Sie arbeitet als Filmhistorikerin, Kritikerin und Kuratorin in Berlin und hat zahlreiche Publikationen über kontrovers diskutierte Schauspiel- und Regiepersönlichkeiten veröffentlicht

Rainer Rother, 1956 geboren, ist Künstlerischer Direktor der Deutschen Kinemathek – Museum für Film und Fernsehen und Leiter der Retrospektive der Berlinale. Er legte zahlreiche Veröffentlichungen zur Filmgeschichte, insbesondere auch zum Film des Nationalsozialismus, vor.

URANIA Berlin e. V., An der Urania 17, 10787

Berlin kontakt@urania-berlin.de

<http://www.urania.de/programm/>

www.urania.de

Ruf: 030-218 90 91

Fax: 030-211 03 98

16) Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent – Eine Geschichte des neoliberalen Europa

Ausgezeichnet mit dem Preis der Leipziger Buchmesse 2015 in der Kategorie Sachbuch.

- Prof. Dr. Philipp Ther, Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien, Autor des gleichnamigen Buches

In Zusammenarbeit mit dem Suhrkamp Verlag

Dienstag, 14. April 2015, 19:30 Uhr

Als im November 1989 die Mauer fiel, begann ein Großexperiment kontinentalen Ausmaßes: Die ehemaligen Staaten des "Ostblocks" wurden binnen kurzer Zeit auf eine neoliberale Ordnung getrimmt und dem Regime der Privatisierung und Liberalisierung unterworfen. Was funktionierte besser - radikale Schocktherapien oder schrittweise Reformen? Welche Lehren lassen sich im Hinblick auf die gegenwärtige Krise der südeuropäischen Länder ziehen? Und warum wurde Berlin wirtschaftlich von Städten wie Warschau oder Prag überholt? Diskutieren



Sie mit Prof. Ther, der mehrere Jahre in Tschechien, Polen und der Ukraine gelebt hat, seine Analyse der neuen Ordnung auf dem alten Kontinent, die als erste in gesamteuropäischer Perspektive erstellt worden ist!

Moderation: Christian Richter, Berlin

Eintritt

Normalpreis: 8,00 €, ermäßigt: 6,50 €, Urania-Mitglieder: 4,50 €

17) „Wildes“ Brandenburg

- Jörg Götting, Landesumweltamt Brandenburg, Potsdam

In Zusammenarbeit mit dem L&H Verlag

Mittwoch, 22. April 2015, 15:30 Uhr

Begeben Sie sich mit Jörg Götting auf einen Streifzug durch Brandenburgs Nationale Naturlandschaften: Adler, Otter, Biber und Schildkröte und die bundesweit größte Vielfalt an Vogelarten kann man dort "live" erleben. Die Großschutzgebiete vor den Toren Berlins bieten nicht nur faszinierende Lebensräume für Arten, die andernorts auf der Roten Liste stehen oder bereits ausgestorben sind. Sie dienen auch den Menschen zum Erholen und Wirtschaften im Einklang mit der Natur, sind eng verwoben mit der Geschichte und Kultur der begeisternd schönen brandenburger Landschaften, Flora und Fauna. Lassen Sie sich anregen, als Naturgenießer selbst in diese Welt einzutauchen und auf Entdeckungsreise zu gehen.

Eintritt

Normalpreis: 8,00 €, ermäßigt: 6,50 €, Urania-Mitglieder: 4,50 €

18) Archäologische Spuren von Krieg und Gewaltherrschaft im Umland von Berlin

- Dr. Thomas Kersting, M.A., Leiter der Archäologischen Denkmalpflege im Land Brandenburg

Donnerstag, 23. April 2015, 15:30 Uhr

70 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges finden sich archäologische Spuren von Krieg und Gewaltherrschaft im Berliner Umland. Im Umkreis der ehem. Reichshauptstadt konzentrieren sich außer Lagerstandorten auch Spuren des "Kampfes um Berlin". Erschütternde Ausgrabungs-Befunde in ehem. Konzentrations- und Kriegsgefangenenlagern, Funde, die mit persönlichen Schicksalen der Insassen verbunden sind; auch Flugzeugwracks und Kriegstote sind heute Themen der Archäologie. Aktuell entdeckte Relikte der Roten Armee aus der Zeit "zwischen Krieg und Frieden", beleuchten ihren Alltag in Brandenburger Wäldern nach dem



Kampf um Berlin 1945. Das größte Bodendenkmal Brandenburgs ist der geheime und bis heute unzugängliche militärische Forschungskomplex Kummerdorf.

Eintritt

Normalpreis: 8,00 €, ermäßigt: 6,50 €, Urania-Mitglieder: 4,50 €

19) Armenien 1915: Die ungelöste Last des Ersten Weltkrieges

Donnerstag, 23.04.2015, 17:30 Uhr

In Zusammenarbeit mit rbb-Inforadio

- Diskussion

Jürgen Gottschlich, Journalist und Autor des Buches "Beihilfe zum Völkermord, Deutschlands Rolle bei der Vernichtung der Armenier", Istanbul

Dr. Rolf Hosfeld, Historiker und Wissenschaftlicher Leiter Lepsiushaus, Potsdam

Dr. Raffi Kantian, Vorsitzender der Deutsch-Armenischen Gesellschaft, Berlin

Dr. Ali Söylemezoglu, Dialog für Frieden e.V., Duisburg Moderation:

Harald Asel, rbb-Inforadio, Berlin

War es ein Völkermord oder "nur" eine Vertreibung mit unzähligen Toten? Die Bewertung des Vorgehens der Regierung des Osmanischen Reiches gegen die Minderheit der Armenier vor einhundert Jahren ist vor allem in der Türkei ein umstrittenes Thema. Die unterschiedlichen Deutungen belasten das Verhältnis der Menschen in Ostanatolien und dem Transkaukasus, aber auch in der weltweiten Diaspora. Die Ereignisse von 1915 haben sich tief eingegraben in das jeweilige Selbstverständnis der Türken, Kurden und Armenier. Lässt sich anhand der historischen Quellen heute eine gemeinsame Sprache für die Gräueltaten finden? Warum kam es überhaupt zu den Maßnahmen gegen die Armenier und welche Rolle spielten dabei die Großmächte und ihre Politik im Ersten Weltkrieg? Wie wird heute das kulturelle Erbe in der Republik Armenien und in den ehemaligen Siedlungsgebieten in der Türkei gepflegt? Und welche Chancen der praktischen Zusammenarbeit gibt es in einer Region, die alles andere als stabil ist?

Eintritt

Normalpreis: 8,00 €, ermäßigt: 6,50 €, Urania-Mitglieder: 4,50 €

20) Wer den Wind sät – Was westliche Politik im Orient anrichtet

- Dr. Michael Lüders, Journalist, Buchautor und Islamwissenschaftler, Berlin

In Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Montag, 27.04.2015, 19:30 Uhr

Das neue Buch von Michael Lüders liest sich wie ein Polit-Thriller - nur leider beschreibt es die Realität. Eine Geschichte erscheint in unterschiedlichem Licht, je nachdem, wo man beginnt,



Seite 57 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 670 vom 10.04.2015

sie zu erzählen. Das iranische Verhältnis zum Westen versteht nur, wer den von CIA und MI6 eingefädelten Sturz des demokratischen Ministerpräsidenten Mossadegh im Jahr 1953 berücksichtigt. Ohne den Irakkrieg von 2003 und die westliche Politik gegenüber Assad in Syrien lässt sich der Erfolg des "Islamischen Staates" nicht begreifen. Diskutieren Sie mit Michael Lüders sein Schwarzbuch der westlichen Politik im Orient, in dem er die Interventionen seit der Kolonialzeit beschreibt und erklärt, was sie mit der aktuellen politischen Situation zu tun haben!

Eintritt

Normalpreis: 8,00 €, ermäßigt: 6,50 €, Urania-Mitglieder: 4,50 €



zu C. Sonstige Veranstaltungen

C. a) Studienfahrten , Wanderungen, Führungen

01) Studienfahrt nach Ungarn, 03. bis 13.06. 2015, verlegt auf 2016!

Liebe Interessenten,

wir haben leider nicht die nötige Mindestzahl von 20 Teilnehmern erreicht. Die Studienfahrt wird nun in einem Jahr noch einmal angeboten.

Die Terminsetzungen werden spätestens Mitte des Jahres von uns veröffentlicht.

Wir haben eine herzliche Bitte: Sollten Sie an der Reise interessiert sein, so teilen Sie uns für die **Zeit zwischen dem 11.05. und 16.06.2016** Ihre Ausschlussstermine mit, d.h. die Tage, an denen Sie nicht reisen können, weil Sie da anderweitig festgelegt sind (Familienfeiern, Reisen usw.). Wir versuchen, möglichst viele Interessenten „unter einen Hut“ zu bekommen.

02) Studienfahrt nach Prag (und Umland), August 2015

In Zusammenarbeit mit unserer bewährten Reiseleiterin Věra – sie hat im Sommer 2011 unsere große Studienfahrt durch Böhmen und Mähren und die Sonderfahrt nach Teplitz und Umgebung geleitet - arbeiten wir am Programm für eine 5-7tägige Studienfahrt nach Prag. Es kommt etwa die **Zeit zwischen dem 11. und 28.08.2015** infrage.

Wir haben eine herzliche Bitte: Sollten Sie an der Reise interessiert sein, so teilen Sie uns für die Zeit zwischen dem 11. und 28.08.2015 Ihre Ausschlussstermine mit, d.h. die Tage, an denen Sie nicht reisen können, weil Sie da anderweitig festgelegt sind (Familienfeiern, Reisen usw.). Wir versuchen, möglichst viele Interessenten „unter einen Hut“ zu bekommen.

03) Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg: Tagesfahrten
Anmeldungen auch telefonisch spätestens 21 Tage (!) vor der jeweiligen Fahrt bei Herrn Hanke, Ruf: 030-215 54 53 (Anrufannehmer),

bei gleichzeitiger Einzahlung der Teilnahmegebühr), Fahrten jeweils sonnabends!

Konto der LM Westpreußen: DE26 100 100 10 000 1199101 Postbank Berlin
Das Programm der Tagesfahrten für das Jahr 2015 (Änderungen vorbehalten):

EURO

TF 15-01 18.04.15 Hankensbüttel (Otternzentrum) und Oerrel (A. E. Johann)

50

TF 15-02 09.05.15 Güstrow und Plau am See

45



TF 15-03	27.06.15	Ratzeburg und Mölln	50
TF 15-04	18.07.15	Görlitz (Tippelmarkt, Stadtführung) (DB 65+) (Teilnehmergebühr)	25
TF 15-05	08.08.15	Liegnitz und Liegnitzer Wahlstatt	50
TF 15-06	05.09.15	Haldensleben und Schloss Hundisburg	45
TF 15-07	17.10.15	Bernburg und Köthen	45
TF 15-08	14.11.15	Seehausen und Osterburg	45
TF 15-09	12.12.15	Celle	50

Gäste zahlen jeweils € 5,00 mehr als die Mitglieder. Eintritte sind im Preis nicht enthalten. Zu den einzelnen Fahrten erscheint ein ausführliches Programm.

**03) Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V.:
Wanderungen / Friedhofsführungen 2015**

Wanderungen und Führungen 2015 (Änderungen vorbehalten)

1. W 119 Frau Angelika Hanske
Sonnabend, den 02.05.2015 Von Spandau nach Konradshöhe
(etwa 8 – 10 km)
2. W 120 Herr Reinhard M.W. Hanke
Sonntag, den 14.06.2015 Wir besuchen Sorau / Lausitz
(etwa 4 km)
3. W 121 Frau Angelika Hanske
Sonnabend den 11.07.2015 Wittenberge an der Elbe
(etwa 8 – 10 km)
4. W 122 Herr Joachim Moeller
Sonnabend, den 12.09.2015 Führung durch Bad Freienwalde
(etwa 5 km)

Zusätzlich finden am Sonnabend, dem **30.05.2015** (Städtischer Friedhof Schöneberg) und **am Sonntag, dem 11.10.2015** (Ziel wird noch bekannt gemacht).
Führungen auf Berliner Friedhöfen (Information folgt) unter Leitung von Herrn Reinhard M.W. Hanke statt.

Anmeldungen auch telefonisch bei Herrn Hanke, Ruf: 030-215 54 53 (Anrufannahmer);
Teilnehmergebühr: für Mitglieder € 5,00 und für Gäste € 8,00.



C. b) Ausstellungen, Seminare in Berlin und Umland

Topographie des Terrors,

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg,
info@topographie.de
www.topographie.de
Ruf: 030-254 509-0
Fax: 030-254 09-99

<http://www.topographie.de/topographie-des-terrors/veranstaltungen/nc/1/>

01) Deutschland 1945 – Die letzten Kriegsmonate

9. Dezember 2014 bis 25. Oktober 2015

Mit dem Scheitern der letzten deutschen Großoffensive in den Ardennen im Januar 1945 war der von Deutschland 1939 begonnene Krieg nunmehr für alle sichtbar verloren. Doch anstatt zu kapitulieren, setzte die Regierung Hitler den Krieg fort. Den Tod von unzähligen Menschen und die totale Zerstörung des eigenen Landes nahm sie bewusst in Kauf. Unter Einsatz von noch massiverem Terror gegen die eigene Bevölkerung und bereits zuvor verfolgte Gruppen versuchte sie, den Zerfall der inneren Ordnung zu verhindern und alle noch vorhandenen Reserven für den Krieg zu mobilisieren. Die Bevölkerung befand sich in diesen chaotischen letzten Monaten des Kriegs in einem permanenten Spannungsfeld zwischen Zerstörung und Terror, Orientierungslosigkeit und Zukunftsangst. Anhand von Einzelbeispielen beleuchtet die Ausstellung die Bandbreite unterschiedlicher Handlungsweisen.

Zur Ausstellung liegt eine gleichnamige, deutsch-englischsprachige [Publikation](#) vor. Sie können die folgenden Publikationen über den Buchhandel oder unter Angabe von Name und Adresse direkt über die Stiftung beziehen. Die Lieferung erfolgt schnellstmöglich; die Versandkosten gehen zu Lasten des Empfängers.

E-Mail: [publikationen\(at\)topographie.de](mailto:publikationen(at)topographie.de)

Telefon: 030-254509-29



Deutschland 1945 – Die letzten Kriegsmonate / Germany 1945 – The Last Months Of The War

Ein Begleitkatalog zur gleichnamigen Ausstellung (deutsch/englisch), hg. v. Stiftung Topographie des Terrors, vertreten durch: Prof. Dr. Andreas Nachama, Berlin 2014, 265 S., ISBN 978-3-941772-19-9. 15,-- €



C. c) Ausstellungen, Seminare usw. außerhalb des Raumes von Berlin
(Seite 42)



WESTPREUSSEN-ONLINE

Landsmannschaft Westpreußen e.V.

Landsmannschaft Westpreußen e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Verlag und Redaktion DER WESTPREUSSE
Copernicus-Vereinigung e.V.
Förderkreis Westpreußen e.V.
Mühlendamm 1
48167 Münster-Wolbeck
Tel.: 02506/30 57 50
Fax: 02506/30 57 61
E-Mail: landsmannschaft-westpreussen@t-online.de

01) Heimatkreistreffen 2015

02./03. Mai	Kulm	in Nienburg
08.-10. Mai	Marienwerder	in Celle
09.-10. Mai	Thorn	in Lüneburg
15.-17. Mai	Flatow*)	in Gifhorn
14.-17. Mai	Deutsch Krone*)	in Bad Essen
05.-07. Juni	Marienburg	in Marienburg
12. September	Rosenberg	in Halle (Westf.)
10. Oktober	Elbing	in Bremerhaven

*) Dachverband Pommersche Landsmannschaft

02) „Europa – eine Familiensache!“ Die alte Heimat als Brücke zwischen Deutschen und Polen. Partnerschaftliche Tagung in Hannover

01. bis 03. Mai 2015

Ort: Stephansstift, Zentrum für Erwachsenenbildung,
30625 Hannover, Kirchröder Straße 44



Programm (Stand: 20.03.2015)

Freitag, 01.05.2015

17:00 Uhr Anreise

17:30 Uhr Abendessen

18:45 Uhr Staatssekretär a.D. Dr. Christoph Bergner MdB, Berlin / Halle
23 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag: Erfahrungen in der
Minderheitenpolitik

20:30 Uhr Pfarrer i. R. Dr. Manfred Richter, Berlin
Europäische Perspektiven des Reformationsjubiläums am Beispiel des
Thorner Religionsgesprächs

Sonnabend, 02.05.2015

08:00 Uhr Frühstück

09:00 Uhr Prof. Dr. Peter Maser, Münster
Die evangelischen Kirchen als Partner der Vertriebenen – Geschichte,
Gegenwart und Zukunft

10:30 Uhr Vincent Regente M.A., Berlin
Auf dem Wege zu einem europäischen Gedächtnis? Flucht und
Vertreibung der Deutschen in der Erinnerungskultur Deutschlands, Polens
und Tschechiens seit 1989

Mittagessen

14:00 Uhr **Arbeitsgruppen**

1) Familien- und Ortsgeschichte im vereinigten Europa

(Leitung: Tilman Asmus Fischer)

Impulsvortrag: Richter i.R. Reinhard Wenzel, Celle
Arkadiusz Welniak, Dirschau / Tczew
Günter Hagenau, Detmold

2) Westpreußen – Regionale Identitäten in einer europäischen Kulturlandschaft

(Leitung: Prof. Dr. Erik Fischer)

Impulsvortrag: Prof. Dr. Erik Fischer, Dortmund
Vincent Regente M.A., Berlin
Till Scholz-Knobloch, Oppeln / Opole

16:00 Uhr Pause

16:30 Uhr Fortsetzung der Arbeit in den Arbeitsgruppen

18:00 Uhr Abendessen

19:30 Uhr Arkadiusz Welniak, Dirschau / Tczew
Auf den Spuren der gemeinsamen Geschichte – das Zusammenleben der
Polen, Deutschen und Juden in Dirschau / Tczew 1920-1939



Sonntag, 03.05.2015

08:00 Uhr Frühstück

09:00 Uhr Till Scholtz-Knobloch, Oppeln / Opole
Unter schlesischer Dominanz. Journalismus für die deutsche Volksgruppe
zwischen Verbandspolitik und Öffentlichkeit

11:00 Uhr Tilman Asmus Fischer, Berlin (Leitung)
Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen
Abschlussdiskussion der Referenten und Tagungsteilnehmer

Teilnahmebedingungen: Die Veranstalter übernehmen die Kosten für Unterkunft und Verpflegung. Die Fahrtkosten tragen die Teilnehmer selbst. Die Tagungsgebühr beträgt 60,00 EURO.

Anmeldungsfrist: 17. April 2015. Bitte, nennen Sie bei der Anmeldung auch die Arbeitsgruppe, an der Sie teilnehmen möchten.

Sie erhalten nach Anmeldeschluss eine schriftliche Bestätigung (nebst Areisehinweisen).

03) Einladung zur 23. Weißenhöher Himmelfahrt, 06. bis 10. Mai 2015

Gesamtleitung: Dr. Dietrich Hanspach, Reinhard Kißro (beide Ortrand)

Programm (Änderungen vorbehalten)

Mittwoch, 06. Mai 2015

21.00 Uhr Private Anreise zur Pension „Anna Charlotte“ in Weißenhöhe (Kreis Wirsitz)
Begrüßung der Teilnehmer und Gespräche zum Kennenlernen
(Jubiläen im Untersuchungsgebiet und darüber hinaus)

Donnerstag, 07. Mai 2015

08.00 Uhr Frühstück

09.00 Uhr Pkw-Abfahrt zur Entdeckung des Altkreises Wirsitz:

Die Kreisstadt Wirsitz und das nördlich liegende Lobsonkatal u.v.a.

15.30 Uhr Kaffee-Erzähl-Zeit im Garten der Pension

18.15 Uhr Abendbrot

19.15 Uhr Pkw-Abfahrt nach Schneidemühl

20.00 Uhr Abendvortrag im Kreismuseum Schneidemühl

Dr. Jaroslaw Rola, Schneidemühl: „Das Netzegebiet im Licht neuester archäologischer Erkundungen“

Freitag, 08. Mai 2015

08.00 Uhr Frühstück

09.00 Uhr Pkw-Abfahrt zur landeskundlichen Vier-Kreise-Tour: Chobielin / Chobielin-Mühle,
Potulitzer Forst, Netzedörfer u.v.a.

19.00 Uhr Abendbrot

Sonnabend, 09. Mai 2015

08.00 Uhr Frühstück

09.00 Uhr Pkw-Abfahrt zur Begehung der Samotschiner Netzewiesen

12.30 Uhr 120 Jahre Kleinbahn: Spaziergang zum Kleinbahn-Ausflug; im Anschluss:
Weißenhöhe-Rundgang

19.00 Uhr Bier-Friseur-Grill-Lieder-Abend am Lagerfeuer



Sonntag, 10. Mai 2015 Rückreisetag
08.00 Uhr Gemeinsames Aufbruchs-Frühstück
09.00 Uhr Rückreisebeginn

Bitte, vorab in ausreichender Menge Zloty eintauschen. Die Teilnahme an den Einzelveranstaltungen ist – wie immer – freigestellt. Exkursions-Verpflegung aus dem eigenen Rucksack, festes Schuhwerk ist an allen Tagen erforderlich. Es wird ein Beitrag zu den Organisationskosten in Höhe von 15,00 € erbeten. Bitte, Taschenlampe mitbringen.

Anmeldung bis zum 04. Mai 2015 bei:

REISEAGENTUR S. SEELERT, Lange Wand 30a in 27211 Bassum, Ruf.: 04241-7751 oder direkt 0048 67 287 52 99 und bei Reinhard Kißro, Große Lamprichte 11, 01990 Ortrand, Ruf: 035755-504 40.

Die Veranstalter übernehmen keine Haftung für Schäden, welche bei der An- und Abreise bzw. während des Zeitraumes der 23. Weißenhöher Himmelfahrt entstehen sollten.

ANMERKUNG DER REDAKTION: Der Berliner Landesgruppe bedauert sehr, dass die Organisatoren der 23. Weißenhöher Himmelfahrt diese wichtige Veranstaltung ohne rechtzeitige vorherige Abstimmung mit den Stamm-Teilnehmern um eine ganze Woche vorverlegt haben, so dass dies bei der Termin-Planung der Berliner Landesgruppe nicht mehr berücksichtigt werden konnte.

Auch Christi Himmelfahrt sollte nur in Abstimmung mit dem Betroffenen neu festgesetzt werden.

Hk



Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP)

Telefon: 01/ 718 59 19

Redaktion, Herausgeber, Medieninhaber:

Fax: 01/ 718 59 23

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

E-Mail: pressedienst@sudeten.at

Bundespressereferat: A-1030 Wien, Steingasse 25

www.sudeten.at

04) Bedeutende Klosterneuburger aus Böhmen, Mähren und Schlesien Sonderausstellung in Wien bis 13. Mai 2015 verlängert

Vor 50 Jahren übernahm Klosterneuburg, als erste österreichische Stadt, die Patenschaft über die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus ihrer Heimat vertriebenen Sudetendeutschen. Man wollte ihnen nach ihrer Entwurzelung in der Babenbergerstadt wieder einen geistigen und kulturellen Mittelpunkt geben.

Zu diesem Jubiläum gestaltete das Mährisch-Schlesische Heimatmuseum eine Sonderausstellung mit dem Titel:



„Bedeutende Klosterneuburger aus Böhmen, Mähren und Schlesien“

In dieser Ausstellung wird an die Jahrhunderte langen Beziehungen zwischen Klosterneuburg und den Ländern der Böhmisches Krone erinnert, wozu der Orden der Augustiner Chorherren wesentlich beitrug. Wie man aus dem seit 1624 geführten Chorherren-Katalog entnehmen kann, schlossen sich viele junge Männer aus Böhmen, Mähren und Schlesien diesem Orden an und bildeten oft einen beträchtlichen Anteil des Personalstandes. Vor allem in der Zeit Kaiser Josefs II., der in Böhmen die meisten Klöster schließen ließ, traten viele heimatlos gewordenen Chorherren in das Stift Klosterneuburg ein, das unter dem besonderen Schutz des Hauses Habsburg stand.

Doch nicht nur das Stift, sondern auch die Stadt Klosterneuburg war Anziehungspunkt. Viele Verwandte folgten den Chorherren als Handwerker und Lehrer. Auch Künstler und Techniker wurden, nach Abschluss ihrer Studien in Wien, Bürger dieser Stadt.

So ist es verständlich, daß nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zahlreiche Heimatvertriebene in dieser Stadt eine neue Heimat suchten und fanden.

Stellvertretend für all die vielen, die hier nicht einzeln genannt werden können, wurden Persönlichkeiten ausgewählt, nach denen Straßen und Verkehrsflächen benannt worden sind. Der Patenschaft ist es zu verdanken, dass hier auch heute noch alljährliche Treffen von Heimatvertriebenen aus dem Sudetenland stattfinden und daß das Mährisch-Schlesische Heimatmuseum über 40 Jahre lang in dieser Stadt beheimatet ist.

Diese Ausstellung haben wir vom Mährisch-Schlesischen Heimatmuseum übernommen und zeigten sie in Wien seit 16. Jänner 2015 – sie wird verlängert bis 13. Mai 2015, dem endgültigen Ende.

Wien, am 9. April 2015

BESUCHSZEITEN

im Haus der Heimat, 1030 Wien, Steingasse 25
Montag bis Donnerstag von 9.30 Uhr bis 12.30 Uhr

Kontakt im SLÖ-Büro, im Hoftrakt, 2. Stock, Lift.
Sonderführungen (Gruppen) - auch zu anderen Zeiten - bitte vorher vereinbaren!

Ausstellung geöffnet bis 13. Mai 2015

05) Jüdische Spuren im böhmischen Grenzland

Sonderausstellung im Böhmerwaldmuseum Wien

Das Böhmerwaldmuseum in Wien zeigt anlässlich des Gedenkjahres 2015 ab 16. Mai eine Sonderausstellung zum Thema „Jüdische Spuren im böhmischen Grenzland“. An Hand historisch belegter Daten wird die Besiedelung der Grenzregionen Egerland und Böhmerwald durch jüdische Bewohner aufgezeigt. Bereits Mitte des 10. Jahrhunderts waren jüdische Kaufleute im Zentrum Böhmens in den großen Städten aktiv, von wo sie in die Grenzregionen abwanderten. Gründe hierfür waren die immer wieder aufflammenden Phasen von Antisemitismus. So ist die Geschichte der jüdischen Bewohner des Böhmerwaldes seit Anbeginn gezeichnet von einem ständigen Wechsel von Nebeneinander – Miteinander – Gegeneinander, von Beschränkungen, Repressalien und Pogromen. Kirche und Monarchen stellten die Juden zumeist als Wucherer, Ungläubige und Frevler dar. Die Ausstellung versucht die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung im Grenzgebiet aufzuzeigen und mit Bildern und Daten von bestehenden, vernichteten oder umgewidmeten Gebetshäusern und Synagogen aus vielen Orten zu untermauern. Unzählige jüdische Friedhöfe zeugen heute noch vom



einstigen Zusammenleben von jüdischer, böhmischer und deutscher Bevölkerung. Das Verhältnis der Präsidenten Masaryk und Beneš zum Judentum in der Zwischenkriegszeit wird ebenso beleuchtet wie der Todesmarsch jüdischer weiblicher Gefangener aus dem Konzentrations-Außenlager Helmbrechts in Bayern quer durch den Böhmerwald nach Wallern (Volary), wo zu Kriegsende im Mai 1945 durch amerikanische Truppen diesem Grauen ein Ende gesetzt wurde. Historisches US-Filmmaterial hierzu sowie ein sich mit dem Ausstellungsthema befassender dreiteiliger tschechischer Film (mit deutschen Untertiteln) ergänzen die aufgezeigten jüdischen Spuren im Böhmerwald. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurden im Zuge der Umsetzung der Beneš-Dekrete auch viele jüdische Bewohner, welche sich zum deutschen Kulturgut bekannt hatten und dem NS-Rassenwahn entkommen waren, nun von der tschechischen Regierung so wie alle anderen deutschen Bewohner wegen ihrer „Deutschstämmigkeit“ aus ihren Wohnstätten vertrieben, enteignet und des Landes verwiesen.

Die Ausstellung im Böhmerwaldmuseum Wien (1030 Wien, Ungargasse 3) wird am 16. Mai 2015 um 15 Uhr eröffnet und ist ab 17. Mai 2015 jeden Sonntag von 9 bis 12 Uhr geöffnet.

Böhmerwaldbund Wien-Niederösterreich-Burgenland
Obmann: Franz P. Kreuss
Dechant-Pfeifer-Gasse 15
2020 HOLLABRUNN-Magersdorf, Österreich
Tel.: 0043 (0) 664 254 87 64, Fax: 0043 (0) 2952 20344

e-mail: boehmerwaldbund.wien@aon.at

homepage: www.boehmerwaldbund-wien.magix.net/website

Wien, am 8. April 2015

06) Stefan Moses im Kunstforum Ostdeutsche Galerie Regensburg. Sonderausstellung vom 01.03. bis 31.05.2015

Stefan Moses gehört zu den wichtigsten deutschen Fotografen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. 2014 erhielt er den Lovis-Corinth-Preis, der alle zwei Jahre von der KünstlerGilde und dem Kunstforum Ostdeutsche Galerie Regensburg vergeben wird. Aus diesem Anlass widmet ihm das Regensburger Museum eine Ausstellung, die am 28.02.2015 eröffnet wird.

In Stefan Moses Werk verbinden sich Konzept- und Life-Fotografie zu einer neuen Bildsprache. Deutschland und die Deutschen – das ist seit mehr als einem halben Jahrhundert sein großes Lebensthema. Porträts von Schriftstellern, Wissenschaftlern, Politikern und Künstlern, aber auch von einfachen Bürgern in West und Ost etablierten den Fotografen als Chronisten der deutschen Nachkriegsgesellschaft.

Stefan Moses wurde 1928 im schlesischen Liegnitz (heute Legnica in Polen) geboren und lebt und arbeitet seit 1950 in München. Als Redaktionsfotograf von magnum, Spiegel und Stern prägten seine Bilder die Fotografiengeschichte nach 1945. Seit 1960 kommen alle zentralen Themen aus dem für ihn »interessantesten Land der Welt: Deutschland«. Anlässlich des Lovis-Corinth-Preises 2014 werden die drei Langzeitzyklen Deutsche – West, Deutsche – Ost, Deutschlands Emigranten und Künstler machen Masken aus dem Bilderkosmos von Stefan Moses jetzt zum ersten Mal in diesem Ensemble im Kunstforum Ostdeutsche Galerie Regensburg ausgestellt und in Buchform publiziert.



Der Lovis-Corinth-Preis wird seit 1974 alle zwei Jahre von der KünstlerGilde in Kooperation mit dem Kunstforum Ostdeutsche Galerie verliehen. Ausgezeichnet werden herausragende Künstlerpersönlichkeiten, die zu den Ländern Ost-, Mittel- und Südosteuropas in Beziehung stehen.

Zur Ausstellung erscheint ein Katalog im Kehrer Verlag.
Die Museumsausgabe kostet 21 €.
ISBN 978-3-86828-544-4

Mit freundlichen Grüßen
PhDr. Gabriela Kašková
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Kunstforum Ostdeutsche Galerie
Dr.-Johann-Maier-Str. 5
93049 Regensburg
g.kaskova@kog-regensburg.de
Tel. 0941-29714 23
Fax 0941-29714 33
www.kunstforum.net
www.facebook.com/KunstforumOstdeutscheGalerie

Regensburg, am 11.02.2015



Anschrift

Evangelische Akademie zu Berlin
Charlottenstr. 53/54
10117 Berlin
Tel.: (030) 203 55 – 500
Fax: (030) 203 55 – 550
E-Mail: eazb@eaberlin.de
Internet: <http://www.eaberlin.de>

07) "Wir haben hier keine bleibende Stadt". Europäische Bibeldialoge
Musikalische Begegnungstagung in Siebenbürgen

Mi, 27. – So, 31. Mai 2015, 17:00 - 13:00 Uhr



[Elimheim - Michelsberg / RO](#)

Tagungsnummer EBD 44

Leitung: Dr. Tamara Hahn:

Organisation: Silke Lobach

(030) 203 55 - 412

lobach@eaberlin.de

Wie kann eine Gemeinschaft lebendig bleiben, wenn 95 Prozent ihrer Mitglieder das Land verlassen haben? Wie überleben ihre Kultur und Traditionen? Wie kann sie angesichts aktueller gesellschaftlicher Tendenzen Zeichen setzen?

Zu Gast bei der deutschen Minderheit in Siebenbürgen (Rumänien) wollen wir nach Anregungen suchen und entdecken, wie Musik und Glaube Menschen verbinden. In Gesang und Bibelgesprächen werden wir mehr über die deutsch-sprachige Minderheit in Rumänien heute erfahren und auch die Region Siebenbürgen ein wenig kennenlernen. „

Wir haben hier keine bleibende Stadt“, heißt es auch in einem Kirchenlied, „aber ein Zelt der Begegnung mit dir.“

Wir planen einen Ausflug nach Sibiu (Hermannstadt) und nach Heltau, wo wir eine der berühmten Kirchenburgen der Siebenbürger Sachsen besuchen werden. Zum Abschluss wollen wir im Gottesdienst in der Dorfkirche in Michelsberg singen.

Leitung:

Dr. Klaus-Dieter Ehmke, Berlin

Prof. Dr. Hans Klein, Herrmannstadt (Sibiu), Rumänien

Siegfried Landau, Remscheid

KMD Peter-Michael Seifried, Berlin

Studienleitung:

Dr. Tamara Hahn, Ev. Akademie zu Berlin

Programm:

Preise und Informationen:

Tagungsbeitrag

Der Teilnahmebeitrag beträgt 210 Euro inkl. Unterkunft und Verpflegung.

Die darüber hinausgehenden Kosten trägt die UEK.

Für ein Einzelzimmer berechnen wir zusätzlich 60 Euro (15 Euro pro Nacht).

Teilnehmer/innen mit geringem Einkommen oder aus Mittel- und Osteuropa können eine Ermäßigung des Eigenbeitrages und einen Fahrtkostenzuschuss beantragen. Die Höhe der Ermäßigung bzw. des Zuschusses richtet sich nach dem Einkommen und dem Herkunftsland.

Verlängerungsnacht

Falls Sie auf eigene Kosten früher anreisen oder länger bleiben möchten, teilen Sie es uns bitte mit der Anmeldung mit.



Bitte überweisen Sie den Eigenbeitrag erst nach Erhalt der Anmeldebestätigung/Rechnung.

Ort und Anreise:

Tagungsort:

Elimheim, Michelsberg (bei Hermannstadt)

RO-555301 Cisnadioara 281 (Jud. Sibiu)

E-Mail: elimheim@gmx.net

Anreise

Die Anreise erfolgt in Eigenregie.

Die Entfernung zum Flughafen Hermannstadt /Sibiu beträgt ca. 10 km. Die meisten Flüge aus Deutschland erreichen Hermannstadt / Sibiu gegen 15:00 Uhr. Vom Flughafen werden Sie abgeholt.

Eine detaillierte Anfahrtsbeschreibung erhalten Sie etwa einen Monat vor Beginn mit den Tagungsunterlagen.

Falls Sie bei der Anreise Unterstützung wünschen, bzw. sich mit anderen Teilnehmer/innen koordinieren möchten, lassen Sie es uns mit der Anmeldung wissen.

Das Erholungsheim der Evangelischen Kirche A.B. liegt wunderschön am Ortsrand von Michelsberg inmitten eines großen Gartens. Es gibt 7 Doppelzimmer, jeweils mit eigenem Bad, 2 Dreibettzimmer und 1 Vierbettzimmer mit eigenem Bad. Teilweise mit Balkon.

Cisnadioara (Michelsberg) ist ein siebenbürgisch-sächsisch geprägtes Dorf am Rand des Cindrel-Gebirges nahe Sibiu (Hermannstadt). Es gibt Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants und ein Postamt sowie ein Schwimmbad. Im Ort gibt es eine sehenswerte evangelische Kirche und mittelalterliche Burg.

Michelsberg ist auch ein guter Ausgangspunkt für Ausflüge z.B. ins Cindrel-Gebirge, nach Heltau und nach Hermannstadt (Linienbus-Verbindung). Hermannstadt ist eine schöne mittelalterliche Stadt, umgeben von Bergen, die von jeher den Ruf eines kulturellen und geistlichen Zentrums hat. 2007 war sie europäische Kulturhauptstadt.

**08) Wie im Garten Eden. Tagung
Regionaler Kirchentag der EKBO in der Lausitz**

Sonnabend, 04. Juli 2015

Tagungsnummer

29/2015

Tagungsort: Cottbus

Leitung

Dr. Michael Hartmann / Heinz-Joachim Lohmann / Dr. Claudia Schäfer



Organisation

Kerstin Koschinski

(030) 203 55 - 515

koschinski@eaberlin.de

Die Lausitz prägen der Spreewald und der Braunkohletagebau. Sorben und Wenden ringen um den Erhalt ihrer Identität. In mehreren Dimensionen diskutiert die Region ihren Weg in die Zukunft. Einen Beitrag gibt der gemeinsame Kirchentag der Lausitz-Kirchenkreise. Unter dem Motto „Wie im Garten Eden“ kommt die Region ins Gespräch. Der Titel ist dem Buch Ezechiel entnommen, in dem am Ende der Katastrophe des Exils Rückkehr und Neuanfang im verheißenen Land verkündet werden. Die Evangelische Akademie zu Berlin begleitet die Foren „Wirtschaft und Arbeit“ und „Zukunft der Gemeinden“ und beteiligt sich am Forum „Nachbarschaft“.



Landmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V., Landesgruppe Berlin-Brandenburg

09) "Gemeinsam für Schlesien", Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover

Sonnabend / Sonntag – 20. – 21. Juni 2015

Congress-Zentrum ab 10:00 Uhr.

Fragen:02244-92590. - Hinweis: Artikel in den Schlesischen Nachrichten Nr. 1/2015, S.4: "Warum ist ein gut besuchtes Deutschlandtreffen so wichtig ? (Autor: Dr. H.-W. Flegler)

Fr, 19. 06. 2015: Berliner Bus-Abfahrt zum Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover, 14:00 Uhr ab Busbahnhof, Hotel bis 21. 06. 2015 für 20 Teilnehmer gebucht, mit Früh-Stück.

Anmeldungen bitte sofort Dienstag ab 15:00 Uhr unter Tel: 030/26552020, oder E-Mail: w-zain@t-online.de

PROGRAMM DES DEUTSCHLANDTREFFENS (Stand: 09.03.2015)

Freitag, 19.06.2015 (Stadtzentrum Hannover)

15:00 Uhr **Podiumsdiskussion und Empfang der CDU-Landtagsfraktion**
(Landtag Niedersachsen, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, Hannover)

17:00 Uhr **Ökumenischer Gottesdienst**
Neustädter Hof- und Stadtkirche, Rote Reihe 8, Hannover
Predigt: Landesbischof i.R. Horst Hirschler

Anschließend
etwa 18:00 Uhr **Schlesien begrüßt Hannover!**
Darbietungen schlesischer Kultur vor der Neustädter Hof- und Stadtkirche
Leitung: Lars Karrasch



Sonnabend, 22.06.2015 (Hannover Congress Centrum)

- 10:00 Uhr Eröffnung der Hallen
- 11:00 Uhr **Festliche Stunde / Eröffnung** (Niedersachsenhalle)
Begrüßung und Moderation:
Dr. Gotthard Schneider, Präsident der Schlesischen Landesvertretung
Es sprechen u.a.
- Klaus Dieter Scholz, Bürgermeister der Stadt Hannover
- Stephan Rauhut, Bundesvorsitzender der LM Schlesien
- Bernd Busemann, Präsident des Niedersächsischen Landtages
Musikalische Umrahmung:
Original Beustertaler Blasmusik aus Diekholzen
(Dirigent: Thomas Schindler)
- 13:00 Uhr **Schlesische Sommerakademie 2015**
Konferenzräume 27 und 28
(in der Tradition der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau)
Moderation: Prof. Dr. Michael Pietsch
- 14.30 Uhr **Bundesmitarbeiterkongress**
Konferenzräume 27 und 28
- Leitung: Stephan Rauhut, Bundesvorsitzender der LM Schlesien
(Teilnehmer müssen Mitglied der Landsmannschaft Schlesien sein)
- 17.00 Uhr **Heimatabend** (Niedersachsenhalle) - Eintritt frei -
Mitwirkende Gruppen:
Original Beustertaler Blasmusik aus Diekholzen (Dirigent: Thomas Schindler),
Arbeitsgemeinschaft „Schlesischer Trachtengruppen“,
DFK-Chor aus Waldenburg,
Jugendtrachtengruppe „Silesia“ aus Groß Maßdorf (Oberschlesien)
u.a.
Vorbereitung und Gesamtleitung: Peter Winkler und Lars Karrasch

Sonntag, 23.06.2015 (Hannover Congress Centrum)

- 08:00 Uhr Eröffnung der Hallen
- 09:30 Uhr **Hochamt** (Niedersachsenhalle)
Mitwirkung: Original Beustertaler Blasmusik aus Diekholzen
Dirigent: Thomas Schindler
- 09:30 Uhr **Evangelischer Festgottesdienst** (Glashalle)
(der Evangelische Festgottesdienst wird gestaltet nach der alten, früher
In Schlesien gebräuchlichen Liturgie)
- Einzug der Trachtengruppe und Fahnenabordnungen in die Nieder-
Sachsenhalle
Leitung: Monika Schultze und Renate Sappelt
- 11:30 Uhr **Politische Hauptkundgebung** (Niedersachsenhalle)
Begrüßung, Totenehrung und Moderation:
Dr. Gerhard Schneider, Präsident der Schlesischen Landesvertretung



Es sprechen u.a.:

- Boris Pistorius, Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport
- Stephan Rauhut, Bundesvorsitzender der LM Schlesien

Mitwirkung: Original Beustertaler Blasmusik aus Diekholzen
(Dirigent: Thomas Schneider)

An beiden Tagen in der Eilenriedhalle:

Musisch-kulturelle Darbietungen im „Schlesischen Dorf“ u.a. mit Gruppen der Arbeitsgemeinschaft „Schlesische Trachtengruppen“

Halleneinteilung für die schlesischen Heimatkreise
zum Deutschlandtreffen der Schlesier am 20. und 21. Juni 2015
in Hannover (Hannover Congress Centrum)

Niederschlesische Heimatkreise:

Breslau Stadt und Land, Brieg, Bunzlau, Frankenstein-Münsterberg, Fraustadt, Freystadt, Glatz, Glogau, Görlitz, Goldberg, Groß Wartenberg, Grünberg, Guhrau, Habelschwerdt, Hirschberg, Jauer, Landeshut, Lauban, Liegnitz, Löwenberg, Lüben, Militsch-Trachenberg, Namslau, Neumarkt, Neurode, Oels, Ohlau, Reichenbach, Rothenburg O/L., Sagan-Sprottau, Schweidnitz, Strehlen, Striegau, Trebnitz, Waldenburg, Wohlau;

Oberschlesische Heimatkreise:

Beuthen O/S, Bielitz, Cosel, Falkenberg, Gleiwitz, Groß Strehlitz, Grottkau, Guttentag-Loben, Hindenburg O/S, Kattowitz, Königshütte, Kreuzburg, Leobschütz, Neisse, Neustadt, Oppeln, Pleß, Ratibor, Rosenberg, Rybnik, Tarnowitz, Teschen, Tost-Gleiwitz.

Wichtig: Benutzen Sie ausschließlich den Haupteingang der Niedersachsenhalle

Auf Wiedersehen in Hannover! Schlesien Glückauf!

Damian Spielvogel, Organisationsleiter

Unterstützen Sie die Arbeit der Landsmannschaft Schlesien:

Spendenkonto für die Zeichnung der Treuespende für Schlesien:

Landsmannschaft Schlesien e.V.

Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien

Konto-Nummer: 40410, BLZ 850 501 00, IBAN DE62 85050100 0000 040410

Besonderer Hinweis:

***Das nicht durch die Organisationsleitung autorisierte
Auslegen, Verteilen oder das Sichtbarmachen von
Druckerzeugnissen oder Film- und Tonträgern aller Art ist auf
dem Messegelände verboten
Bei Zuwiderhandlung wird Hausverbot erteilt.
Die Organisationsleitung***



**zu D. Hinweise auf Sendungen im Fernsehen
und im Rundfunk**

01) a) Hinweise auf Sendungen im Fernsehen (jetzt auch mit Sendungen zum Gebiet der "neuen Bundesländer") in Auswahl

Hinweis: wegen des hohen Arbeitsaufwandes einerseits und der geringen Leserresonanz zu dieser Rubrik andererseits wird diese Rubrik in der bisherigen Form eingestellt. Von Zeit zu Zeit werden besondere Sendungen herausgestellt.



zu E. Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Zeitschriftenmarkt – Blick ins „weltweite Netz www“

a) Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Zeitschriftenmarkt

01) Westpreußen-Jahrbuch 2015

Westpreußen-Jahrbuch. Aus dem Land an der unteren Weichsel. Band 65.

Herausgeber: Hans-Jürgen Kämpfert, in Zusammenarbeit mit Waltraud von Schaewen-Scheffler, Armin Fenske und Reinhard M.W. Hanke. Im Auftrag der Landsmannschaft Westpreußen. Münster: Westpreußen-Verlag 2015. 146 Seiten + XV Tafeln mit mehrfarbigen Bildern. ISBN 978-3-9812143-9-0. 16,50 € zzgl. Porto + Verpackung.

Zu beziehen durch:

Landsmannschaft Westpreußen e.V.

Mählendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck

Ruf: 02506-305 750, Fax: 02506-305 761

Landsmannschaft-westpreussen@t-online.de

Der 65. Band des Westpreußen-Jahrbuches liegt vor. Wie in den Vorjahren enthält er wieder neun Beiträge zur Geschichte und Kultur im weitesten Sinne über das Land an der unteren Weichsel. 16 Farbtafeln im Anhang und 22 schwarz-weiße Abbildungen im Text sollen nicht nur die Aufsätze illustrieren und anschaulich machen, sondern auch das Wesen und die Schönheit der alten preußischen Provinz und ihr früheres und heutiges Aussehen darstellen und dokumentieren. In historischer Reihenfolge werden die folgenden Themen bearbeitet:

Tilman Asmus Fischer sieht die „Vorzeichen der Säkularisation von 1525“ schon auf den Münzen des Deutschen Ordens dargestellt. Er untersucht ausgewählte Münzen exemplarisch zur Begründung dieser seiner These und kommt zu der Überzeugung, dass sich mit der Zeit ein dynastisch-landesherrliches Selbstverständnis der Hochmeister in Preußen ausgeprägt hat, und auch die Herrschaftspräsentation auf den Münzen bis hin zu Albrecht von Brandenburg immer stärker hervortritt.

Den 300. Todestag des Danziger Naturforschers, Arztes, Philosophen und lateinischen

Dichters Israel Conradi nimmt Hans-Jürgen Kämpfert zum Anlaß, einen kurzen Abriß über Leben und Wirken dieses fortschrittlichen Wissenschaftlers zu geben, dessen größtes Verdienst aus heutiger Sicht sein Bemühen war, schon im Jahre 1670 eine naturforschende Gesellschaft in Danzig zu begründen.

Johann Josua Kettler musste seine Geburtsstadt Elbing unter wenig ehrenhaften Umständen verlassen und trat in die Dienste der „Vereinigten Ostindischen Kompanie der Niederlande“ ein, wo er um 1700 schließlich leitende Funktionen übernahm. Sein abenteuerliches und arbeitsreiches Leben in Ostindien, das dennoch an die Heimatstadt Kettlers gebunden blieb, schildert anschaulich und ausführlich Hans-Jürgen Klein.

Dr. Wolfgang Lippky berichtet über den „Marienburger Gottfried Ostermeyer als Pfarrer in Trepfen und seine Brandenburger Patrone“ aus der Familie von Görne mit Sitz in Plaue. Seine besondere Leistung ist die Kirchenchronik von 1793 des Kirchspiels Trepfen bei Heydekrug in Ostpreußen, in dem er mehrere Jahrzehnte bis an sein Lebensende tätig gewesen ist.



Hans Joachim Borchert untersucht 14 Bühnenwerke (unter den Autoren sind Joseph von Eichendorff, Max Halbe, August von Kotzebue, Ludwig Passarge und Siegfried Wagner) aus unterschiedlichen Zeiten hinsichtlich ihrer Geschichtstreue bezogen auf die Schlacht von Tannenberg im Jahre 1410. Heinrich von Plauen, der Hochmeister des Deutschen Ordens, und Polens König Wladislaw Jagiello erfahren dabei besondere Charakterisierungen.

„Pittoreskes an der Marienburg“ ist der Beitrag von Dr. Rainer Zacharias überschrieben, der an ausgewählten Darstellungen der Marienburg aus dem 19. Jahrhundert eingehend beschreibt, in welcher Weise Künstler auf ihren Gemälden, Holzschnitten und Stahlstichen – später auch auf Postkarten und Photographien – durch malerische Zusätze die Abbildungen der Burg mit Atmosphäre ausgestattet haben.

Die wenig bekannten Ereignisse zu Beginn des Ersten Weltkrieges in Ost und Westpreußen stellt Dr. Peter Letkemann unter dem Titel „Krieg, Flüchtlinge und ‚freie Liebestätigkeit‘“ dar. Auch wenn Westpreußen durch direkte Kriegshandlungen nur wenig betroffen war, wurde es durch die starken Flüchtlingswellen aus Ostpreußen doch vor große Probleme gestellt, deren Lösung nicht immer leicht war.

Ab 1910 hat es auf dem Flughafen Danzig-Langfuhr Flugbetrieb gegeben. Die ersten Fluglinien der Freien Stadt Danzig hinsichtlich ihrer Transportleistungen bei Personen, Post und Fracht behandelt Dr. Maciej Bakun in seinem Beitrag „Mit dem Flugzeug von Danzig nach Europa“. Die besonderen politischen Bedingungen in der Freien Stadt Danzig und die Auswirkungen der damaligen Aktivitäten auf die heutige Zeit finden im Beitrag Berücksichtigung.

Der Titel des letzten Beitrages „Der Mauerbau – Danzig und sein Nationalfeiertag“ wirkt auf den ersten Blick unverständlich oder provokant. Doch Prof. Dr. Stefan Samerski stellt den Zusammenhang her, in dem er die Suche der Danziger politischen Gremien der Zwischenkriegszeit nach einem geeigneten und keinen Widerspruch hervorrufenden Nationalfeiertag begründet und beschreibt.

Der Band wird vervollständigt durch je ein Gedicht von Wolfgang Federau und Gisela Brauer, durch ein Geleitwort des Vorsitzenden der Landsmannschaft Westpreußen Ulrich Bonk, durch Kurzbiographien der Verfasser und Erläuterungen zu den Farbtafeln. Interessante Ereignisse, unbekannt Details und überraschende Zusammenhänge über das Land an der unteren Weichsel werden den Leser auch in diesem Jahr wieder erfreuen.

Vorstellung des Bandes durch Hans-Jürgen Kämpfert in „Der Westpreuße“ 3/2015, S. 12/13.

02) Das Jahrbuch Weichsel-Warthe 2015 ist erschienen!

Das 61. Jahrbuch ist erstellt! Themenschwerpunkt ist der 1. Weltkrieg und seine Folgen für die Deutschen in den drei Teilungsgebieten.

Von Dr. Martin Sprungala

Aus diesem Grunde zeigt das Titelbild des Jahrbuchs eine Ansichtspostkarte von Posen aus der Zeit des 1. Weltkriegs. Auch das Kalendarium nimmt sich des Titelthemas an und zeigt auf den Monatsseiten weitere Propagandapostkarten und dokumentarische Fotos. In einem gesonderten Text zu den Vignetten stellt Dr. Sprungala die Hintergründe dar.

Das obligatorische geistliche Wort schrieb der diesjährige Kulturpreisträger Altbischof Dr. Johannes Launhardt zum Titelthema. Der Ehrensprecher Karl Bauer erinnert in seinem Nachruf an seinen langjährigen Mitarbeiter, den verstorbenen Bundesschatzmeister und langjährigen Vorsitzenden des LWW-Landesverbandes Hessen, Harry Petzold.



Das folgende „Frühlingsgedicht“ stammt von der verstorbenen Mutter unseres langjährigen Jahrbuchautos Rene Ast aus Lodz Lydia Ast.

Es folgt das Kalendarium und die „Bunten Seiten“ mit Fotos der Bundesversammlung und Bundeskulturtagung 2014.

Nicht als weiterer Nachruf, sondern als Würdigung und Erinnerung verfaßte Dr. Zdzislaw Wlodarczyk aus Wieluń „Ein Andenken an Georg Sichler“, den langjährigen Vorsitzenden des Hilfskomitees der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Polen e.V..

Statt des seit Jahren üblichen Rückblicks auf die Zeit vor 100 Jahren als Auszug „Aus den Posener Heimatgrüssen“ seines Großvaters Superintendent Arthur Rhode zitiert Götz Urban aus „Arthur Rhodes Erinnerungen an die Kriegszeit in der Provinz Posen 1914-1920“, denn die folgenden Jahrgänge seiner Heimatgrüsse gelten als verschollen. Mit diesem Beitrag steigt das Jahrbuch erneut in das Titelthema ein.

Den einleitenden Hauptvortrag bei der Bundeskulturtagung 2014 hielt Dr. Wolfgang Kessler mit „Der Erste Weltkrieg und die Deutschen in Polen“, der hier abgedruckt wurde. Auch der Germanist Prof. Dr. Roman Dziargwa aus Posen beschäftigt sich mit den beiden vorhergenannten Themen in „Arthur Rhode und der Beginn des Ersten Weltkriegs im Süden der Provinz Posen“.

Rhode ist deshalb stets so stark vertreten, weil er sehr viel in jener Zeit zu Papier gebracht hat und damit als einer der wenigen Zeitzeugen und Chronisten gilt.

Angesichts der Mobilmachung 1914 titelte die Dortmunder Zeitung Tremonia „Mars regiert die Stunde“. Dr. Martin Sprungala schildert darin den „Kriegsalltag 1914-1918 im Posener Land“ anhand von Auszügen aus Schulchroniken der Kreise Bomst, Fraustadt und Schmiegel.

Die beiden folgenden Beiträge beleuchten die beiden anderen polnischen Teilungsgebiete: „Der 1. Weltkrieg und das Leiden der deutschen Minderheit in Galizien“ von Prof. Dr. Erich Müller und „Konstantynow – die Großeltern und der 1. Weltkrieg“ von Armin Hirsekorn.

Eine der Folgen des 1. Weltkriegs beschreibt Günther Raatz in „Die Posener Grenzschutzkämpfe 1918/20“ am Beispiel seiner Heimatregion im Kreis Hohensalza. Auch der Bericht von Elfriede Eichelkraut „Der Marsch nach Lowitsch, im September 1939. Verschleppte aus dem Kreis Lipno“ stellt eine weitere Folge des politisch-militärischen Ergebnisses des Krieges dar.

Harald Schäfer zeigt in seinem Artikel „Auf Posener Spuren im heutigen Berlin“ auf, wie viele Spuren Posener Persönlichkeiten im Berliner Stadtbild hinterlassen haben – ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit, dazu ist die Posener Geschichte noch viel zu unvollständig erforscht. Einen sehr traurigen Kapitel deutscher und Posener Geschichte widmet sich Klaus Steinkamp in „Gertrud Kolmar – 1943 in Auschwitz umgebracht“.

Die aus Kolmar i. P. (Chodziej) stammende jüdische Schriftstellerin wurde - wie so viele - Opfer des brutalen Rassenwahns der Nationalsozialisten, deren Aufstieg zur Macht eine weitere bittere Folge des 1. Weltkriegs war.

„Das deutsch-polnische Verhältnis“ in der Kaiserzeit beleuchtet Dr. Helmut Neubach in den Schilderungen „im Tagebuch des Reichstagspräsidenten Franz Graf von Ballestrem (1834-1910)“. Seine wissenschaftliche Auswertung dieser Tagebücher steht kurz vor dem Abschluß. Eine ähnliche Bewertung aus dem österreichischen Teilungsgebiet liefert Artur Bachmann in „Die Lage der deutschen Volksgruppe in Galizien an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert“.

Die folgenden Themen sind eher allgemeiner Natur und beziehen sich nicht direkt auf den 1. Weltkrieg. Edmund Mangelsdorf liefert ein weiteres Beispiel religiöser Vielfalt im Osten mit der



Lebensbeschreibung von „Carl Welkisch – ein christlicher Mystiker aus dem Posener Land“. Der zweite Beitrag von Prof. Dziergwa stellt eine Ausnahme im Jahrbuch dar, eine Rezension. Als Sprachwissenschaftler weiß er um die Bedeutung der Literatur über das gegenseitige Denken und er stellt das Buch von Kornelia Cwiklak vor, die einen Vergleich der deutschen und polnischen Literatur über das nach dem 1. Weltkrieg auch politisch nochmals zweigeteilte Oberschlesien verfaßt hat – in früheren Jahren wurde Ost-Oberschlesien auch von der LWW betreut. Ihr bekanntester Vertreter war der Bundessprecher Dr. Gustav Klusak, aus Österreichisch-Schlesien stammend.

Elfriede Eichelkraut vervollständigt ihre Darstellung vom über „Deutsche Lehrer im Dobriner Land“ vorigen Jahrbuch um den Kreis Rypin.

Auch Renate Sternel-Rutz vervollständigt ihre sachkundige biographische Darstellung von Posener Pastoren aus ihrer Familie. Nachdem sie im Jahrbuch 2011 ihren Vater „Superintendent Martin Rutz (1904-1970)“ vorgestellt hat, folgt in diesem Jahr „Ein Lebensbild von Friedrich Rutz“ – ihrem Großvater.

Da die Geschichte der jüdischen Mitbewohner der Deutschen aus den polnischen Teilungsgebieten oft zu kurz kommt, obwohl diese zumeist aus polnischer und russischer Sicht als Teil der deutschen Geschichte gesehen werden, griff Dr. Martin Sprungala eine Arbeit von Prof. Dr. Hubert Koufen auf, in der er das Schicksal seiner jüdischen Mitbewohner von einst aufzuklären suchte. In „Die tragische Geschichte der Fraustädter jüdischen Gemeinde“ wird ihre schwierige Vergangenheit dargestellt, die immer schon die einer unerwünschten Gruppierung war und die bereits kurz nach der sog. Reichskristallnacht endete.

Aus der aktuellen Arbeit schildert Wilhelm Tappert die „Beziehungen der Landesgruppe der Landsmannschaft Weichsel-Warthe zu unserem polnischen Nachbarn“. Er zeigt auf, daß die Deutschen aus den drei polnischen Teilungsgebieten aus ihrer schweren Geschichte gelernt haben und seit vielen Jahren die Freundschaft und Versöhnung mit ihren Nachbarn von einst suchen.

Einen indirekten Zusammenhang mit dem 1. Weltkrieg gibt es auch in der Darstellung „Die Zigarrenfabrikationen in Altkloster und Mauche“ im Posener Kreis Bomst/ Wollstein, denn diese Betriebe mußten bei Kriegsausbruch ihre Tätigkeit einstellen, da das Personal für andere Arbeiten gebraucht wurde und der Anbau von Tabak dem von ertragreichen Lebensmitteln weichen mußte. Auch in diesem Jahr bildet die Geschichte von Margarete Schönfeldt „Die Erlebnisse eines Weihnachtsbaumes“ sozusagen den Jahresabschluß dieses Jahrbuchs.

Es folgen traditionell die Autorenkurzbiographien, die Anschriften der LWW-Organisationen und Einrichtungen sowie Schrifttumhinweise.

Das Jahrbuch 2015 ist – wie immer – für jeden Heimat- und Geschichtsinteressierten zu empfehlen. Der Bezugspreis beträgt für das Einzelexemplar 10,50 € (europäisches Ausland und Übersee 13,50 €), bei Abnahme von 3-9 Exemplaren je 9 € und von mehr als 10 Exemplaren je 8,45 €.

Bestellungen bei:
Landsmannschaft Weichsel-Warthe,
Bundesverband e.V.,
65185 Wiesbaden,
Friedrichstr. 35 III.,
Tel. 0611/379787



03) Professor Dr. Adam Tooze: SINTFLUT. Die Neuordnung der Welt 1916-1931

Originaltitel: The Deluge: The Great War and the Remaking of Global Order 1916-1931. Originalverlag: Allen Lane. Aus dem Englischen von [Norbert Juraschitz](#), [Thomas Pfeiffer](#). Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 720 Seiten, 15,0 x 22,7 cm mit Abbildungen ISBN: 978-3-88680-928-8. € 34,99 [D] | € 36,00 [A] | CHF 46,90* (* empf. VK-Preis). Verlag: [Siedler](#)

Erscheinungstermin: 30. März 2015

Ein neuer Blick auf die Folgen des Ersten Weltkriegs – und die Ursachen des Zweiten

Wie eine Sintflut riss der Erste Weltkrieg die alte Ordnung hinweg, wirbelte gesellschaftliche, politische und ökonomische Vormachtstellungen durcheinander, ließ ganze Reiche zerbrechen und neu entstehen. In einem weltumspannenden Panorama beschreibt Adam Tooze die fundamentalen Verschiebungen der Zwischenkriegszeit und legt dar, wie fatal sich vor allem die Rolle der USA auswirkte: Die neue Weltmacht scheiterte letztlich daran, dauerhaft für Frieden zu sorgen.

In seiner beeindruckenden Darstellung der Zwischenkriegszeit zeigt Adam Tooze, wie in den Jahren von 1916 bis 1931 eine neue Weltordnung entstand. Auch als das Töten auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs schon lange vorbei war, tobte der Kampf um Macht und Einflussphären weiter. Am Ende der Epoche hatte sich die Welt fundamental verändert: Die Vereinigten Staaten waren Weltmacht – und wollten doch keine Verantwortung für die von ihnen geschaffene Friedensordnung übernehmen. So konnten radikale Kräfte, Kommunismus und Faschismus zunehmend an Einfluss gewinnen und die Welt bald unaufhaltsam einem zweiten globalen Konflikt entgegentreiben. Mit seinem glänzend erzählten Buch liefert Tooze eine neue Deutung der großen Umwälzungen und des verlorenen Friedens nach dem Ersten Weltkrieg – wo die Sudetendeutschen weiter Spielball der Politik blieben!

Adam Tooze, geboren 1967, ist Professor für moderne deutsche Geschichte und Direktor für Internationale Sicherheitsstudien an der Universität Yale. Nach einem Studium der Volkswirtschaftslehre in Cambridge und an der Freien Universität Berlin und einer Promotion in Wirtschaftsgeschichte an der London School of Economics lehrte Tooze viele Jahre in Cambridge. Er ist Autor zahlreicher Studien zur (Wirtschafts-)Geschichte, seine Arbeiten sind vielfach preisgekrönt. Bei Siedler erschien von ihm zuletzt „Die Ökonomie der Zerstörung“ (2008).

Wien, am 30. März 2015

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP)

Telefon: 01/ 718 59 19

Redaktion, Herausgeber, Medieninhaber:

Fax: 01/ 718 59 23

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

E-Mail: pressedienst@sudeten.at

Bundespressereferat: A-1030 Wien, Steingasse 25

www.sudeten.at



b) Blick ins "weltweite Netz www"

kein Bericht

Du musst denken, dass du morgen tot bist,
musst das Gute tun und heiter sein

Freiherr vom Stein

Bitte, beachten Sie:

Zu unseren Vorträgen müssen Sie sich im Allgemeinen nicht anmelden, wohl aber zu Wanderungen und Friedhofsführungen der AGOM und zu Tages- und Studienfahrten von Landsmannschaft Westpreußen/Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg
(Reinhard M.W. H a n k e, Ruf: 030-215 54 53).

Beachten Sie, bitte, auch die Fristen für die Einzahlung der Teilnehmergebühren.

Ich freue mich auf Ihre Teilnahme und Mitwirkung!

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard M.W. Hanke
Ruf: 030-215 54 53, Fax: 030-21 91 3077

Büro: Mo 10-12 Uhr und n.V.
Brandenburgische Straße 24, 12167 Berlin-Steglitz:
Ruf: 030-257 97 533

Anschrift n u r für den "AGOMWBW-Rundbrief":

[<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>](mailto:agom.westpreussen.berlin@gmail.com)

ansonsten schreiben Sie, bitte, an:
<westpreussenberlin@gmail.com>